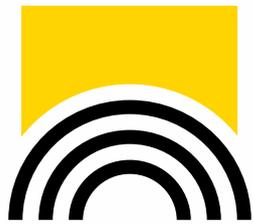


Landkreis Nachrichten



BADEN-WÜRTTEMBERG

BERICHTE • MEINUNGEN • HINTERGRÜNDE



Schwerpunkt:

Klimaschutz

Themen:

Präventionsnetzwerke
gegen Kinderarmut

5G-Ausbau

18. Reichenauer Tage
zur Bürgergesellschaft

Nachrichten:

Corona-Software SORMAS
bei allen Gesundheitsämtern
pünktlich am Start

Personalien:

Dr. Ulrich Fiedler zum neuen
Reutlinger Landrat gewählt



Geschäftsstelle, Panoramastraße 37, Stuttgart

HERAUSGEBER:

Landkreistag Baden-Württemberg
Panoramastraße 37, 70174 Stuttgart
Telefon 0711 / 22 46 20
Telefax 0711 / 22 46 2-23
www.landkreistag-bw.de
posteingang@landkreistag-bw.de

REDAKTION:

Hauptgeschäftsführer
Prof. Dr. Alexis v. Komorowski,
Michael Schlichenmaier und
Nadine Steck

STÄNDIGE MITARBEIT:

Pressestellen der Landratsämter
in Baden-Württemberg

EMPFÄNGER:

Die Mitglieder der Kreistage,
des Landtags und des Bundestags,
Landes- und Kommunalbehörden,
Verbände und kommunalpolitisch
interessierte Persönlichkeiten.
Artikel, die mit dem Namen des Verfassers
gekennzeichnet sind, geben nicht
unbedingt die Meinung der Redaktion
wieder. Nachdruck, auch auszugsweise,
nur mit Zustimmung der Redaktion.

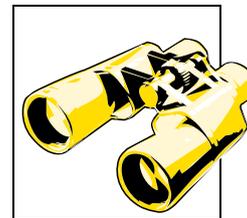
BILDNACHWEIS:

Titelseite: Grafische Werke Stuttgart,
Landratsämter, Martin Stollberg
Rückseite: Landratsamt Göppingen

SATZ UND DRUCK:

Offizin Scheufele Druck und Medien
Tränkestraße 17, 70597 Stuttgart

Gedruckt auf umweltfreundlich,
chlorfrei hergestelltem Papier.



INHALT

THEMEN

- Editorial
Von Hauptgeschäftsführer Prof. Dr. Alexis v. Komorowski Seite 5

- Lebensräume verbinden und die Artenvielfalt fördern durch eine „grüne Infrastruktur“
Von Björn Losekamm, Stuttgart Seite 7

- Klimawandel und -schutz im Landkreis Calw
Von Elias Weigel, Sandra Hinke, Maria Zimmermann und Jörg Ziegler, Landkreis Calw Seite 10

- Klimaschutz im Kontext der Agenda 2030
Von Edith Marqués Berger, Lisa Andes, Dr. Jannis Hoek und Angela Gewiese Seite 13

- Klimaschutz im Landkreis Esslingen
Von Dr. Christine Griebel, Landkreis Esslingen Seite 18

- Landkreis Karlsruhe gibt Gas beim Klimaschutz –
Klimaschutzwerkstatt verzahnt erfolgreiche Prozesse
Von Birgit Schwegle, Landkreis Karlsruhe Seite 20

- Deutscher Nachhaltigkeitspreis 2021 geht nach Baden-Württemberg –
Höchste Auszeichnung für Klimapartnerschaft des Landkreises Karlsruhe
Von Ragnar Watteroth, Landkreis Karlsruhe Seite 22

- Innovative Weiterentwicklung der Mechanisch-Biologischen Abfallbehandlungsanlage
beim Zweckverband Abfallbehandlung Kahlenberg durch Rohstoffrückgewinnung
aus Ersatzbrennstoffen
Von Dr. Georg Person, Ortenaukreis Seite 24

- Rhein-Neckar-Kreis – Erstes Klimaschutzkonzept erfolgreich umgesetzt – Fortsetzung folgt!
Von Julia Eustachi, Rhein-Neckar-Kreis Seite 27

- Klimaschutz im Landkreis Schwäbisch Hall – mit KLIMAktiv und dem energieZENTRUM
sind die Namen hier Programm
Von Heinz Kastenholz, Landkreis Schwäbisch Hall Seite 30

- Integriertes Klimaschutzkonzept Landkreis Schwäbisch Hall
Von Shahin Shoghinia, Landkreis Schwäbisch Hall Seite 33

- Energieberatungen als Erfolgsfaktor im Klimaschutz
**Gespräch mit Vincent Clarke, seit 2016 tätig als zertifizierter Energieberater der
Verbraucherzentrale Baden-Württemberg im energieZENTRUM, der Energieagentur des Landkreises Schwäbisch Hall** Seite 35

- Klimawandel und Waldschäden – Modellgebiet im Landkreis Waldshut
Von Waltraud Zimmermann, Landkreis Waldshut Seite 36

WEITERE THEMEN

- Der Landkreis Lörrach erprobt im Rahmen seiner Sozialstrategie Präventionsnetzwerke gegen Kinderarmut an zwei Standorten
Von Michael Wolff, Stuttgart Seite 38
- Sechs Landkreise aus Baden-Württemberg entwickeln im D-Care Lab BW Innovationen für die ambulante Pflege
Von Vivien Riener, Freiburg im Breisgau Seite 40
- 5G-Ausbau: Kommunen, Bürger und Mobilfunkunternehmen Hand in Hand
Von Corinna Nitsch, Verena Gerstner, Maria-Kena Weiss und Prof. Dr. Michel Frey, Ortenaukreis Seite 42
- Innovatives Führungskräfte-Programm für Wirtschaft, Staat und Zivilgesellschaft
Von Prof. Dr. Monika Gosner, Heilbronn Seite 46
- 18. Reichenauer Tage zur Bürgergesellschaft
Von Christine Stutz und Sabine Wettstein, Stuttgart Seite 48

NACHRICHTEN

Pressemeldungen des Landkreistags

- Landkreistag begrüßt Öffnungsbeschluss als gut verantwortbaren Schritt voran vom 4. März 2021 Seite 50
- Corona-Software SORMAS bei allen Gesundheitsämtern pünktlich am Start vom 28. Februar 2021 Seite 50
- Gemeinsame Zumeldung der drei Kommunalen Landesverbände zum Interview des Herrn Ministerpräsidenten in der Stuttgarter Zeitung vom 22. Februar 2021 Seite 50
- „Land verständigt sich auf Eckpunkte für erweiterte Teststrategie“ vom 17. Februar 2021 Seite 51
- Land erstattet Schülertickets und stützt Verkehrsunternehmen vom 3. Februar 2021 Seite 51
- Zumeldung zur Pressemitteilung Nr. 09/2021 des Ministeriums für Kultur, Jugend und Sport Baden-Württemberg vom 1. Februar 2021 Seite 52
- Grünen-Chef will neues Corona-Hilfspaket für Nahverkehr in Baden-Württemberg vom 27. Januar 2021 Seite 52
- Lieferverzögerungen beim Biontech/Pfizer-Impfstoff vom 16. Januar 2021 Seite 52
- Weiterhin Förderung für Verstärkerfahrten im Schülerbusverkehr – Land setzt Corona-Rettungsschirm für den ÖPNV im Jahr 2021 fort“ vom 28. Dezember 2020 Seite 53
- Zumeldung zu den aktuellen dpa-Meldungen in Sachen nächtliche Ausgangsbeschränkung vom 4. Dezember 2020 Seite 53

PERSONALIEN

Seite 54

SPEKTRUM

Seite 55



Landkreise auf Klimaschutzkurs

Liebe Leserinnen und Leser!

In seiner Ansprache beim Staatsakt zum Tag der deutschen Einheit im Jahr 1990 hat Richard von Weizsäcker es wie folgt formuliert: „Gibt es zur Ergänzung unserer Ziele ein Dringlicheres, als den Schutz der Natur in ihrer Rechtlosigkeit? Haben wir eine größere Aufgabe, als die Schöpfung zu bewahren und damit die Nachwelt zu schützen? Ich kenne keine.“ Auch wenn seither über 30 Jahre vergangen sind, so haben die Worte unseres früheren Bundespräsidenten nichts von ihrer Klarheit und Eindringlichkeit eingebüßt. Und auch das Pathos, das mitschwingt, ist angesichts der Dimension der Herausforderung heute nicht weniger gerechtfertigt als damals.

Deutschland hat sich im Jahr 2015 mit dem Klimaschutzabkommen von Paris dazu verpflichtet, seine nationalen Klimaschutzbeiträge auf das globale Ziel auszurichten, die Erderwärmung im Vergleich zu vorindustriellen Werten auf deutlich unter 2 Grad Celsius zu begrenzen. Dabei dürfte eines auf der Hand liegen. Ohne engagierte Landkreise, Städte und Gemeinden wird die Bundesrepublik ihre Klimaschutzverpflichtungen nicht einlösen können. Im vergangenen Jahr wurden mit der Novelle des Klimaschutzgesetzes Baden-Württemberg neue Ziele für den Klimaschutz im Land gesetzt. So sollen bis 2030 mindestens 42 Prozent Treibhausgasemissionen gegenüber den Werten



von 1990 eingespart werden. Die Rolle der Kommunen beim Klimaschutz wird mit den neuen gesetzlichen Regelungen gestärkt und ausgebaut. Das Klimaschutzgesetz sieht die Landkreise, Städte und Gemeinden als wichtige Akteure, wenn es etwa um die Installation von Photovoltaikanlagen, die Aufstellung von Wärmeplänen, die Erfassung des Energieverbrauchs kommunaler Liegenschaften oder die Entwicklung von Klimamobilitätsplänen geht. Es weist den Kommunen zu Recht eine Vorbildfunktion beim Klimaschutz zu. Dazu gehört es auch, bis 2040 klimaneutrale Verwaltungen anzustreben.

Nun hat zuletzt der European Green Deal nochmals neue Maßstäbe in Sachen Klimaschutz gesetzt. So haben sich im Dezember 2020 die EU-Staats- und Re-

gierungschefs darauf verständigt, das EU-Klimaziel für das Jahr 2030 von aktuell mindestens 40 auf mindestens 55 Prozent gegenüber 1990 anzuheben. Demnach sollen die EU-internen Treibhausgasemissionen bis 2030 um mindestens 55 Prozent gegenüber 1990 sinken, um somit im Rahmen des European Green Deal der unionsweiten Treibhausgasneutralität bis 2050 näherzukommen.

Es gilt nun, diese neue klimapolitische Zielsetzung der Europäischen Union in das insoweit schon jetzt nicht mehr ganz neue Klimaschutzgesetz Baden-Württemberg, vor allem aber in die praktischen Klimaschutzbemühungen des Landes zu übertragen. Die Bandbreite der kommunalen Berührungspunkte wird dabei beträchtlich sein. Die Landratsämter sind in ihrer Doppelfunktion als Behörde des Landkreises und als untere staatliche Verwaltungsbehörde bereits seit Jahren aktiv dabei, den Ausstoß von klimaschädlichen Treibhausgasen in ihrem Einflussbereich zu reduzieren.

Um die vereinbarten Zielwerte auch tatsächlich erreichen zu können, bedarf es zwingend eines gemeinschaftlichen Handelns von Politik und Gesellschaft – und künftig zunehmender Anstrengungen. Gleichzeitig müssen die notwendigen Maßnahmen ergriffen werden, um die nicht mehr vermeidbaren Auswirkungen des Klimawandels für die Bürgerinnen und Bürger so gering wie möglich zu halten. Nur wenn wir heute

kraftvoll und mutig in Klimaschutz investieren, können wir sicherstellen, dass wir die Kosten, die wir für die Folgen des Klimawandels und die Anpassung daran ansetzen müssen, überhaupt finanzieren können. Künftigen Generationen einfach eine ungedeckte Rechnung zu hinterlassen, wäre zutiefst unethisch.

Das Jahr 2020 war mit einer Jahresmitteltemperatur von 10,2 Grad Celsius das zweitwärmste und zweitsonnigste in Baden-Württemberg seit Beginn der Aufzeichnungen. Die Jahresmitteltemperatur hat sich weiter erhöht und ist jetzt durchschnittlich 1,5 Grad Celsius höher als noch im Jahr 1881. Besonders die Landwirtschaft, die Wald- und Forstwirtschaft sowie die Wasserversorgung und die Biodiversität sind bereits stark betroffen. Während die Temperaturen von Seen und das Waldbrandrisiko von Jahr zu Jahr steigen, sinken die Bodenwasservorräte unter landwirtschaftlichen Böden. Da bereits heute mit Dürre, Hitze und Starkregen die ersten Folgen des Klimawandels zu spüren sind, müssen neben konkreten Klimaschutzmaßnahmen auch die notwendigen Klimafolgenanpassungsmaßnahmen getroffen werden.

Die Landkreise in Baden-Württemberg sind bereit, bei all diesen Herausforderungen der Vorbildfunktion der öffentlichen Hand gerecht zu werden und ihr Engagement im Bereich des Klimaschutzes zu intensivieren. Dies beginnt damit, dass sie mit Nachdruck das benannte Ziel verfolgen, bis 2040 weitgehend klimaneutrale Kommunalverwaltungen zu erreichen. Die insoweit vorgesehenen Maßnahmen reichen von nachhaltiger Beschaffung über den Bezug von Ökostrom bis hin zum Aufbau nachhaltiger Mobilitätsangebote für die Beschäftigten der Kreisverwaltungen. Um diese vielfältigen Aktivitäten der Landkreise aufzuzeigen und daraus auch

konkrete Erwartungen an die Landes- und Bundespolitik abzuleiten, hat der Landkreistag Baden-Württemberg im Juli 2020 das Positionspapier „Klimaschutz in den Landkreisen“ veröffentlicht. Darin finden sich die insoweit relevanten kreiskommunalen Themenfelder wie Grundsatzfragen der Klimapolitik, Mobilität, Kreislauf- und Abfallwirtschaft, Biodiversität, Energie, Bildung, Kommunikation und Beratung sowie Wirtschaft und Digitalisierung programmatisch aufbereitet. Dabei liegt es auf der Hand, dass ein kraftvolles Klimaschutzengagement der Landkreise nicht voraussetzungslos ist. Es obliegt immer auch Land und Bund, die erforderlichen Rahmenbedingungen zu setzen, in rechtlicher wie auch in finanzieller Hinsicht. Um die Klimaschutzziele zu erreichen, spielt speziell der Verkehrssektor eine maßgebliche Rolle. Als Landkreistag setzen wir hier auf ein ganzheitliches Landesmobilitätskonzept für Baden-Württemberg: Die zahlreichen, vielfach sinnvollen Einzelmaßnahmen im Verkehrsbereich müssen dabei zu einem stimmigen Gesamtpaket für nachhaltige Mobilität zusammengeführt werden. Angesichts der zu Recht ehrgeizigen Klimaschutzziele dürfen wir uns nicht im verkehrspolitischen „Klein-Klein“ verlieren, sondern müssen uns auf ein gemeinsames Zielbild verständigen und dieses dann mit Nachdruck umsetzen. Aktuell freilich rückt der Klimaschutz bisweilen in den Hintergrund. Die Corona-Pandemie hat uns alle fest im Griff. Es geht vordringlich um Pandemiebewältigung – gerade auch auf kommunaler Ebene.

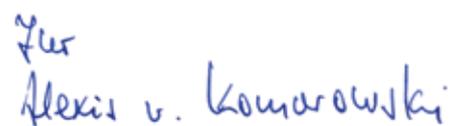
Allerdings sind Pandemiebewältigung und Klimaschutz kein Gegensatz. So wurden und werden weltweit milliardenschwere Konjunkturprogramme aufgelegt, um die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Coronakrise abzu-

mildern. Diese Programme bieten die Chance, die wirtschaftliche Erholung nach der Corona-Pandemie krisen- und zukunftsfest zu gestalten – indem die Weichen hin zu einer nachhaltigeren Gesellschaft gestellt werden. Dabei darf eine erfolgreiche Klimaschutzpolitik wirtschaftliches Augenmaß und die Akzeptanz in der Bevölkerung nicht aus dem Auge verlieren. Der richtige Weg dafür ist, Konjunkturimpulse mit wirksamem Klimaschutz zu verzahnen – gerade auch auf kommunaler Ebene.

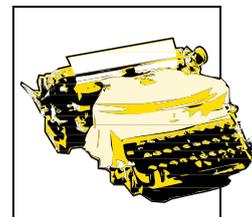
Ich komme zum Schluss. Die Klimakrise stellt uns vor immense Herausforderungen, denen Politik sich auf allen staatlichen Ebenen stellen muss. Prosaischer als sein eingangs zitierter Onkel, aber nicht minder klar und eindringlich fasst der Umweltwissenschaftler Ernst Ulrich von Weizsäcker es so zusammen: „In den vergangenen zehn Jahren konnten wir allenthalben einen rasanten technischen Fortschritt beobachten, jedoch hat die Belastung durch CO₂-Emissionen gleichzeitig zugenommen. Damit der Fortschritt auch dem Klima nützt, müssen die Rahmenbedingungen korrigiert werden. Das ist Aufgabe der Politik.“

Damit ist die Messlatte auch für den neuen Landtag gesetzt. Den neu- und wiedergewählten Abgeordneten des 17. Landtags von Baden-Württemberg gratuliert der Landkreistag und wünscht ihnen viel Kraft für ihr verantwortungsvolles Amt.

Ihr Alexis von Komorowski



Prof. Dr. Alexis v. Komorowski,
Hauptgeschäftsführer,
Landkreistag Baden-Württemberg



THEMEN

Lebensräume verbinden und die Artenvielfalt fördern durch eine „grüne Infrastruktur“

Von Björn Losekamm, Stuttgart

Der dramatische Verlust der Artenvielfalt in unserem Land ist eine der größten Herausforderungen, vor die wir aktuell gestellt sind. Wir können sie nur durch gemeinsame Anstrengungen und gemeinschaftlichen Einsatz des Landes, der Kommunen und der Bürgerinnen und Bürger bestehen. Stadt- und Landkreise, Städte und Gemeinden werden bei ihren Anstrengungen vom Land unterstützt.

Sonderprogramm des Landes zur Stärkung der biologischen Vielfalt

Als Sofortmaßnahme gegen den Artenverlust hat die Landesregierung 2017 das „Sonderprogramm zur Stärkung der



Quelle: Martin Stollberg



Quelle: Martin Stollberg

biologischen Vielfalt“ ins Leben gerufen, in dessen Rahmen das Ministerium für Verkehr ein ganzes Bündel von Maßnahmen auf den Weg gebracht hat, um die Vielfalt der baden-württembergischen Natur zu fördern und zu erhalten. Im Zentrum steht dabei ein Maßnahmen- und Förderprogramm für Stadt- und Landkreise, Städte und Gemeinden. Das Programm wurde in diesem Jahr optimiert, um die Teilnahme künftig noch einfacher zu gestalten.

Das Verkehrsministerium nutzt die Haushaltsmittel aus dem Sonderprogramm insbesondere zur flächenwirksamen Stärkung der Artenvielfalt im Straßenbegleitgrün. Die zentrale Maßnahme dabei ist die Aushagerung straßenbegleitender Grasflächen. Diese werden üblicherweise jährlich nur einmal gemäht, der Grasschnitt bleibt auf

den Flächen liegen. Im Gegensatz dazu fördert das Verkehrsministerium das zweimalige Mähen mit Entfernung des Schnittgutes, die sogenannte Aushagerung, wodurch sukzessive über mehrere Jahre Nährstoffe von den Flächen entfernt werden. Dies schafft langfristig einen lichtereren Bewuchs und erhöht die Vielfalt an Blütenpflanzen, von denen Wildbienen, Schmetterlinge und andere Insekten profitieren. Um die Entstehung von artenreichen Flächen zu beschleunigen, wird auch die Einsaat mit artenreichen Blümmischungen gefördert. Damit beim Neubau von Straßen von vornherein artenreiche Blühflächen geschaffen werden, wird über das Sonderprogramm auch die Beschaffung von insektenfreundlichen Saatgutmischungen beim Bau von Kreis- und Gemeindestraßen gefördert.

Ebenfalls wird die insektenfreundliche Aufwertung von Rastplätzen und Kreisverkehren an Bundes- und Landesstraßen gefördert, um auch dort Nahrung für Hummeln, Falter, Käfer und Co. bereitzustellen. Auf diesen gut sichtbaren Flächen kann die große Bedeutung heimischer Blütenpflanzen den Bürgerinnen und Bürger gut vor Augen geführt werden.

Viele Stadt- und Landkreise, Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg setzen sich bereits für die Artenvielfalt entlang von Straßen ein und gehen mit gutem Beispiel voran. Um dieses Engagement zu würdigen, wurden vier besonders engagierte Stadt- und Landkreise, nämlich der Stadtkreis Freiburg, der Ostalbkreis, der Rems-Murr-Kreis und der Rhein-Neckar-Kreis, am 22. Oktober 2020 von Verkehrsminister Winfried Hermann MdL ausgezeichnet. Die Auszeichnungen sollen weitere Kommunen ansprechen, dem Beispiel zu folgen.

Der Wettbewerb „Blühende Verkehrsinseln“ des Verkehrsministeriums ermöglicht Stadt- und Landkreisen, Städten und Gemeinden, schnell, einfach und öffentlichkeitswirksam ein Zeichen für den Insektenschutz zu setzen. Im Rahmen des Wettbewerbs werden Flächen an Straßen, die in insektenfreundliche Blühflächen umgewandelt wurden, mit der „Goldenen Wildbiene“ ausgezeichnet.

Der Wettbewerb geht in diesem Jahr in die dritte Runde. Die Frist für die Einreichung der Bewerbungen ist der 31. Mai 2021.

Weitere Informationen zum Sonderprogramm biologische Vielfalt finden Sie hier:

<https://vm.baden-wuerttemberg.de/de/mensch-umwelt/naturschutz/staerkung-der-biologischen-vielfalt/>

Informationen zum „Wettbewerb Blühende Verkehrsinseln“ und zu den Teilnahmebedingungen finden Sie hier:

<https://vm.baden-wuerttemberg.de/de/mensch-umwelt/naturschutz/bluehende-verkehrsinseln/>

Wiedervernetzung an Straßen – Förderung über das LGVFG

Das Straßennetz in Baden-Württemberg ermöglicht es uns, bequem von A nach B zu kommen. Für Wildtiere stellt es jedoch ein nicht einfach zu überwindendes Hindernis dar. Durch Straßen zerschnittene Lebensräume und Wanderrouten können den genetischen Austausch zwischen Populationen verhindern. Insbesondere für Amphibien kann der Straßenverkehr während der Wanderungszeit auch bei geringer Verkehrsdichte ein großes Risiko darstellen und den Populationen nachhaltig schaden.



Quelle: Martin Stollberg

Um dies zu verhindern, werden Amphibienschutzanlagen gebaut, die die Amphibien an Leiteinrichtungen entlang zu Durchlässen führen, durch die sie die Straße gefahrlos unterqueren können. Im Rahmen des „Landeskonzepts Wiedervernetzung an Straßen“ wurden Konfliktstellen an Amphibienwanderstrecken ermittelt und priorisiert. Ziel des Verkehrsministeriums ist es, diese Konfliktstellen durch den Bau von Amphibienschutzanlagen nach und nach zu entschärfen. Um dies auch an kommunalen Straßen zu erreichen, werden Amphibienschutzanlagen seit dem 1. Januar 2020 über das Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (LGVFG) gefördert. Das Verkehrsministerium bietet die Kommunen, von dieser Förderung Gebrauch zu machen. Die Anlagen kommen nicht nur den Tieren zu Gute, sie entlasten auch die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer vor Ort und machen Verkehrsbeschränkungen häufig überflüssig.

Nähere Informationen zu den Förderbedingungen des LGVFG finden Sie hier: <https://vm.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemittteilung/pid/land-investiert-in-die-verbesserung-der-strassen-in-staedten-und-gemeinden/> <https://rp.baden-wuerttemberg.de/themen/wirtschaft/foerderungen/fb88/strassenbau-kommunal/>



Quelle: Ministerium für Verkehr Baden-Württemberg

Pflege der Flächen entlang von Straßen

Die rund 27.000 Hektar an straßenbegleitenden Grünflächen in Baden-Württemberg können einen wichtigen Beitrag zur Erhaltung der biologischen Vielfalt im Land leisten. Die richtige Pflege ist dabei eine entscheidende Voraussetzung, denn die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Straßenbetriebsdienstes und der Bauhöfe gestalten bei der jährlichen Pflege der Gras- und Gehölzflächen maßgeblich mit, wie sich die Flächen entwickeln und welche Tier- und Pflanzenarten dort ein Habitat finden.

Die Flächen sind abhängig von ihrer Lage, vom Boden und von den vorkommenden Pflanzenarten sehr vielgestaltig, werden regelmäßig gepflegt und unterliegen praktisch keinen Nutzungskonflikten. Außerdem bilden die straßenbegleitenden Flächen ein Netzwerk aus verbundenen Grünflächen, die im Sinne des Biotopverbundes eine wichtige Funktion erfüllen. Gerade vor dem Hintergrund des Insektensterbens und dem zunehmenden Verbrauch von Lebensraum für Tiere und Pflanzen gilt es, dieses Potenzial zu nutzen.

Aus diesem Grund hat das Ministerium für Verkehr im Jahr 2016 unter anderem ein Hinweispapier sowie eine praxisorientierte Handreichung zur ökologisch orientierten Pflege eingeführt und schult die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Straßenbetriebsdienstes nach diesen Handreichungen. Im Kern der ökologisch



Quelle: Martin Stollberg

orientierten Pflege steht das abschnittsweise Vorgehen, bei dem nur ein Teil der Fläche gepflegt wird, während der übrige Teil stehen gelassen wird, um den vorkommenden Arten ausreichend Ausweichmöglichkeiten sowie Rückzugsorte zu bieten.

Das Straßenbegleitgrün ist noch ein vergleichsweise junges Forschungsfeld, das jedoch zunehmend an Bedeutung gewinnt. Um weitergehende Erkenntnisse zur ökologischen Aufwertung des Straßenbegleitgrüns zu erhalten, hat das Verkehrsministerium 2017 das Modellprojekt „Reduktion der Grünpflegekosten an Straßen bei gleichzeitiger Erhöhung der biologischen Vielfalt – ein Praxistest“ gestartet, das Ende 2020 abgeschlossen wurde. Das Projekt wurde von der Hochschule für Wirtschaft und Umwelt Nürtingen-Geislingen wissen-

schaftlich begleitet und untersuchte verschiedene Pflegemaßnahmen in ihrer ökologischen und ökonomischen Wirkung. Die umfangreichen Ergebnisse des Modellprojektes werden aktuell ausgewertet, um daraus die Strategie zur weiteren ökologischen Optimierung des Straßenbegleitgrüns zu entwickeln.

Nähere Informationen finden Sie hier:
<https://vm.baden-wuerttemberg.de/de/mensch-umwelt/naturschutz/strassenbegleitgruen/strassenbegleitgruen/>

Björn Losekamm ist Referent beim Ministerium für Verkehr Baden-Württemberg.

Klimawandel und -schutz im Landkreis Calw

Von Elias Weigel, Sandra Hinke, Maria Zimmermann und Jörg Ziegler, Landkreis Calw

Klimawandel und -schutz sind in den letzten Jahren stark in den politischen und gesellschaftlichen Fokus gerückt. Städte, Gemeinden und Landkreise spielen eine zentrale Rolle bei der Umsetzung der ambitionierten Klimaschutzpolitik und erfüllen eine wichtige Vorbildfunktion. Ein strukturiertes und gezieltes Handeln ist unumgänglich. Doch macht sich der Klimawandel in Deutschland, Baden-Württemberg und im Landkreis Calw überhaupt bemerkbar? Wenn ja, wie? Unternimmt der Landkreis etwas in Sachen Klimaschutz?

Nachfolgende Grafik zeigt die sogenannten „Warming Stripes“. Das Ziel: Die Erderwärmung anschaulich darstellen. Jeder Farbstreifen zeigt die durchschnittliche Temperatur eines Jahres seit Beginn der Wetteraufzeichnungen (1881 bis 2017) in Baden-Württemberg an. Alle Streifen auf einer Skala von blau bis rot visualisieren die Temperaturentwicklung über mehr als 130 Jahre. So gab es in Baden-Württemberg bereits abwech-

selnd warme und kalte Jahre, jedoch ist der langfristige Anstieg deutlich am Wandel von blau nach rot zu erkennen. Ein Hitzesommer jagt den nächsten! Doch welche Folgen hat dieser Temperaturanstieg?

Extremwetterereignisse wie Dürren, Starkregen, Spätfrost oder Sturm und Hagel richten schwere Schäden bei der Forst- und Landwirtschaft an, führen zu niedrigen Wasserständen oder Überschwemmungen, ja sogar zu Insektensterben. Das sind nur einige der Folgen des Temperaturanstieges durch den Klimawandel. Nicht umsonst titelte der Schwarzwälder Bote am 14. August 2020 „Im siebten Trockenjahr“.

Exkurs Wasser

Die sichtbaren Auswirkungen werden dabei im Umweltbereich besonders bei der Verfügbarkeit von Wasser zu erwarten sein.

Um den Extremen nicht hilflos ausge-

setzt zu sein, rückt zunehmend das übergreifende Wassermanagement in den Vordergrund. Wer nutzt unser Wasser und wofür? Haben wir eigentlich genug und stimmt die Wasserqualität? Wo können wir regulierend eingreifen, was können wir nicht ändern?

Alle relevanten Akteure sind zu ermitteln, zu informieren und einzubinden. Nutzungskonkurrenzen sollten wo möglich abgeschwächt und wo nötig, Prioritäten gesetzt werden. Das Handlungsfeld geht vom Starkregenrisikomanagement über Grundwasserschutz bis hin zu den Oberflächengewässern.

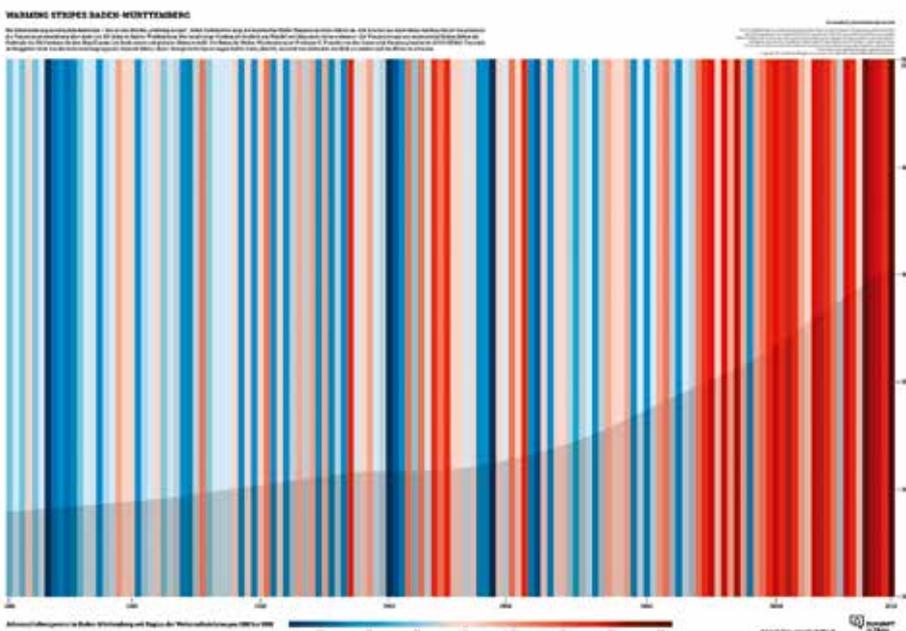
Auch Gefahren sollen reduziert werden. Gibt es bedenkliche Lagerungen in Überschwemmungsgebieten, zum Beispiel wassergefährdende Stoffe oder könnten Brücken durch sperrige Gegenstände bei Hochwasser beschädigt werden?

Was passiert, wenn zu wenig Wasser in den Flüssen ist?

Bei fallenden Pegelständen an Gewässern nimmt der Regelungsbedarf an diesen zu. Die Akteure sind zahlreich, die Nutzungsansprüche oft konträr. Ein kleiner Einblick zum Umgang mit den zunehmend niedrigen Pegeln am Beispiel des Flusses Nagold im Kreis Calw:

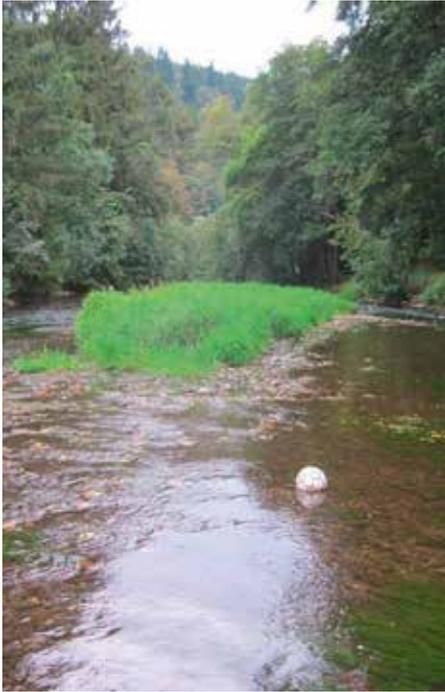
Bei der Nagold, die mit ihren zahlreichen Staustufen nicht nur wasserwirtschaftlich intensiv genutzt wird, sondern auch bei Kanuten durch ihre reizvolle Strömung und den bezaubernden Blick auf den Schwarzwald sehr beliebt ist, hat sich der Druck auf das Gewässer in den letzten Jahren deutlich verstärkt.

Durch Presseartikel informiert das Landratsamt Calw deshalb immer wieder über die Niedrigwassersituation und die Auswirkungen auf die hier lebenden Kleinstlebewesen sowie Fische, wie Äsche und Forellen. Gefolgt von Apellen, die zulässigen Wasserentnahmen auf das unbedingt nötigste Maß zu reduzie-



Warming Stripes Baden-Württemberg

Quelle: Zukunft Altbau



Blick auf die Nagold

Quelle: Landratsamt Calw, Dieter Pross

ren, sodass die Abflussmenge nicht künstlich weiter reduziert wird. Abgesehen von Einzelfällen konnte so bisher auf die rechtliche Einschränkung von Entnahmen verzichtet werden. Bei der Nagold, die den Kreis von Süden nach Norden durchquert, kann durch den gesteuerten Zufluss aus der im Kreis

Freudenstadt liegenden Nagoldtalsperre sogar von einer zeitweiligen positiven Pufferwirkung profitiert werden.

Neben der Nutzung der Presse ist eine gute Kommunikation mit und zwischen den Wasserkraftbetreibern vor allem bei Niedrigwasser unerlässlich, damit eine möglichst kontinuierliche Bewirtschaftung die Schädigung der Gewässerökologie durch Schwallbetrieb zum Beispiel vermeiden kann.

Auch die Nutzung durch Freizeitsportler bei niedrigen Wasserständen ist in den letzten Jahren durch Apelle und Hinweisschilder abgeschwächt worden, um das empfindliche Ökosystem zu schützen. Hierbei wurde ein Pegelrichtwert zur Orientierung genutzt. Denn durch den niedrigen Wasserstand erfolgen häufige Grundberührungen, die das Flussbett schädigen. Durch die Corona-Pandemie ist eine verstärkte wasserwirtschaftliche Nutzung zu erwarten, die diese Situation verschärfen könnte, sodass das Befahren in Zukunft weiter eingeschränkt werden könnte.

Bei allen wasserwirtschaftlichen Herausforderungen, die der Klimawandel durch veränderte Pegelstände und Wasserqualität bei Oberflächengewässern und Grundwasserleitern, durch Quellschüt-

tungsänderungen und Starkregenereignisse bringen wird, kann der Landkreis nur von einem zukunftsorientierten Wassermanagement profitieren.

Exkurs Forst

Während einerseits bestimmte Insektenarten unter den Extremwetterereignissen leiden, profitieren andere von den verlängerten Vegetationsperioden und der Schwächung ihrer Wirtspflanzen.

So konnten sich in den letzten Jahren verschiedene Borkenkäferarten massenhaft vermehren und ganze Waldbestände zum Absterben bringen. Trockenheit bis in tiefe Bodenschichten haben die Abwehrkraft der Waldbäume geschwächt, sodass sie dem Angriff des Borkenkäfers nur wenig entgegensetzen hatten.

Trockenheit und Sturmereignisse haben in jüngster Vergangenheit in bisher ungekannter Dramatik den Wald getroffen. Gesunde und stabile Wälder sind für uns Menschen aber überlebenswichtig. Man denke nur an die Bedeutung des Waldes, wenn es um die Wasserversorgung oder den Bodenschutz geht. Viele Menschen haben die Erholung im Wald während der Corona-Pandemie mit ihren Kontaktbeschränkungen wieder schätzen gelernt.

Absterbende Waldbestände lassen den Klimawandel für die Menschen sichtbar werden und lässt sie von Zuschauern zu Betroffenen werden.

Alle Bürgerinnen und Bürger sind in Sachen Klimaschutz gefragt. Eine besonders wichtige Rolle haben auch die Kommunen und Landkreise. Der Landkreis Calw ist sich dieser Rolle bewusst und verfolgt seit Jahren eine klare Linie in Sachen Klimaschutz.

Bereits 2013 verfasste der Landkreis ein sogenanntes Energie- und Klimaschutzkonzept und legte hiermit den konzeptionellen Grundstein für eine strukturierte Klimaschutzpolitik. Das Konzept behandelt in seinen drei Teilen nicht nur eine Bestandsanalyse sowie diverse Maßnahmenvorschläge für das Landratsamt, sondern auch für acht beteiligte

LANDKREIS
CALW



Das Landratsamt Calw bittet um Ihre Rücksicht!!

Bitte betreten und befahren Sie die Nagold nicht. Im Moment befinden wir uns in einer extremen Niedrigwasserphase.

Der Pegelstand in Calw ist unter 65 cm!!

Nur wenn Sie sich rücksichtsvoll verhalten, kann auf ein Verbot des Wassersports auf der Nagold verzichtet werden.

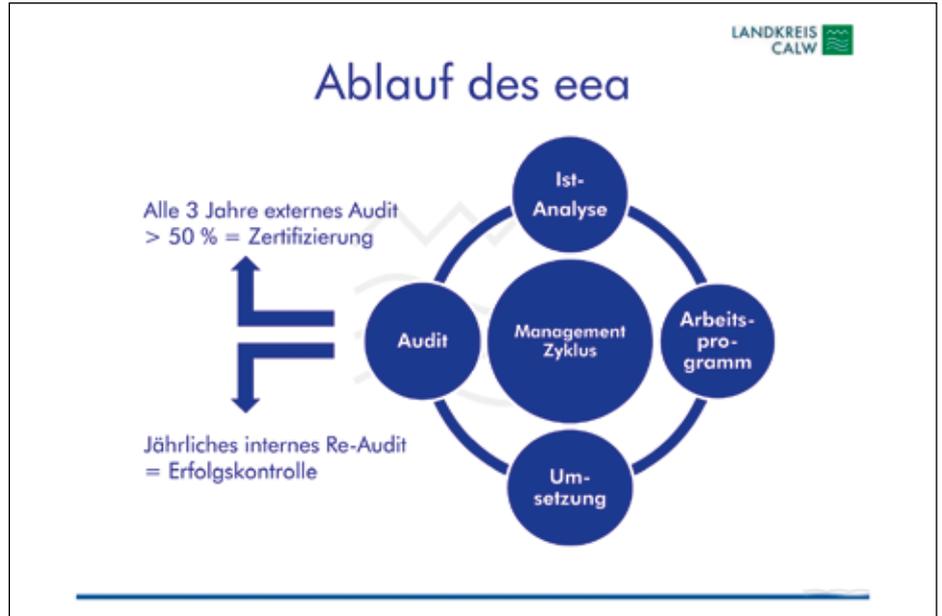
Landratsamt Calw, Abteilung Umwelt- und Arbeitsschutz

Hinweisschild

Quelle: Landratsamt Calw

Kreisgemeinden. Doch selbst in Zeiten vor diesem Konzept war der Klimaschutz dem Landkreis immer schon ein Anliegen. So baut, saniert und versorgt der Landkreis seine Liegenschaften energieeffizient. Mittlerweile sind fast alle kreiseigenen Liegenschaften mit klimafreundlichen Heizungssystemen und Photovoltaik ausgestattet, der Fahrzeug-Pool enthält E-Autos inkl. Ladesäulen. Kontinuierlich wird hier nach Verbesserungen gestrebt. Nicht umsonst wurde man 2015 mit dem landesweiten „Leitstern Energieeffizienz“ des Umweltministeriums für seine Anstrengungen im Bereich „Wärmeversorgung der Liegenschaften“ prämiert.

In den danach folgenden Jahren wurden etliche Maßnahmen aus diesem Konzept umgesetzt und die Stelle eines Klimaschutzmanagers als „Kümmerer“ für Klimaschutz im Landkreis geschaffen. Dies ermöglichte es, die Anstrengungen des Landkreises weiter zu intensivieren. ECOfit, ein Workshop-Programm für Unternehmer im Landkreis, das auf Energieeffizienz und Rechtssicherheit setzt, Projekte zur Nutzersensibilisierung wie Schulworkshops und Hausmeisterschulungen, die Bildung eines Arbeitskreises Klimaschutz, Stadtradeln (eine Kampagne zur nachhaltigen Mobilität) sowie zahlreiche Informationsveranstaltungen zu Klimaschutzthemen sind nur einige der umgesetzten Maßnahmen. Ferner entstand mit dem Klimaschutzmanager kreisweit nicht nur ein zentraler Ansprechpartner, sondern auch ein breites Beratungsangebot für Bürgerinnen und Bürger, Kommunen sowie Unternehmen. Ende 2019 startete der Landkreis den nächsten großen Schritt zur Umsetzung der Klimaschutzpolitik: Die Teilnahme am European Energy Award, einem europäischen Qualitätsmanagement- und Zertifizierungsverfahren für den Klimaschutz in Kommunen und Landkreisen. Dieser unterstützt dabei, die Klimaschutzarbeit bereichsübergreifend kontinuierlich zu strukturieren, zu organisieren und zielgerichtet zu steuern. Ein aus



Ablauf European Energy Award

Quelle: Landratsamt Calw

internen Expertinnen und Experten bestehendes Energieteam entwickelt Klimaschutzmaßnahmen und setzt diese um. Der Fortschritt wird intern und extern auditiert und zertifiziert. Zusätzlich verpflichtete man sich mit der Unterzeichnung des Klimaschutzpaktes 2020 bis zum Jahr 2040 eine weitest-



Landrat Helmut Riegger und Sandra Hinke, Klimaschutzmanagerin, mit dem unterzeichneten Klimaschutzpakt 2020 Quelle: Landratsamt Calw

gehend klimaneutrale Verwaltung zu erreichen.

Doch auch in Zukunft stehen einige Klimaschutzprojekte im Landkreis an. Mit der Schaffung einer zweiten Klimaschutzmanagerstelle sowie der Einstellung eines dualen Studenten „Climate Change Management“ geht der Landkreis nun aktiv Themen wie ein Konzept zur Klimawandelanpassung, Erweiterung und Monitoring des Energie- und Klimaschutzkonzeptes sowie die Modellregion kommunales Energiemanagement an.

Das Leuchtturmprojekt des Landkreises Calw, die Hermann-Hesse Bahn, ist auch ein Projekt des Klimaschutzes. Die Reaktivierung der alten Schienen und die Anbindung der Region Nordschwarzwald an den Wirtschaftsraum Sindelfingen/Böblingen und die Landeshauptstadt Stuttgart, ist für viele Bürgerinnen und Bürger – ob Berufspendler, Touristen, Alt oder Jung – ein großer Vorteil. Durch die somit entstehende Reduzierung des Individualverkehrs profitieren letztendlich auch Umwelt und Klima. So wird Mobilitätswende aktiv gestaltet.

Doch Klimaschutz im Landkreis Calw beinhaltet mehr als nur das beschriebene

Konzept, den European Energy Award und die Klimaschutzmanager in der Verwaltung.

Eine flächendeckende Ladeinfrastruktur für Elektroautos, eine kreiseigene Energieagentur, die Zertifizierung des Landkreises als nachhaltiges Reiseziel, zahlreiche Windkraft-, Wasserkraft-, Biogas- und Solaranlagen, welche zur Versorgung des Landkreises mit erneuerbaren Energien beitragen, sind nur einige Beispiele für die zahlreichen Maßnahmen im Landkreis. 2019 formierte sich zudem ein Photovoltaik Netzwerk in der Region Nordschwarzwald, bei welchem auch Akteure aus dem Landkreis Calw durch Beratung und Informationsvermittlung die Hürden beim Zubau an Photovoltaik überwinden wollen. Zudem setzen die Kreiskommunen zahlreiche Klimaschutzprojekte um. So steht das erste Bürger Elektroauto beispielsweise nicht in Berlin, Hamburg oder München, sondern in Oberreichenbach im Landkreis Calw.

Klimaschutz im Landkreis Calw in Zahlen:

Jährlicher Gesamtenergieverbrauch
des Landkreises Calw:

ca. 2.900.000 MWh

Jährlicher CO₂-Austoß im
Landkreis Calw: ca. 900.000 Tonnen

Jährlicher Pro Kopf CO₂-Austoß:
6 Tonnen (hier liegt man
deutlich unter dem Landes- und
Bundesdurchschnitt (11 Tonnen CO₂))

Anteil Erneuerbarer Energie (Strom):
22 %

Anteil Erneuerbarer Energie (Wärme):
33 % (hier liegt man deutlich über
dem Landes- und Bundesdurchschnitt)

Geradete STADTRADELN-Kilometer
im Landkreis Calw 2020: ca. 360.000

Global denken, lokal handeln!

Doch Klimaschutz ist kein temporäres Projekt, das irgendwann final abgeschlossen ist. Weitere Anstrengungen in Sachen Klimaschutz müssen folgen, um die notwendigen Klimaziele zu erreichen – und das nicht nur im Landkreis Calw und auf Verwaltungsebene, sondern akteursübergreifend und global. Die vielen Projekte und Maßnahmen zeigen: Man ist auf dem richtigen Weg. Verfolgt man diesen weiter, so leistet man lokal einen essentiellen Beitrag zur Bekämpfung des Klimawandels und trägt so zu einer enkeltauglichen Zukunft bei.

Elias Weigel und Sandra Hinke sind Klimaschutzmanager beim Landkreis Calw. Maria Zimmermann arbeitet in der Abteilung Umwelt- und Arbeitsschutz im Landratsamt in Calw. Jörg Ziegler ist Abteilungsleitung Forstbetrieb und Jagd im Landratsamt in Calw.

Klimaschutz im Kontext der Agenda 2030

Von Edith Marqués Berger, Lisa Andes, Dr. Jannis Hoek und Angela Gewiese

Der Enzkreis ist seit 2010 im Klimaschutz aktiv und hat hier in den vergangenen zehn Jahren viel bewirkt. Dieses „große Rad“ zu drehen, braucht viel Energie und Durchhaltevermögen. Ein engagiertes Team muss aufgebaut, die Entscheider müssen ins Boot geholt und in der Bevölkerung das Bewusstsein geweckt werden, dass letztendlich jeder gefordert ist, seinen Beitrag zu leisten.

Die Verantwortlichen beim Enzkreis sind in der glücklichen Lage, sich der Unterstützung der Kreisgremien sicher zu sein, was sich in vielen einstimmigen Beschlüssen ausdrückt, wie auch des Interesses und Engagements vieler Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die den Leidens- und Handlungsdruck des Klima-

wandels zunehmend spüren. Der European Energy Award als Instrument und Motor des gesamten Prozesses hat sich bewährt und dokumentiert laufend, wo der Enzkreis steht und was noch zu tun bleibt.

Der Schulterschluss mit der Energieagentur wurde gesucht; diese wird nun zur Klimaschutz- und Energieagentur Enzkreis Pforzheim gGmbH weiterentwickelt.

Mit der Anpassung an den Klimawandel öffnet sich ein neues großes Handlungsfeld, bei dem es gilt, als Landkreis seine Position und Funktion zu definieren, was der Enzkreis im Projekt „Lokale Kompetenzentwicklung zur Klimawandelanpassung in kleinen und mittleren Kom-

munen und Landkreisen – LoKlim“ zusammen mit anderen Kommunen in Baden-Württemberg und der kompetenten Unterstützung der Universität Freiburg tun wird. Auch hier sieht sich der Kreis in der Rolle, große Themen anzupacken, vorzudenken, alle Beteiligten zu vernetzen und Unterstützung für die Gemeinden anzubieten.

Der Klimaschutz, die Klimaanpassung sowie die Energie- und Verkehrswende sind beim Enzkreis mittlerweile eingebettet in das ganz große Thema der Agenda 2030 mit ihren 17 weltweit geltenden Nachhaltigkeitszielen (SDGs) und weiteren 169 Unterzielen, auf die sich die Staatengemeinschaft 2015 verständigt hat. Sie spannt den Bogen über

alle Themen und Strategien in unserem Haus.

Wie sieht eine nachhaltige Zukunft aus? Wo will der Enzkreis 2030 stehen und wie soll eine nachhaltige Entwicklung gemessen werden? Das sind Fragen, denen sich die Verwaltung mit einem neuen Leitbild, in das die Agenda 2030 bereits eingearbeitet wurde, und einer Nachhaltigkeitsstrategie stellt. Für deren Umsetzung sind alle Führungskräfte, die Gremien, die Bürger und ein Nachhaltigkeitsbeirat involviert.

In einer erstmals durchgeführten Online-Beteiligung der Bevölkerung im Sommer 2020 zu den 17 SDGs wurde mitten in der Corona-Pandemie als dringlichstes Thema der Agenda 2030 der Klimaschutz benannt. Diesen werden wir, wie Ministerpräsident Kretschmann treffend sagte, „nicht wegimpfen“. Auf den nächsten Rängen stand die Bildung, gefolgt von nachhaltigem Konsum, sauberer Energie und Gesundheit vor nachhaltigen Städten und Gemeinden. Es war wichtig, die Bürgerinnen und Bürger bei der nachhaltigen Kreisentwicklung frühzeitig zu beteiligen und deren Ideen in die Nachhaltigkeitsstrategie einfließen zu lassen.

Der Bericht gibt einen Einblick in die aktuellen Themen, die im Enzkreis derzeit bearbeitet werden.

Nachhaltigkeitsstrategie

Per Beschluss des Kreistages bekannte sich der Enzkreis im Jahr 2017 zur Musterresolution „2030 Agenda für nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“ und damit zu den 17 Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen. Zur Verankerung der 17 Agenda-Ziele in der Zielsystematik des Enzkreises wurde das Leitbild fortgeschrieben und im Dezember 2018 als normativer Rahmen für den Kreistag und die Verwaltung beschlossen.

Eine Möglichkeit für Kommunen, die Agenda 2030 mit Leben zu füllen, ist die öffentliche Beschaffung. Im Enzkreis trat



Die digitale Beteiligungsplattform zur Agenda 2030

Quelle: Landratsamt Enzkreis

im Herbst 2019 die „Dienstsanweisung für eine nachhaltige Beschaffung beim Landratsamt Enzkreis“ in Kraft, was u.a. die Einführung von Recyclingpapier mit dem Blauen Engel in allen Ämtern der Landkreisverwaltung und den kreiseigenen Schulen zur Folge hatte. Allein durch diese einfache Maßnahme werden jährlich erhebliche Mengen an CO₂-Emissionen, Energie sowie Wasser und Holz eingespart. Dank der Dienstsanweisung werden neben Umweltfaktoren nach Möglichkeit auch soziale Kriterien im Sinne der ILO-Kernarbeitsnormen bei der Beschaffung berücksichtigt. Belege zur Einhaltung von Standards entlang der gesamten Wertschöpfungskette können mit Gütezeichen oder Eigenerklärungen nachgewiesen werden. Die Agenda 2030 der Vereinten Nationen betrifft jedoch alle Menschen und die verschiedensten Lebensbereiche, nicht nur bei individuellen Kaufentscheidungen. Das Beispiel zur Beschaffung und die Betrachtung der Produktionsbedingungen entlang der Wertschöpfungsketten erscheint jedoch besonders plastisch. Gerade die Corona-Pandemie hat weltweite Missstände bei den Arbeitsbedingungen

beispielsweise in der Kleidungs- oder Schuhproduktion in Ländern des Globalen Südens sowie in Schlachthöfen auch bei uns im Enzkreis aufgezeigt.

Die Agenda 2030 macht aber auch deutlich, dass der Enzkreis bei Weitem nicht in jedem Bereich Vorreiter ist. So wurden die CO₂-Emissionen im Verkehrssektor während des episodischen Lock-Downs quasi automatisch gesenkt. Umso drastischer offenbaren sich die Emissionswerte bei der Wiederöffnung des gesellschaftlichen Lebens. Arbeitgeber haben – wo möglich – Heimarbeitsplätze eingerichtet. Gleichzeitig musste aber erkannt werden, dass nicht überall die Bandbreite ausreichte und der Stand der Technik nicht im Ansatz das soziale Miteinander ersetzen kann. Die psychischen Belastungen haben in dieser Zeit erheblich zugenommen, und die Wichtigkeit der schützenswerten Güter Sicherheit, Gesundheit, Gerechtigkeit und ein fürsorgliches Miteinander wurde umso deutlicher. All diese Werte betont die Agenda 2030 der Vereinten Nationen und auch die Nachhaltigkeitsstrategie für den Enzkreis. Sie soll ganz konkret auf gesundheitsfördernde, umweltfreundliche

Rahmenbedingungen und ein soziales Miteinander hinwirken und für mehr Nachhaltigkeit sorgen.

Auch die Öffentlichkeit wurde zu möglichen Maßnahmen befragt. Über einen Zeitraum von sechs Wochen sind insgesamt 339 Einzelvorschläge von 124 registrierten Teilnehmenden auf der Beteiligungsplattform des Enzkreises eingegangen. Nicht nur dank dieses partizipativen Ansatzes ist die Strategie ein transparentes Steuerungsinstrument. Die Entwicklung im Enzkreis wird entlang von Indikatoren messbar gemacht, sodass Kreistag und Verwaltung mit konkreten Maßnahmen reagieren können. Die turnusmäßige Datenauswertung und Berichterstattung der Verwaltung soll dies ermöglichen.

Das Thema Nachhaltigkeit verbindet uns in Deutschland zugleich mit allen 192 anderen Ländern, die die Agenda 2030 unterschrieben haben. Die Nachhaltigkeitsstrategie ist jedenfalls unser Beitrag für eine enkeltaugliche Zukunft.

Enzkreis Klima Wendekreis

Seit 2010 beteiligt sich der Enzkreis an dem europäischen Wettbewerb „European Energy Award“ (eea), der einen Grundpfeiler der Klimaschutzarbeit des Kreises bildet. Bei der dritten Rezertifizierung konnte 2019 mit 81,3 Prozent erneut der Gold-Status erreicht werden. Der Enzkreis liegt mit diesem Ergebnis unter den ersten fünf Landkreisen deutschlandweit und auf Platz 1 in Baden-Württemberg. Die CO₂-Bilanz der Verwaltung zeigt: das Klimaziel 2020, die Reduktion von 25 Prozent CO₂-Emissionen gegenüber 2010, konnte mit rund 33 Prozent



übererfüllt werden. Als neues Zwischenziel für 2030 wurde eine CO₂-Minderung um 45 Prozent beschlossen.

Weiterentwicklung der Energieagentur

Das integrierte Klimaschutzkonzept des Enzkreises mit seinem Maßnahmenkatalog bildet die zweite Säule der Klimaschutzarbeit, mit Wirkung nach innen in die Verwaltung und nach außen in die Kommunen. Um die Städte und Gemeinden im Enzkreis wie auch die Stadt Pforzheim künftig noch besser in allen Fragen des Klimaschutzes und der Energiewende unterstützen zu können, wurde das seit 2003 bestehende Energie- und Bauberatungszentrum Pforzheim/Enzkreis (ebz) im vergangenen Jahr zur kommunalen Klimaschutz- und Energieagentur Enzkreis Pforzheim (keep) weiterentwickelt.

Der Name „keep“, übersetzt aus dem Englischen „bewahren“, unterstreicht den Auftrag der Klimaschutz- und Energieagentur, sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten für den Erhalt unseres Planeten einzusetzen.

Aktuell findet die Auswahl eines hauptamtlichen keep-Geschäftsführers und von weiterem Personal statt, neue Räumlichkeiten in zentraler Stadtlage

Klimaschutz- und
Energieagentur
Enzkreis
Pforzheim



von Pforzheim sollen bis Mitte des Jahres bezogen werden. Eine „strategische Beratung“ bildet jeweils die Brücke zur Stadt Pforzheim und dem Enzkreis, sodass ein enger Austausch zwischen den Gesellschaftern und der Energieagentur gewährleistet ist.

Klimawandelanpassung

Neben Projekten zum Klimaschutz bildet die Anpassung an die Folgen des fortschreitenden Klimawandels einen wachsenden Arbeitsbereich der „Stabsstelle Klimaschutz und Kreisentwicklung“ beim Landratsamt Enzkreis wie auch der kommunalen Energieagentur. Zusammen mit dem Landkreis Böblingen und dem Bodenseekreis sowie Kehl, Böblingen und Bad Krozingen ist der Enzkreis Pilotkommune im Projekt LoKlim „Lokale Kompetenzentwicklung zur Klimawandelanpassung in kleinen und mittleren Kommunen und Landkreisen“; die Federführung liegt bei der Universität Freiburg.

Unter den Städten und Gemeinden im Enzkreis wurde im Juli 2020 eine Umfrage zur Betroffenheit von Klima-



Internationale eea-Preisverleihung in Locarno

Quelle: European Energy Award (eea)



Projektphasen „LoKlim“

Quelle: www.lokale-klima-anpassung.de

wandelfolgen durchgeführt. Die Rücklaufquote von knapp 50 Prozent fiel für ein Forschungsvorhaben vergleichsweise hoch aus und verdeutlicht, dass die Folgen des Klimawandels bereits in den Kommunen spürbar sind. Eine besondere Betroffenheit im Enzkreis liegt laut Umfrage vor allem vor in Bezug auf die Zunahme von Dürre und Starkregen sowie den Rückgang von Eis-, Schnee- und Frosttagen.

In der aktuellen, ersten Projektphase werden auf Basis von Klimadaten der Landesanstalt für Umwelt Baden-Württemberg Klimasteckbriefe und Klimawirkungskarten für jede Gemeinde entwickelt.

CO₂-Kompensation der Dienstfahrten und -reisen der Verwaltung

Als Unterzeichner des Klimaschutzpakts Baden-Württemberg verpflichtet sich der Enzkreis zu einer weitgehend klimaneutralen Verwaltung bis 2040. In einem ersten Schritt wurden bereits Druckaufträge sowie der Postversand klimaneutral gestellt. Auf einen Kreistagsbeschluss hin erfolgt mit der Kompensation der Treibhausgasemissionen, die durch die Dienstfahrten und -reisen der Verwaltung entstehen, ein weiterer Schritt in diese Richtung. Für eine klimaneutrale

Kommunalverwaltung werden die Emissionen betrachtet, die im unmittelbaren Verantwortungsbereich der Kommunalverwaltung liegen, diese müssen vorrangig vermieden und vermindert werden. Derzeit erfolgt bereits die schrittweise Umstellung des Fuhrparks auf alternative Antriebe. Dennoch bleibt ein Rest an Emissionen bestehen.

Künftig werden alle Kilometer, die durch den Fuhrpark, die Straßenmeisterei und Privat-PKW's für dienstliche Fahrten zurückgelegt werden, sowie Bahnfahrten und Flugreisen kompensiert, d.h. über



Aufforstung an einer Schule in der Demokratischen Republik Kongo im Rahmen des Klimafonds Enzkreis
Quelle: Pater Jean Leonard Phola

die Beteiligung an Klimaschutzprojekten ausgeglichen. Die Mittel sollen dort eingesetzt werden, wo die größten Emissionseinsparungen erzielt werden können; dies ist vor allem in Schwellen- und Entwicklungsländern der Fall. Bereits seit 2014 werden jährlich bis zu acht kleine Kompensationsprojekte in Afrika und Asien über den „Klimafonds Enzkreis“ unterstützt. Ein Teil der Kompensationsmittel soll zusätzlich in den „Enzkreis Klimafonds“ eingezahlt werden. Bei den Kompensationsprojekten in Afrika und Asien geht es vor allem um den Bau von Solarstrom- und Solarthermie-Anlagen sowie Aufforstungen im Rahmen von Umweltbildungsprojekten.

Klimapartnerschaft wird zur kommunalen Partnerschaft

Ein weiterer Aspekt des Klimaschutzes wird im Rahmen einer Klimapartnerschaft zwischen dem Enzkreis und Masasi Distrikt/Stadt im Süden Tansanias realisiert. Seit knapp zehn Jahren bestehen von der „Servicestelle Kommune in der Einen Welt“ (SKEW) bei der Engagement Global gGmbH die kommunalen Partnerschaften mit Schwerpunkt Klimaschutz und Klimaanpassung. Gemeinsam mit den Verwaltungen in Masasi konnte der Enzkreis dank der Förderung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zahlreiche Projekte durchführen. So wurden vier kleine Biogas-Anlagen gebaut, die direkt mit Kuhdung betrieben werden und bei denen das entstehende Gas zum Kochen genutzt werden kann. Auf diese Weise wird Holz eingespart, das bisher der hauptsächliche Brennstoff ist. Für die Beleuchtung standen in den kleinen Gesundheitsstationen bisher nur Kerzen, Kerosin- und Taschenlampen zur Verfügung und in den größeren Einrichtungen Strom aus Gaskraftwerken. Allerdings sind die Stromnetze in Tansania sehr instabil, so dass bei den regelmäßigen Stromausfällen, die durchaus mehrere Stunden bis Tage dauern kön-



Wartung der installierten PV-Anlage bei einer Gesundheitsstation in Masasi / Tansania

Quelle: Landratsamt Enzkreis

nen, Dieselgeneratoren zum Einsatz kommen. Durch die Installation von Solarstromanlagen steht in vielen Gesundheitseinrichtungen nun nicht nur eine umweltfreundliche Stromversorgung zur Verfügung, sondern die Verwal-

tungen sparen auch viel Geld, da insbesondere Diesel sehr teuer ist.

Im Rahmen eines neuen Förderprojektes sollen bis 2023 zusätzlich acht weiterführende Schulen und drei Gesundheitseinrichtungen mit Solarstromanlagen ausgestattet sowie ein Umweltbildungszentrum errichtet werden. Grundsatz bei allen Projekten ist bisher, dass nicht nur Anlagen errichtet, sondern auch Fachpersonal ausgebildet wird, um eine gewisse Nachhaltigkeit der Investition zu gewährleisten. So wurden bei den Biogas-Anlagen Maurer geschult und bei den PV-Anlagen Techniker zu Solartechnikern ausgebildet und mit den notwendigen Werkzeugen ausgestattet, um die installierten Anlagen auch fachgerecht warten zu können. Teil des neuen Projektes ist auch, Lehrer fortzubilden und Unterrichtsmaterialien zu den Themen Klimaschutz, Klimaanpassung, Abfallwirtschaft, Waldschutz und Einsatz erneuerbarer Energien in der Landessprache Suaheli zu erarbeiten. In dem unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten mit Lehmziegeln und Holz errichteten Um-



weltbildungszentrum sollen Handwerker und Lehrkräfte fortgebildet und für die Bevölkerung nachhaltige Produkte wie effiziente Öfen, Solarthermie-Anlagen und Solar-Home-System präsentiert werden.

Schlussbemerkung

Die Corona-Pandemie zeigt deutlich, dass es ein „Weiter so“ nicht gibt und dass es auch anders geht bzw. gehen muss. Der Klimaschutz hat davon profitiert: Es wurde sehr viel CO₂ eingespart und Klimaziele erreicht, die davor noch in Frage standen. Viele Themen wie beispielsweise die Digitalisierung haben einen neuen Schub bekommen, und es wurden Schwachstellen aufgezeigt, die wir dringend angehen müssen. Stellen wir uns den großen Herausforderungen gerade auch unter diesen momentan schwierigen Rahmenbedingungen gemeinsam – und stellen wir Stück für Stück die Weichen für eine enkeltaugliche, nachhaltige Zukunft.



Nachhaltige Beschaffung sowie faire Fußballer präsentieren Edith Marqués Berger und Dr. Jannis Hoek

Quelle: Landratsamt Enzkreis

Edith Marqués Berger, Lisa Andes, Dr. Jannis Hoek und Angela Gewiese arbeiten in der Stabsstelle Klimaschutz und Kreisentwicklung im Landratsamt Enzkreis.

Klimaschutz im Landkreis Esslingen

Von Dr. Christine Griebel, Landkreis Esslingen

Klimaschutz-Aktivitäten bis zum Jahr 2019

Der Landkreis Esslingen hatte sich schon früh in verschiedenen Bereichen für den Klimaschutz engagiert. Bereits seit 2007 verfügt er über eine CO₂-Minderungsstrategie für die eigenen Liegenschaften, verbunden mit dem Ziel, bis 2020 die Treibhausgas-Emissionen um 35 Prozent zu reduzieren. Seit 2011 zeichnet sich eine positive Entwicklung des CO₂-Ausstoßes ab. Das Ziel wurde 2017 erreicht, wozu neben den Verbesserungen der Energieeffizienz und dem Einsatz von erneuerbaren Energien auch der Bezug von Ökostrom beigetragen hatte. Bei notwendigen Instandhaltungsmaßnahmen werden nun auch weiterhin baulich und technisch machbare energetische Optimierungen sowie der weitere Einsatz von erneuerbarer Energien berücksichtigt.

Ein langjähriges Engagement im Klimaschutz weist auch der Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises vor, nicht nur durch Verwertung und Recycling, sondern auch durch vielfältige Nutzung von erneuerbaren Energien. Dazu gehören die Erfassung und Verstromung von Deponiegas auf stillgelegten Hausmülldeponien, der Betrieb mehrerer Photovoltaik-Anlagen und nicht zuletzt die Biomassenutzung, sei es als Energiewald oder Kurzumtriebsplantage auf einer stillgelegten Deponie, Hackschnitzel aus verholztem Grünschnitt zur Belieferung von Heizanlagen oder die Stromproduktion aus Altholz.

Erstellung eines Integrierten Klimaschutzkonzepts

Viele weitere Facetten des Klimaschutzes und der Klimaanpassung auf Landkreisebene wurden bisher zwar in den einzel-

nen Fachämtern bearbeitet, aber nicht insgesamt betrachtet. Als Planungshilfe und Gesamtstrategie für zukünftige Klimaschutzmaßnahmen ließ der Landkreis deshalb 2019 ein Integriertes Klimaschutzkonzept (IKK) erstellen. Dieses sollte nicht nur die unmittelbaren Einflussmöglichkeiten der Landkreisverwaltung in den Blick nehmen, sondern auch mögliche Synergien und Netzwerkstrukturen mit den Städten und Gemeinden im Landkreis schaffen. Es beteiligten sich 26 der 44 kreisangehörigen Kommunen am gemeinsamen Integrierten Klimaschutzkonzept, acht weitere hatten zu dem Zeitpunkt bereits ein eigenes Konzept vorliegen.

Das Bundesumweltministerium förderte die Erstellung des Integrierten Klimaschutzkonzepts im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative. Mit der Konzepterstellung wurde das Büro „ifeu“ aus Heidelberg beauftragt. Es fand eine umfassende Akteursbeteiligung mit fünf Workshops und weiteren Experteninterviews statt. Neben den Fachpersonen des Landratsamtes und der beteiligten Kommunen nahmen daran auch Experten aus Organisationen, Vereinen und Institutionen teil. Das Konzept wurde im Oktober 2019 in einer Abschlussveranstaltung in Wernau der Öffentlichkeit vorgestellt.

Die fast hundert enthaltenen Maßnahmen decken acht Handlungsfelder ab, darunter neben den direkt beeinflussbaren – wie die interne Organisation des Klimaschutzes in der Landkreisverwaltung oder das Energiemanagement der kreiseigenen Gebäude – auch viele, die nur in Kooperation mit anderen Akteuren bearbeitet werden können: Siedlungs- und Stadtentwicklung, Verkehr und nachhaltige Mobilität, Energieversorgung und erneuerbare Energien, betriebliche Energieeffizienz, Ernährung und

Konsum sowie energetische Gebäudesanierung. Das Konzept enthält außerdem ein Leitbild mit Leitzielen zur landkreisweiten Reduktion von Treibhausgasemissionen.

Im Frühjahr vergangenen Jahres beschlossen die Kreisgremien das Integrierte Klimaschutzkonzept sowie den Beitritt des Landkreises Esslingen zum Klimaschutzpakt des Landes. Damit verpflichtet sich der Landkreis zum Ziel einer klimaneutralen Landkreis-Verwaltung bis 2040.

Parallel zum IKK ließ der Landkreis Esslingen auch ein Elektromobilitätskonzept erarbeiten. Dieses wurde im Rahmen der Förderrichtlinie „Elektromobilität vor Ort“ des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) gefördert. Es enthält unter anderem Maßnahmen zum Aufbau der Ladeinfrastruktur, ein Fuhrparkkonzept für die Landkreisverwaltung sowie Maßnahmen zum betrieblichen Mobilitätsmanagement.

Neuaufstellung des Klimaschutzes

Aufbauend auf den beiden Konzepten schuf der Landkreis die strukturellen Grundlagen für eine Umsetzung der Maßnahmen. Organisatorisch wurde das Thema Klimaschutz in einer neu geschaffenen Stabsstelle angesiedelt, die unmittelbar der Ersten Landesbeamtin und Leiterin des Dezernats für Technik und Umwelt Dr. Marion Leuze-Mohr zugeordnet ist. Die Stabsstelle wird mit insgesamt 2,5 Stellen für Klimaschutz, Mobilität und Energiemanagement sowie einem eigenen Budget ausgestattet.

Die Klimaschutzmanagerin Dr. Christine Griebel hat im November 2020 als erste ihre Arbeit in der Stabsstelle aufgenommen. Sie ist unter anderem für die Öffentlichkeitsarbeit, Information und



Projektleiter Hans Hertle (ifeu Institut), Bürgermeisterin Melanie Braun (Neckartenzlingen), TV-Wettermoderatorin Claudia Kleinert, Landrat Heinz Eininger und Moderator Theo Rombach bei der Vorstellung des Integrierten Klimaschutzkonzepts im Oktober 2019 (von links).

Quelle: Landratsamt Esslingen, Sarah Panten

Beratung zum Klimaschutz, interne Organisation, aber auch die Zusammenarbeit mit den Kommunen bei Fragen von Klimaschutz und Klimaanpassung in der Siedlungs- und Stadtentwicklung oder auch der energetischen Gebäudesanierung zuständig. Ihre Stelle wird für drei Jahre vom Bundesumweltministerium im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative gefördert. Der oder die künftige Mobilitätsmanager*in wird sowohl die Umsetzung von Maßnahmen zu Verkehr und nachhaltiger Mobilität aus dem Klimaschutzkonzept als auch die Umsetzung des Elektromobilitätskonzepts in die Hand nehmen. Hinzu kommt eine halbe Stelle für das Energiemanagement der kreiseigenen Gebäude, insbesondere die Energieberichterstattung – auch zur CO₂-Minderungsstrategie – und die Nutzersensibilisierung zum Energiesparen im Arbeitsalltag.

Netzwerk zur Bauleitplanung und Stadterneuerung

Bei der Akteursbeteiligung zum Integrierten Klimaschutzkonzept hatte sich ein hoher Bedarf an Vernetzung und Information zum Thema Stadtentwicklung

gezeigt. Die Klimaschutzmanagerin initiiert daher ein Netzwerk für Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie weiteres Fachpersonal für Stadtplanung in den Städten und Gemeinden im Landkreis. Bei den Netzwerktreffen werden aktuelle und praxisnahe Informationen zu Klimaschutz und Klimafolgenanpassung in Bauleitplanung und Stadterneuerung vermittelt. Die Teilnehmenden lernen gute Beispiele aus anderen Kommunen kennen und sollen gegenseitig von Erfahrungen profitieren können. Den Auftakt macht im April 2021 eine digitale Veranstaltung zur kommunalen Wärmeplanung, weitere Netzwerktreffen folgen in etwa halbjährlichem Abstand zu wechselnden Themen.

Auszeichnung Klimahaus Baden-Württemberg

Im Gebäudesektor, unter anderem bei den Wohngebäuden, ist eine Minderung der Treibhausgas-Emissionen nur dann zu erreichen, wenn die jährliche Sanierungsrate gesteigert wird und sowohl Sanierungen als auch Neubauten einen hohen energetischen Standard vorweisen. Im Straßenbild ist heute kaum er-

kennbar, welche Gebäude energetisch auf hohem Standard sind. Um mehr öffentliche Aufmerksamkeit und eine Anerkennung für vorbildliche Projekte zu schaffen, führt der Landkreis Esslingen ab dem Frühjahr 2021 gemeinsam mit der Klimaschutz- und Energieagentur Baden-Württemberg (KEA-BW) die Auszeichnung „Klimahaus Baden-Württemberg“ für besonders energieeffiziente Wohngebäude ein. Bürgerinnen und Bürger, deren Neubau oder Sanierung hohe Standards angelehnt an die KfW-Effizienzhausstandards erfüllt, können eine solche Auszeichnung erhalten und bekommen eine Klimahaus-Nummer verliehen. Neben den Eigentümerinnen und Eigentümern werden auch Multiplikatoren wie Energieberater, Architekten und Handwerker durch die Aktion angesprochen.

Photovoltaik-Kampagne

Mit der sinkenden Einspeisevergütung in den vergangenen Jahren ist der Zubau an Photovoltaik-Anlagen deutschlandweit – auch im Landkreis Esslingen – ins Stocken geraten. Neue PV-Installationen rechnen sich nicht mehr allein durch die Strom-Einspeisung ins Netz. Dennoch ist je nach Zusammenspiel der PV-Anlage mit Eigenverbrauch, Batteriespeicher, Elektromobilität oder Mieterstrom der Betrieb von Photovoltaik-Anlagen häufig wirtschaftlich. Aufgrund der vielen Faktoren, die dabei eine Rolle spielen, ist der Bedarf an individueller Beratung gestiegen. An diesem Punkt setzt eine landkreisweit angelegte Informations- und Beratungskampagne an: Interessierte Haus- oder Wohnungseigentümer erhalten eine unabhängige Beratung, ob und in welcher Konstellation eine PV-Anlage auf ihrem Dach machbar ist. Für ein möglichst niedrigschwelliges Angebot setzt der Landkreis auch hier auf eine Zusammenarbeit mit den Kommunen, so dass die Beratungstermine flächendeckend im gesamten Landkreis durchgeführt werden können.

Ausblick – 2021 und danach

Von den fast hundert Maßnahmen im Integrierten Klimaschutzkonzept des Landkreises Esslingen sind die ersten in der Umsetzung und der Aufbau der

Stabsstelle Klimaschutz schreitet voran. Für eine erfolgreiche Klimaschutzarbeit ist darüber hinaus die Mitwirkung aller Dezernate und Ämter in der Kreisverwaltung genauso erforderlich wie eine gute Zusammenarbeit mit den Kommunen

und vielen weiteren Akteuren. Klimaschutz ist eine Gemeinschaftsaufgabe.

Dr. Christine Griebel ist Klimaschutzmanagerin im Landratsamt Esslingen.

Landkreis Karlsruhe gibt Gas beim Klimaschutz – Klimaschutzwerkstatt verzahnt erfolgreiche Prozesse

Von Birgit Schwegle, Landkreis Karlsruhe

Der Klimaschutz ist im Landkreis Karlsruhe schon seit Jahren ein Thema. Der Kreistag hat sich ehrgeizige Klimaziele gesteckt und bereits im Jahr 2010 unter dem griffigen Titel „zeozweifrei“ ein integriertes Energie- und Klimaschutzkonzept erstellt. Es umfasst alle 32 Kommunen und verfolgt zwei wesentliche Ansätze: Energieeinsparungen und effizientere Nutzung zur Senkung des Gesamtenergiebedarfs und den Umstieg auf erneuerbare Energieträger zur Deckung des restlichen Verbrauchs bis zum Jahr 2050.

Logische Konsequenz aus den Erfolgen der bisherigen Klimaschutzanstrengungen ist die „Klimaschutzwerkstatt“, die am 14. Oktober 2020 in der Schloss-

Schule der Jugendeinrichtung Schloss Stutensee stattfand und zu der neben Kreisräten weitere Akteure eingeladen wurden, die sich in Sachen Klimaschutz engagieren: Gerade weil so viele Initiativen im Landkreis teils ausgezeichnete Erfolge mit ihren individuellen Maßnahmen feiern können, lag es auf der Hand, alle derartigen Aktivitäten zu bündeln und zu vernetzen.

Mit von der Partie war die Landkreisverwaltung, die unter anderem die vom Kreistag beschlossene Zertifizierung nach dem European Energy Award (eea) umsetzt und den 2014 erreichten Status „eea Gold“ bei der Rezertifizierung im Jahr 2018 im Ergebnis sogar noch deutlich steigern konnte. Daneben war

sie Motor zur Implementierung der 17 SDG-Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 der UN auf Kreisebene und setzt die Klimapartnerschaft mit der brasilianischen Stadt Brusque um, die mit dem Deutschen Nachhaltigkeitspreis 2021 ausgezeichnet wurde, der höchsten Anerkennung, die in diesem Bereich zu erreichen ist.

Vertreten waren auch die 32 Kommunen des Landkreises, von denen die meisten individuelle Klimaschutzmaßnahmen entwickelt und teilweise auch schon umgesetzt haben. Nicht wenige davon wurden ebenfalls mit Preisen oder Förderungen von Land und Bund ausgezeichnet, zum Beispiel als Leuchtturmprojekte mit Vorbildfunktion wie die 30 Klimaschutz-Quartiersprojekte, die attraktive Zuschüsse vom Bundesumweltministerium und der KfW-Bank erhielten.

Innerhalb der Städte und Gemeinden, aber auch auf Landkreisebene gibt es darüber hinaus vielfältige Initiativen unter Mitwirkung des bürgerschaftlichen Engagements und anderer Akteure, seien es die Terra-Preta-Initiative, Arbeitsgemeinschaft Nachhaltiges Bauen oder das Photovoltaik-Netzwerk Mittlerer Oberrhein mit seiner Botschafter-Kampagne. Zu den Akteuren gehören auch die Stadtwerke Bretten, Bruchsal und Ettlingen, die etwa 2018 eine Photovoltaik-Frei-



Klimawerkstatt des Kreistags unter Beachtung coronabedingter Vorschriften.

Quelle: Birgit Schwegle

flächenanlage mit einer Nennleistung von 747 kWp nahe der BAB-Abfahrt Bruchsal in Betrieb nahmen. Viele der Akteure werden fachlich und inhaltlich von der Umwelt- und EnergieAgentur Kreis Karlsruhe unterstützt.

Und schließlich arbeiteten auch 21 Mitglieder des Kreistages mit, der zum einen die Leitlinien für das Handeln der Kreisverwaltung legt, als auch Rahmenbedingungen für die 32 Kreiskommunen vorgibt.

Leuchtturm-Wirkung statt Kirchturm-Denken

Genau hier setzt das Prinzip der Klimaschutzwerkstatt an. In einem offenen Format mit Workshopcharakter soll es den Teilnehmern den „ergebnisoffenen“ Ideenaustausch untereinander ermöglichen und Informationen zu zahlreichen heute schon im Kreis umgesetzten Best-Practice-Projekten liefern. Schließlich lässt sich viel Zeit, Personal und Geld sparen, wenn nicht für jedes Thema und jede Kommune das Rad immer wieder neu erfunden werden muss.

Um das zu erreichen, konzipierte die Umwelt- und EnergieAgentur den Kick-off der Klimaschutzwerkstatt mit Organisations- und Moderationsunterstützung durch das Büro TEXTed aus Karlsruhe als Dialogveranstaltung im World-Café-Charakter. Und tatsächlich war die Veranstaltung in Stutensee ein ganz großer Schritt in die gewünschte Richtung. Die Teilnehmer tauschten sich teilweise kontrovers, aber durchweg konstruktiv zu Themen des Klimaschutzes, aber auch der Klimawandelfolgenanpassung aus.

Klar wurde dabei vor allem, dass die Kommunen des Landkreises zumindest bei diesem Thema ganz offensichtlich das althergebrachte Kirchturmdenken der Gemeinden untereinander überwunden haben – was so vor nicht allzu langer Zeit nicht immer der Fall war. Immer wieder wurde auch der Wunsch deutlich, projektbezogen interkommunale Allianzen mit Beteiligung des Landkreises zu



Trotz Bobbycar kein Spiel: Ideensammlung beim Themenschwerpunkt Mobilität Quelle: Birgit Schwegle

bilden und von Leuchtturmprojekten anderer zu lernen. Landrat Dr. Christoph Schnaudigel freute das ebenso wie den Kreistag; schließlich werden wirksame Klimaschutzaktivitäten allen Kommunen im Kreis – und auch weit darüber hinaus – zugänglich gemacht. Die Umwelt- und EnergieAgentur wiederum unterstützt und begleitet die Kommunen bei der konkreten Prüfung, inwieweit Erfolgsmodelle aus Nachbargemeinden auf die eigene örtliche Situation angepasst oder in manchen Fällen sogar direkt übernommen werden können.

Wollen braucht Input, Handeln braucht Output

Bewusst setzte die Klimaschutzwerkstatt auf ein ausgewogenes Verhältnis von Input und Output. In der Einstiegsrunde wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ganz bewusst erst einmal befragt, welche Maßnahmen sie sich denn vordringlich wünschen würden, wenn Zeit und Geld keine Rolle spielen würden. Und tatsächlich kam hier schon eine ganz erkleckliche Zahl an Vorschlägen zusammen, die abschließend tatsächlich auch als Ergebnis festgehalten wurden.

Den anschließenden Input leitete Birgit Schwegle ein, Geschäftsführerin der

Umwelt- und EnergieAgentur. Sie lenkte den Blick auf die „low hanging fruit“ – also die Maßnahmen, mit denen schnell und zu verhältnismäßig geringen Kosten hohe CO₂-Einsparpotenziale genutzt werden können. Mit vielen kleinen, aber auch größeren Best-Practice-Beispielen aus den Kommunen, aber auch aus anderen Landkreisen in Baden-Württemberg und bis nach Vorarlberg und die Schweiz hinein steckte sie so manche Werkstattteilnehmer ganz offensichtlich an mit ihrer Begeisterung für das Motto „Wir machen das – jetzt!“.

Und auch der Impulsvortrag zu nachhaltiger Mobilität von Prof. Christoph Hupfer, Leiter des Studiengangs Verkehrssystemmanagement an der Hochschule Karlsruhe – Technik und Wirtschaft und seit einem Jahr Inhaber einer von sieben Stiftungsprofessuren Radverkehr, zeigte einmal mehr, dass es häufig die kleinen Maßnahmen, wie etwa die zunehmend beliebten Reallabore sind, die die Menschen zum Mitmachen bewegen.

Um den Output kümmerten sich im anschließenden Workshopteil dann wieder die Werkstattmitglieder, sichtlich inspiriert vom zuvor Gehörten. Und vielleicht auch deshalb, weil der Nachmittag mit dem „Wollen“ begann, trugen die Werkstattteilnehmer während des Nachmittages 50 konkrete Maßnahmenvor-

schläge zusammen, die fast ausnahmslos den vier für den Landkreis vordringlichen Handlungsfeldern zuzuordnen sind: Regionale Wärmeausbaustrategie, nachhaltiges Bauen, Ausbau der Photovoltaik und nachhaltige Mobilität sind die Schwerpunkte, die direkt in den eea-Pro-

zess und die Fortschreibung des Klimaschutzkonzepts einfließen sollen. Einhelliges Fazit war, im Hinblick auf den Klimaschutz noch mehr Gas zu geben: Beflügelt von den bemerkenswerten Erfolgen im Landkreis hat diese Fortschreibung nun das Ziel, den Zeitraum

für CO₂-Neutralität um 15 Jahre zu verkürzen und damit „zeozweifrei 2035“ zu erreichen.

Birgit Schwegle ist Geschäftsführerin der Umwelt- und Energieagentur Kreis Karlsruhe.

Deutscher Nachhaltigkeitspreis 2021 geht nach Baden-Württemberg – Höchste Auszeichnung für Klimapartnerschaft des Landkreises Karlsruhe

Von Ragnar Watteroth, Landkreis Karlsruhe

Im Juli 2019 beschloss der Landkreis Karlsruhe, sich zu den 17 SDG-Nachhaltigkeitszielen der Agenda 2030 der Vereinten Nationen zu bekennen. Die SDG, „Sustainable Development Goals“, wurden 2015 entwickelt und sollen als global gültige Nachhaltigkeitsziele weit über nachhaltigen Klima- und Umweltschutz hinaus, z.B. auch soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit herstellen, gerade auch im globalen Süden.



Die Bedeutung dieser globalen Betrachtung für die Umsetzbarkeit der Klimaschutzziele in Europa hatte der Landkreis da schon längst erkannt: Bereits seit dem Jahr 2012 führt er die einige Monate zuvor aufgenommenen freundschaftlichen Beziehungen zur Stadt Brusque im südbrasilianischen Bundesstaat Santa Catarina im Rahmen einer Klimapartnerschaft für nachhaltige Stadtentwicklung fort. Mit der Aufnahme in das Förderprogramm „50 Klimapartnerschaften bis 2015“ des Bundesministeriums für Entwicklung und Zusammenarbeit konnte die Kooperation weiter intensiviert werden.

Und offenbar passt da Vieles zusammen bei dieser Kooperation: Am 4. Dezember 2020 wurde die Klimapartnerschaft zwischen Landkreis Karlsruhe und Brusque in der Kategorie „Kommunale Partnerschaften“ mit dem Deutschen Nachhaltigkeitspreis 2021 ausgezeichnet, der höchsten Prämierung, die man zu diesem Thema in Deutschland, vielleicht sogar in Europa erreichen kann.

Austausch von Technologie, Know-how – und tropischer Lebensfreude

In weniger als zehn Jahren haben die Partner zahlreiche Projekte erfolgreich umgesetzt. Zunächst brachte vor allem der Landkreis Karlsruhe technische Lösungen für mehr Energieeffizienz ein: Projekte wie die Umstellung von Straßenleuchten auf LED und der Ausbau von E-Ladestationen wurden auf die südamerikanischen Verhältnisse vor Ort zugeschnitten, zudem unterstützten die deutschen Akteure die Stadt Brusque beim Aufbau eines erfolgreich entwickelten Photovoltaik-Katasters, das für jedes Gebäude das Potenzial für den PV-Ausbau ausweist.

Schnell zeigte sich indes, dass auch die engagierten Kolleginnen und Kollegen

von jenseits des Atlantiks in einigen Bereichen die Nase vorn hatten. So war beispielsweise nachhaltige Umweltbildung an kommunalen Schulen schon längst üblich und das Schulprojekt „Sairinhas“ wurde von Brusque auf öffentliche Schulen im Landkreis Karlsruhe übertragen. Seither ist die Blaukappentangare, wie der tropische Regenwaldvogel Sairinha auf Deutsch heißt, das Symbol junger Klimahelden, „Heróis do Clima“, die in einer viertägigen Ausbildung auf beiden Seiten des Atlantiks zu Klimabotschafterinnen und -botschaftern werden.

Dieser Vorsprung in selbstverständlicher Verankerung von Nachhaltigkeits-Themen in der Schulbildung zeigt sich bis heute: In Brusque sind die 17 SDG jedem Kind ein Begriff, während allein die Bezeichnung SDG bei uns erst so langsam ins Bewusstsein der ohnehin an Nachhaltigkeitspolitik interessierten Bevölkerungsschichten dringt.

Aber die südamerikanischen Freunde, wie sie auf deutscher Seite zu Recht genannt werden, bringen durchaus auch empathische Begeisterung in die Partnerschaft ein, auch bei Themen, die wir Deutschen häufig doch eher aus nüchterner Verwaltungs- oder Ingenieurs-sicht angehen. So gab es denn bei der großen SDG-Konferenz des Landkreises

im Juli 2019, in der die Partner weitere konkrete bilaterale „transatlantische“ Projekte entwickelten und anstießen, auch die eine oder andere Träne der Rührung, als die brasilianische Delegation sich wieder auf den Heimweg machte.

„Beeindruckendes Ambitionsniveau“, das ansteckt

Dass die Begeisterung und der Schwung mehr und mehr auch die Menschen in dem deutschen Landkreis ansteckt, zeigt sich nicht zuletzt daran, dass inzwischen die Hälfte aller Kommunen im Kreis eigene Klimaschutzwerkstätten installiert haben und eine nach der anderen mittlerweile an einer kommunalen Nachhaltigkeitssatzung arbeitet. Dieses besondere Herangehen und die Strahlkraft der Klimapartnerschaft hinterlässt durchaus Eindruck auch weit über die Kreisgrenzen hinaus. Bereits im Oktober 2020 erhielt die Partnerschaft den Nachhaltigkeitspreis 2020 der Regionalen Netzstellen Nachhaltigkeitsstrategien RENN.süd in Kooperation mit dem Rat für Nachhaltige Entwicklung RNE.

Und auch die Begründung der Jury des Deutschen Nachhaltigkeitspreises für die Preisverleihung ist eine Bestätigung



Bei der Preisverleihung für den Deutschen Nachhaltigkeitspreis:
auf dem linken Bildschirm Ragnar Watteroth vom Landkreis Karlsruhe, rechts Ana Paula Bonatelli
und Cristiano Oliinger aus Brusque/Brasilien

Quelle: Dariusz Misztal

für Brusques Bürgermeister Dr. Jonas Paegle, Landrat Dr. Christoph Schnaudigel und all die vielen Akteure, die die Partnerschaft leben und umsetzen: „Das beeindruckende Ambitionsniveau der Partnerschaft überträgt sich aktiv in benachbarte Gemeinden und setzt den Grundstein zur Entwicklung von klimaneutralen Regionen.“ So war es bei der Preisverleihung anlässlich des 13. Nachhaltigkeitstages in Düsseldorf zu hören.

Und so soll es auch weitergehen, auch und gerade in Coronazeiten: Als nächstes ist eine brasilianisch-deutsche Klimaschutzwerkstatt geplant: online und damit am Puls der Zeit.

Ragnar Watteroth ist Finanzdezernent im Landratsamt Karlsruhe.

Innovative Weiterentwicklung der Mechanisch-Biologischen Abfallbehandlungsanlage beim Zweckverband Abfallbehandlung Kahlenberg durch Rohstoffrückgewinnung aus Ersatzbrennstoffen

Von Dr. Georg Person, Ortenaukreis

Der Landkreis Emmendingen und der Ortenaukreis arbeiten bei der Entsorgung, Behandlung und Verwertung vieler Abfallarten zusammen. Dazu gründeten der ehemalige Landkreis Lahr und der Landkreis Emmendingen im Jahr 1971 den Zweckverband Abfallbehandlung Kahlenberg (ZAK) mit Sitz in Ringsheim (heute Ortenaukreis). Seit 1973 betreibt der ZAK die Deponie Kahlenberg, direkt auf der Grenze zwischen den beiden Landkreisen. Aus dem ursprünglich reinen Deponiebetrieb ist mittlerweile ein moderner Standort für die Abfallbehandlung und Verwertung mit Vorbildcharakter geworden, der sich stetig weiterentwickelt. So betreibt der ZAK am Kahlenberg neben Deponien für mine-

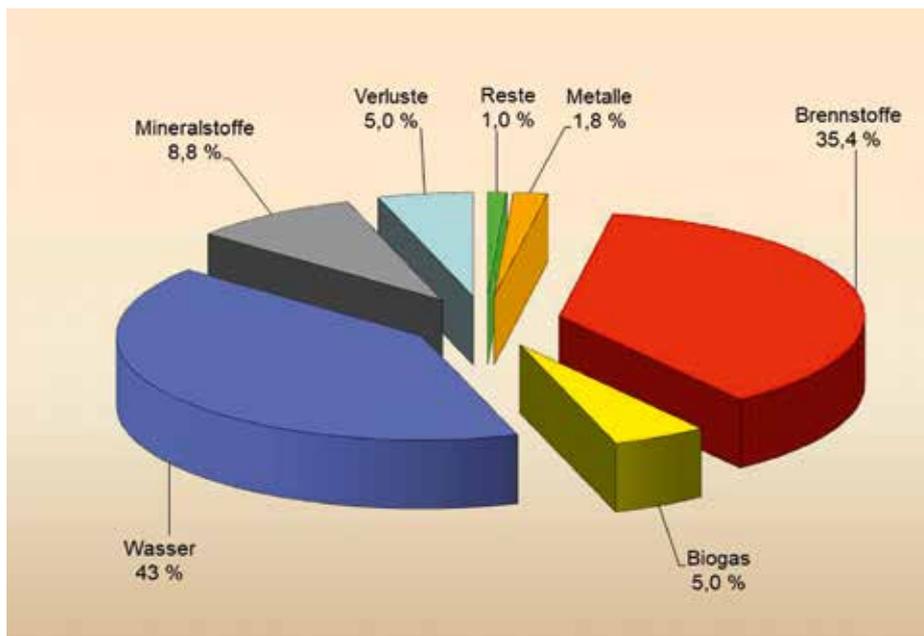
ralische Abfälle und Erdaushub einen Wertstoffhof, mehrere Anlagen zur Wasserbehandlung, Energiegewinnung und Energieversorgung sowie zur mechanisch-biologischen Abfallbehandlung von Hausabfällen. Der ZAK beschäftigt heute rund 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Insbesondere für die mechanisch-biologische Abfallbehandlung (MBA) hat der ZAK innovative Technologien entwickelt, die seit mehreren Jahren auch weltweit an verschiedenen Standorten zum Einsatz kommen. Die MBA am Standort Kahlenberg ist seit 2006 in Betrieb. Sie behandelt jährlich etwa 100.000 Tonnen Hausabfälle der zusammen rund 600.000 Einwohner beider Landkreise

und produziert daraus hauptsächlich Mineralstoffe, Metalle und Ersatzbrennstoffe (EBS) sowie Biogas und gereinigtes Abwasser.

Unter Klimaschutzaspekten ist die energetische Nutzung von Biogas und EBS besonders relevant: Die MBA produziert aktuell jedes Jahr etwa 5,5 – 6 Mio. Kubikmeter Biogas mit einem Methangehalt von 70 Volumenprozent aus den biogenen Anteilen im Hausmüll. Dieses Biogas wird vor Ort im eigenen Blockheizkraftwerk zusammen mit restlichem Deponiegas aus der Deponie Kahlenberg zur Strom- und Wärmeerzeugung eingesetzt. Die jährlich erzeugte Strommenge entspricht dabei etwa dem jährlichen Strombedarf von rund 5.000 Einfamilienhäusern mit 2-Personen-Haushalten. Mit dem erzeugten Strom versorgt sich der ZAK selbst und speist überschüssige Anteile in das Stromnetz des regionalen Netzbetreibers ein. Die entstehende Wärme wird im eigenen Wärmenetz und dem Wärmenetz der Standortgemeinde Ringsheim zu Heizzwecken genutzt. Des Weiteren stellt die MBA jährlich ca. 35.000 Tonnen EBS her, die bislang in externen Kraftwerken zur Energiegewinnung eingesetzt werden.

Durch den Einsatz von Bio- und Deponiegas zur Strom- und Wärmeerzeugung mittels Kraft-Wärme-Kopplung und durch die thermische Verwertung von Ersatzbrennstoffen mit biogenen Anteilen in Industriefeuerungsanlagen und Zementwerken werden jährlich große Mengen an klimaschädlichen CO₂-Emissionen eingespart. Die Verwer-



Prozentualer Anteil der Stoffströme im Output der MBA Kahlenberg im Jahr 2020

Quelle: Zweckverband Abfallbehandlung Kahlenberg, Ringsheim

tung von Biogas und Deponiegas im Blockheizkraftwerk führt bei vollständiger Wärmenutzung zu jährlichen CO₂-Einsparungen in der Größenordnung von 15.000 Tonnen. Die Energieerzeugung aus der thermischen Verwertung von EBS des ZAK mit ihren biogenen Anteilen führt im Vergleich zu einer entsprechenden Energieerzeugung aus fossilen Brennstoffen wie Steinkohle zu einer CO₂-Reduktion von über 20.000 Tonnen jährlich.

Hochwertige Abfallbewirtschaftung zielt heutzutage nicht nur auf eine energetische Nutzung von Abfällen mit möglichst guten klimaentlastenden Effekten ab. Abfälle sollen, so sie (noch) nicht vermieden werden können, ganz im Sinne der Kreislaufwirtschaft mehr und mehr als Rohstofflieferant dienen, um natürliche Ressourcen zu schonen. Aktuell prominente Beispiele sind die verstärkten Aktivitäten beim Kunststoffrecycling und die Rückgewinnung von Phosphor aus Klärschlämmen. Im Idealfall sollte hochwertiges stoffliches Recycling von Abfällen nachhaltiger, emissionsärmer und energieeffizienter als die Rohstoffgewinnung aus natürlich vorkommenden Ressourcen sein. Daher kann stoffliches Recycling einen wesentlichen Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz leisten.

Während Ersatzbrennstoffe bislang nur energetisch genutzt wurden, gehen die Landkreise Emmendingen und Ortenaukreis mit dem ZAK nun einen Schritt weiter in Richtung einer zusätzlichen stofflichen Nutzung. Dabei soll ein Teil der in der MBA Kahlenberg erzeugten EBS in einer eigenen Anlage zur Energieerzeugung und Rückgewinnung von Phosphor und ggf. anderer Rohstoffe auf höchstem technischem und ökologischem Niveau verwertet werden. Das innovative Projekt mit dem Titel „Thermische Verwertung und Rohstoffrückgewinnung aus Ersatzbrennstoffen (EBS)“ wurde in Abstimmung mit dem Umweltministerium Baden-Württemberg entwickelt und wird von diesem finanziell

gefördert. Die Umsetzung des Projektes ermöglicht es den Landkreisen Emmendingen und Ortenaukreis, auf die zusätzliche getrennte Sammlung von Küchenabfällen mittels einer Biotonne zu verzichten. Durch die Weiterbehandlung der EBS auf dem ZAK-Areal entfallen auch rund 2.000 EBS-Transporte in externe Verwertungsanlagen, was sich zusätzlich klimaschonend auswirkt.

Das Projekt „Thermische Verwertung und Rohstoffrückgewinnung aus Ersatzbrennstoffen (EBS)“ soll in zwei Projektteilen durchgeführt werden:

1. Projektteil: Thermische Verwertung von EBS zur Gewinnung von Aschefractionen
2. Projektteil: Rohstoffrückgewinnung aus EBS-Aschefractionen

Der erste Projektteil besteht im Wesentlichen aus einem EBS-Kraftwerk mit einer sogenannten stationären Wirbelschichttechnologie (max. Feuerungswärmeleistung 13,5 MW_{th}). Als Brennstoffe werden ausschließlich EBS des ZAK aus der MBA Kahlenberg eingesetzt (jährlich max. 24.500 Tonnen), die zuvor für den Einsatz in dieser Technik weiter aufbereitet werden. Die bei der thermischen Verwertung der EBS frei werdende Energie verdampft Wasser in einem Kessel-

system. Dieser Wasserdampf treibt eine Turbine an, die jährlich bis zu 20 Mio. kWh Strom zur Einspeisung ins Stromnetz erzeugen kann. Das entstehende Abgas wird mehrstufig unter Zugabe von Bindemitteln und Additiven gereinigt: Ein 4-Kammer-Gewebefilter hält Staub und staubgebundene Schadstoffe zurück, Stickoxide werden katalytisch in Stickstoff umgewandelt. Das gereinigte Abgas wird über einen Kamin abgeleitet. Die im Zyklon abgeschiedene Asche, ca. 8.000 Tonnen pro Jahr, soll dann zur Rückgewinnung von Phosphor und anderer Rohstoffe eingesetzt werden.

Das Regierungspräsidium Freiburg erteilte im Dezember 2020 die Genehmigung zum Bau und Betrieb des 1. Projektteils. Dem Genehmigungsverfahren war in einem durchgehend transparenten Prozess ein intensiver und konstruktiver Austausch mit der Standortgemeinde Ringsheim vorausgegangen. So wurden zwei öffentliche Informationsveranstaltungen durchgeführt und eine Informationsbroschüre erstellt.

Nach dem Beschluss der Verbandsversammlung des ZAK konnte die Firma Wehrle Werk AG aus Emmendingen Ende Dezember 2020 mit den Planungs- und Bauleistungen für den ersten Projektteil beauftragt werden. Der Baubeginn ist



Modell des EBS-Kraftwerks (im Vordergrund) vor der MBA Kahlenberg und der Rheinebene mit der Gemeinde Ringsheim (im Hintergrund) Quelle: Zweckverband Abfallbehandlung Kahlenberg, Ringsheim

noch in diesem Jahr vorgesehen, die Inbetriebnahme soll Anfang 2023 erfolgen. „Das ist ein weiterer Meilenstein zur Realisierung der neuen Rohstoffrückgewinnungsanlage. Diese innovative ZAK-Technologie wird ein Aushängeschild für die gesamte Abfallwirtschaft werden“, erklärt Frank Scherer, Zweckverbandsvorsitzender des ZAK und Landrat des Ortenaukreises. „Es werden Emissionsstandards umgesetzt, die garantieren, dass es für die Bevölkerung in der Region und für die wertvollen Naturschutzflächen am Kahlenberg keinerlei zusätzlichen Belastungen geben wird. Zudem entfallen durch die Realisierung des Projektes rund 2.000 Lkw-Fahrten im Jahr zwischen dem Kahlenberg und den Verwertungsanlagen“, so Scherer. Parallel zur Errichtung des EBS-Kraftwerks soll der zweite Projektteil entwickelt werden. Zur Rückgewinnung von Phosphor aus Klärschlammaschen befindet sich derzeit eine ganze Reihe von Verfahren mit unterschiedlichem technischem Reifegrad in der Erprobung. Bis zum Jahreswechsel 2021/2022 möchte der ZAK ermitteln, welche Technik zur Rückgewinnung von Phosphor aus EBS-Aschen in Frage kommen könnte und welche weiteren Rohstoffe für eine Rückgewinnung von Interesse sind. Nach derzeitigem Stand belaufen sich die Investitionen für das Gesamtprojekt auf ca. 30 Mio. Euro. Das Land unterstützt das Projekt zur Rückgewinnung von Phosphor aus Aschen, die durch die energetische Verwertung von aus Restabfällen erzeugten Ersatzbrennstoffen entstehen, mit 7,5 Mio. Euro.

Für die beiden Landkreise, den ZAK sowie die Bürgerinnen und Bürgern der Gemeinde Ringsheim und der näheren Umgebung war es von Anfang an sehr wichtig, dass von der Anlage keinerlei gesundheitliche Beeinträchtigungen oder negative Umweltauswirkungen ausgehen. Um dies zu realisieren, wurde im Rahmen einer Immissionsprognose durch Fachgutachter die Immissionssituation in der Umgebung für jede Emission geprüft. Die Emissionswerte konnten soweit reduziert werden, dass die resultierenden Immissionen irrelevant für Mensch und Umwelt sind. Diese niedrigen Emissionswerte liegen zum großen Teil deutlich unter den gesetzlich vorgeschriebenen Werten der 17. BImSchV und sind in der Genehmigung festgeschrieben. Durch den Einsatz der bestverfügbaren Technik kann der Anlagenlieferant für einige der beantragten Emissionswerte noch niedrigere Werte garantieren. Im realen Betrieb der Anlage werden diese Garantiewerte nochmals unterschritten. Damit ist sichergestellt, dass die resultierenden Immissionen keine zusätzlichen Gesundheits- und Umweltgefährdung für die Bevölkerung in der Region und für die wertvollen Naturschutzflächen auf dem Kahlenberg bewirken.

Die Abfallwirtschaft in Deutschland und vielen Ländern der EU hat in den letzten Jahrzehnten vor allem durch Schließung der Deponien für nicht vorbehandelte Siedlungsabfälle, aber auch durch z. B. die Nutzung des energetischen Potenzials der Abfälle den Ausstoß an Treibhausgasen ganz erheblich reduziert und somit

beträchtlich zum Klimaschutz wie auch zur Energiewende beigetragen.

Der ZAK nutzt seit 1994 am Standort Kahlenberg Deponiegas aus abgelagerten Hausabfällen der Landkreise Emmendingen und Ortenaukreis zur Strom- und Wärmeerzeugung. Seit 2006 erzeugt er in der MBA Kahlenberg aus den Hausabfällen der beiden Landkreise zusätzlich Biogas und Ersatzbrennstoffe. Die energetische Nutzung von Deponiegas, Biogas und Ersatzbrennstoffen führt zu jährlichen CO₂-Einsparungen von mehr als 35.000 Tonnen.

Durch das zukünftige Projekt „Thermische Verwertung und Rohstoffrückgewinnung aus Ersatzbrennstoffen“ wird der ZAK mit innovativer und umweltschonender Technik seine Aktivitäten zum Klima- und Ressourcenschutz im Bereich der Abfallbehandlung der beiden Landkreise weiterentwickeln und ausbauen. „Damit leisten wir einen weiteren Beitrag zu einer nachhaltigen und ökologisch hochwertigen Abfallwirtschaft“, betont Hanno Hurth, der stellvertretende Verbandsvorsitzende und Landrat des Landkreises Emmendingen. „Wir schaffen dadurch in einem zentralen Bereich der Daseinsvorsorge Voraussetzungen, um natürliche Ressourcen zu schonen und unsere Klimaziele zu erreichen.“

Dr. Georg Person ist stellvertretender Geschäftsführer des Zweckverbands Abfallbehandlung Kahlenberg.

Rhein-Neckar-Kreis – Erstes Klimaschutzkonzept erfolgreich umgesetzt – Fortsetzung folgt!

Von Julia Eustachi, Rhein-Neckar-Kreis

Bereits seit 2010 steht der Klimaschutz im Rhein-Neckar-Kreis ganz oben auf der politischen Agenda. Fest verankert als strategisches Ziel zählt Klimaschutz zur Daueraufgabe im Landkreis. Seit 2013 gibt ein Klimaschutzkonzept einen konkreten Handlungsrahmen mit 39 Maßnahmen für den Kreis und seine Eigengesellschaften vor, die von der Geschäftsstelle Klimaschutz des Rhein-Neckar-Kreises kontinuierlich umgesetzt wurden. Das zahlt sich nun aus, denn die Maßnahmen zeigen Wirkung.

Bereits 3 Jahre früher als geplant wurde das gesteckte Ziel erreicht, ausgehend vom Bezugsjahr 2010 bis 2020 die CO₂-Emissionen von Kreis und Eigengesellschaften um 20 % zu reduzieren. Bis 2020 konnte das gesteckte Ziel sogar übertroffen und eine CO₂-Einsparung von rund 32 % vorgewiesen werden.

Dieser sichtbare Erfolg führte letztlich dazu, dass die beiden anfangs geförderten Personalstellen in der Geschäftsstelle Klimaschutz, auch nach Auslaufen der Bundesförderung, direkt im Rhein-Neckar-Kreis beibehalten und arbeitsvertraglich weitergeführt worden sind. Das Klimaschutzkonzept wird somit mit weiteren, neuen, ehrgeizigen Zielen fortgeschrieben. Damit unterstreicht der Rhein-Neckar-Kreis wie wichtig umfassendes und kontinuierliches Engagement im und für den Klimaschutz ist.

Viele Maßnahmen – ein Ziel: Umsetzung des Klimaschutzkonzepts

In den letzten Jahren wurden zahlreiche Instrumente und Maßnahmen im Auftrag des Rhein-Neckar-Kreises initiiert. Mit der energetischen Sanierung der kreiseigenen Liegenschaften, der Be-

leuchtungssanierung, der Umstellung auf eine klimafreundliche Wärmeversorgung, dem Aufbau eines Energiemanagements und dem Ausbau erneuerbarer Energien nimmt der Kreis seine Vorbildfunktion auch weiterhin wahr. Die jährliche Stromerzeugung der kreiseigenen Photovoltaik-Anlagen liegt bei ca. 5.000 MWh. Dies entspricht ungefähr 25 % des jährlichen Stromverbrauchs des Landratsamtes und seinen Eigengesellschaften.

Ein weiterer wichtiger Beitrag zur regionalen Energiewende ist die seit Juli 2019 in Betrieb genommene, kreiseigene Bioabfallvergärungsanlage. Die moderne Anlage verarbeitet bis zu 60.000 Tonnen Bioabfall aus dem Landkreis zu gütesichertem Frischkompost und ca. 40 Millionen Kilowattstunden Biogas pro Jahr. Damit kann die gleiche energetische Menge fossilen Erdgases eingespart werden.

Das kreiseigene Biomasseheizkraftwerk ergänzt das Angebot und ermöglicht mit seiner klimafreundlichen Nahwärmeversorgung eine Einsparung von 6.500 Tonnen CO₂ jährlich.

Auch im Bereich Neubau wurden neue Maßstäbe gesetzt. So hat sich der Rhein-Neckar-Kreis zu einem deutlich höheren Standard verpflichtet und plant deshalb Neubauten grundsätzlich als Passivhäuser. Nach dem Bau der Louise-Otto-Peters-Schule, welche als erste Bildungseinrichtung in Deutschland im Effizienzhaus Plus-Standard errichtet wurde, begibt sich der Rhein-Neckar-Kreis wiederum auf neues Terrain. Noch in diesem Jahr wird die sonderpädagogische Steinsbergschule mit angeschlossenen integrativen Kindergarten im Passivhausstandard gepaart mit Massivholzbauweise gebaut.

Nicht nur die zuvor genannten baulichen Maßnahmen führen zu Emissionsmin-



Louise-Otto-Peters-Schule in Hockenheim. Erste Bildungseinrichtung in Deutschland im Energieeffizienzhaus Plus-Standard.

Quelle: Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis



Auszeichnung des Rhein-Neckar-Kreises als Fahrradfreundlicher Arbeitgeber.

Quelle: Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis

derungen. So hat das Thema nachhaltige Mobilität einen sehr hohen Stellenwert im Kreis. 2018 wurde eigens für dieses Thema eine Stabsstelle „Mobilität und Luftreinhaltung“ eingerichtet. Diese übernimmt eine vernetzende Funktion im Bereich der kreisweiten Mobilität. In Kooperation mit dem Amt für Nahverkehr, dem Straßenbauamt, dem Straßenverkehrsamt, der Geschäftsstelle Klimaschutz und dem Sachgebiet für Tourismus- und Strukturförderung bei der Stabsstelle Wirtschaftsförderung können die Aufgaben der Mobilität gebündelt vorangetrieben und die Entwicklung einer zukunftsweisenden Mobilitätsstrategie verfolgt werden. Neben kreisweiten Mobilitätsthemen, wie beispielsweise dem Nahverkehr oder der Radverkehrsförderung, steht auch die interne Mobilität im Fokus der Klimaschutzarbeit. Durch die Umstellung des Fuhrparks auf kleinere Fahrzeugklassen und E-Fahrzeuge, dem Aufbau ausreichender Ladeinfrastruktur sowie dem Ausbau von Homeoffice-Plätzen wurde die interne Mobilität CO₂-neutraler gestaltet. Mit Diensträdern, Dienst-E-Rädern, E-Scootern, Car-Sharing, Jobticket,

VRNnextbike-Stationen, neuen Radabstellanlagen sowie Duschmöglichkeiten und vielen weiteren Maßnahmen stehen den Mitarbeitenden des Landratsamts eine Fülle von Optionen zum Klimaschutz im Bereich Mobilität zur Verfügung. 2018 zertifizierte sich das Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis als „Fahradfreundlicher Arbeitgeber“.

Feste Bestandteile des Aufgabengebiets der Geschäftsstelle Klimaschutz sind die Sensibilisierung der Mitarbeitenden für klimafreundliches Handeln und das Thema nachhaltige Beschaffung. Beispielsweise wurden Azubi-Schulungen, Sprit-Spar-Trainings oder die Mitarbeiterkampagne „Mit dem Rad zur Arbeit“ angeboten.

Die Papierbeschaffung wurde auf Recyclingpapier umgestellt und der Rhein-Neckar-Kreis belegte beim bundesweiten Wettbewerb „Papieratlas“ den fünften Platz als „Recyclingfreundlichster Landkreis 2020“.

Mit der Zertifizierung als „europäische Energie- und Klimaschutzkommune“ im internationalen Qualitätsmanagementsystem des European Energy Awards wurden die Leistungen des Rhein-Ne-

ckar-Kreises auch von externer Stelle ausgezeichnet. Eine Rezertifizierung steht Ende 2021 auf dem Plan.

Ergänzt und unterstützt werden die Aktivitäten von der kreiseigenen Klimaschutz- und Energie-Beratungsagentur KLIBA gGmbH. Mit ihr stehen dem Kreis erfahrene und professionell agierende Beratungskapazitäten vor Ort zur Verfügung. So können beispielsweise alle Bürgerinnen und Bürger des Kreises eine kostenlose Energieberatung in Anspruch nehmen.

Ohne Kommunen geht es nicht – Kooperationsvereinbarung und Klimaschutzpakt nehmen Kommunen im Kreis in die Verantwortung

Auch wenn der Rhein-Neckar-Kreis viele Maßnahmen in seinem eigenen Handlungsfeld umsetzt, sind engagierte Kommunen unverzichtbare Partner zum Erreichen der Klimaschutzziele.

Um den Klimaschutz im Kreis auch auf kommunaler Ebene voranzutreiben, unterzeichnete der Landkreis mit 53 seiner 54 Kommunen eine Kooperationsvereinbarung zum Klimaschutz. Diese beinhaltet unter anderem die Erstellung sowie die regelmäßige Fortschreibung einer Energie- und CO₂-Bilanz für jede Kommune im Kreis, die als Grundlage und Ausgangspunkt für weitere Klimaschutzmaßnahmen dient. Im Gegenzug verpflichteten sich die Kommunen u.a. ein eigenes Klimaschutz(-teil)konzept bis 2020 zu erstellen. Dieser Verpflichtung sind bereits alle Kommunen nachgekommen. Im Zuge dessen wurden zahlreiche Klimaschutzmanager und Klimaschutzmanagerinnen in den Kommunen eingestellt, um die Klimaschutzaktivitäten vor Ort voranzutreiben und die erstellten Konzepte umzusetzen.

Die Geschäftsstelle Klimaschutz bietet mit ihren regelmäßigen Vernetzungstreffen der Klimaschutzbeauftragten im Kreis eine Austauschplattform für erfolgreiche Klimaschutzprojekte der Kommu-

nen und ist gleichzeitig Ansprechpartner für jegliche Klimaschutzbelange. Um den gemeinsamen Klimaschutz-Willen auch nach außen hin zu demonstrieren, traten im Mai 2017 alle Kommunen des Rhein-Neckar-Kreises geschlossen dem Klimaschutzpakt bei, welcher zwischen dem Land und den kommunalen Landesverbänden geschlossen wurde. Dieses umfassende Bekenntnis ist landesweit einmalig.

Klimaschutz braucht keine Pause – Fortschreibung des Klimaschutzkonzepts, der Kooperationsvereinbarung und des Klimaschutzpakts im Jahr 2021

Auch wenn schon viel erreicht wurde, zeigen die erkennbaren Folgen des Klimawandels deutlich, dass es bei der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen weiterer Anstrengungen bedarf. So verstärkt der Rhein-Neckar-Kreis mit der derzeitigen Fortschreibung seines Klimaschutzkonzepts seine Aktivitäten erneut. Oberstes Ziel ist dabei die Erreichung einer Klimaneutralen Verwaltung bis 2040. Auch außerhalb des direkten Handlungs- und Einflussbereiches möchte der Kreis verstärkt Verantwortung übernehmen. Während der Rhein-Neckar-Kreis und seine Eigengesellschaften im bestehenden Klimaschutzkonzept vorwiegend in den eigenen Bereichen tätig wurde und seine Vorbildrolle ge-



Auszeichnung mit dem European Energy Award.

Quelle: Umweltministerium Baden-Württemberg / Martin Stollberg

genüber Kommunen, Unternehmen und Bürgerinnen und Bürgern unterstrich, soll künftig der Landkreis als Koordinator, Initiator und Unterstützer in der Fläche stärker sichtbar werden. Dabei stellt die enge interkommunale Zusammenarbeit mit den kreisangehörigen Kommunen auch zukünftig ein zentrales Element der Klimaschutzarbeit dar. Der Kreis möchte motivieren, sensibilisieren und moderieren, um alle Akteure wie private Haushalte, Handel und Gewerbe etc. auf dem Weg zum Klimaschutz mitzunehmen. Konkret geht es dabei um den Ausbau der erneuerbaren Energien, darum Energieeffizienzmaßnahmen konsequent

umzusetzen und eine nachhaltige Mobilität auf den Weg zu bringen.

Mit der zusätzlichen Fortschreibung bzw. Weiterentwicklung des Klimaschutzpakts und der Kooperationsvereinbarung im Jahr 2021 sowie der damit verbundenen Verpflichtung der Kommunen, die Verwaltung weitgehend klimaneutral zu organisieren, wird dieses Vorhaben noch einmal deutlich herausgestellt.

Julia Eustachi ist Klimaschutzmanagerin beim Rhein-Neckar-Kreis.

Klimaschutz im Landkreis Schwäbisch Hall – mit KLIMAktiv und dem energieZENTRUM sind die Namen hier Programm

Von Heinz Kastenholz, Landkreis Schwäbisch Hall

Das energieZENTRUM – mit Herz und Sachverstand für die Zukunft

Inmitten des Landkreises Schwäbisch Hall, in einer schlichten Bürogemeinschaft in Wolpertshausen, arbeiten wir in einem engagierten, jungen Team in zahlreichen Projekten an einer besseren Zukunft. Der Klimaschutz und der schonende Umgang mit den Ressourcen unserer Umwelt sind nicht nur unsere Aufgabe, sondern sie liegen uns am Herzen und sind unsere Mission.

Als Teil der Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Landkreises Schwäbisch Hall mbH agiert das energieZENTRUM als Energieagentur des Landkreises Schwäbisch Hall. Unsere Aufgabe im Kern ist, Privatpersonen, Unternehmen und Kommunen im Landkreis rund ums Energiesparen und den Einsatz erneuerbarer Energien neutral und kompetent zu beraten. Aus der in einer Arbeitsgruppe aus verschiedenen Akteuren entstandenen Idee zum Modellprojekt „Minimalenergiehäuser und Energiezentrum in Wolpertshausen“ im Jahr 2003, deren Ziel der Bau und die Entwicklung sowie das Monitoring von Minimalenergiehäusern war, entwickelte sich über die Jahre ein Kompetenz- und Beratungszentrum für regenerative Energien und Energieeinsparung mit heute 3,1 Vollzeitstellen, auf mehrere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Voll- und Teilzeit verteilt.

Einzigartig in Deutschland war und ist auch das Modell zur Finanzierung durch die Energie der Sonne. Aus mittlerweile 63 Solarstromanlagen auf Dächern im Landkreis Schwäbisch Hall und in Eilenburg im Landkreis Nordsachsen (früher Landkreis Delitzsch) finanziert sich das



energieZENTRUM bis heute selbst, seinerzeit ermöglicht durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz mit der garantierten Einspeisevergütung für den Solarstrom.

Die installierten Anlagen mit einer Gesamtleistung von 2,1 Megawatt tragen – ganz im Sinne des energieZENTRUMs – aktiv zum Klimaschutz bei. Über ein eigens entwickeltes Überwachungsmodul werden die Anlagen ständig kontrolliert und bei Bedarf optimiert. Auf der Internetseite www.solaranlagen.wfgsha.de werden die Einspeiseergeb-

nisse tagesaktuell veröffentlicht und können jederzeit eingesehen werden.

„Unser großer Vorteil im Vergleich zu anderen Landkreisen ist, dass wir uns aufgrund unserer Entstehungsgeschichte voll auf unsere Kernaufgaben konzentrieren können. Die Energie-Themen laufen bei uns nicht nebenher, sondern sind unser Job“, so Heinz Kastenholz, Leiter des energieZENTRUMs. „Das macht uns schlagkräftig und unsere Ergebnisse sichtbar. Ein Beispiel: Bereits drei Mal wurde der Landkreis Schwäbisch Hall beim Wettbewerb des Landes Baden-Württemberg „Leitstern Energieeffizienz“ mit dem Sonderpreis für messbare Erfolge ausgezeichnet. Das ist nicht zuletzt dem Beratungsangebot und Engagement des energie-ZENTRUMs zu verdanken.“

Weiteres wichtiges finanzielles Standbein des energieZENTRUMs sind die Be-



Quelle: WFG Schwäbisch Hall

ratungen der Bürgerinnen und Bürger im Landkreis durch die Energieberaterinnen und Energieberater. Hunderte Haushalte haben das Beratungsangebot in den vergangenen Jahren bereits genutzt. „Wir haben lange nach geeigneten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gesucht und konnten unser Beratungsteam 2021 auf 2,5 Stellen ausweiten und auch unser Beratungsangebot aufstocken. Das ist ein enormer Gewinn für uns, die Bürgerinnen und Bürger und den Klimaschutz“, so Kastenholz. Die Verbraucherzentrale Energieberatung ist Kooperationspartner – mehr zum Thema erfahren Sie von Vincent Clarke, der seit 2016 als Energieberater fürs energieZENTRUM tätig ist, auf S.35 f.

Seit 2015 setzt auch der Landkreis Schwäbisch Hall auf den Klimaschutz und hat das integrierte Klimaschutzkonzept definiert. Seitdem bündelt und steuert das Klimaschutzmanagement des Landkreises Schwäbisch Hall unter dem Namen KLIMAktiv die Aktivitäten, deren Maßnahmenkatalog insgesamt 47 Maßnahmen enthält, die in sechs verschiedene Handlungsfelder zusammengefasst werden. Derzeit verantwortlich ist Shahin Shoghinia, Klimaschutzmanager des Landkreises Schwäbisch Hall, der statt im Haupthaus des Landratsamts in Schwäbisch Hall auch in der Bürogemeinschaft im energieZENTRUM sitzt. „Die Entscheidung, das Klimaschutzmanagement hier in Wolpertshausen anzusiedeln, lag auf der Hand: kurze Wege, überschneidende Themen und Veranstaltungen, Synergieeffekte in den Projekten und der Zugriff auf vorhandene Strukturen des energieZENTRUMs, um nur einige Vorteile zu nennen“, so Landrat Gerhard Bauer, der sich als Hauspitze für das Thema einsetzt.

Viele Facetten, ein Ziel – Einblick in einige Projekte

Das energieZENTRUM hat vielfältige Aufgaben und zahlreiche aktive Projekte und alle verfolgen ein gemeinsames Ziel:



Quelle: WFG Schwäbisch Hall

den Klimaschutz in seinen verschiedenen Facetten voranzutreiben. Das fängt im Kleinen bei den Haushalten an und geht bis hin zu Kommunen, Unternehmen und der Landwirtschaft.

Unsere wichtigste Aufgabe ist die Information und Beratung von Privatpersonen zu den verschiedensten Themen. Neben den bereits erwähnten persönlichen und individuellen Energieberatungsleistungen werden verschiedene – häufig kostenfreie – Informationsveranstaltungen angeboten:

- Die Veranstaltungsreihe „Photovoltaik lohnt sich“ in Kooperation mit dem

Photovoltaik-Netzwerk Baden-Württemberg mit PV-Experte Clarke fokussiert Themen rund um Photovoltaikanlagen auf dem eigenen Dach, mittlerweile auch im digitalen Format.

- Themenfokussierte Info-Veranstaltungen zu aktuellen Fragen z. B. zu Förderprogrammen, beispielsweise über die neue Heizförderung des BAFA.
- Der jährliche E-Mobilitätstag ist seit einigen Jahren der Branchentreff und Trendmonitor der Elektromobilitätsbranche im Landkreis, aufgebaut wie eine Messe, flankiert von Vorträgen und Diskussionsrunden.



Quelle: WFG Schwäbisch Hall



- Zertifizierte Fortbildungen für Fachleute aus den Branchen Bau und Handwerk in Kooperation mit der Akademie der Ingenieure, aber gleichfalls qualifizierte Vorträge für Privatpersonen und Kommunen informieren darüber, wie energiesparend gebaut und saniert werden kann.

Ein besonderes Anliegen des energieZENTRUMs ist die Sensibilisierung der Kleinsten für das große Thema Klimaschutz, denn schon Kinder und Jugendliche können durch ihr Verhalten heute und vor allem in Zukunft einiges zum Umweltschutz beitragen.

Verschiedene Angebote für unterschiedliche Altersklassen bereiten die Themen Energie sparen, regenerative Energien und Energiepotenziale auf und schaffen einen Bezug zum Thema Energie und Umwelt.

- „Kleine Energiedetektive“ – die Spurensuche rund um die Themen Energieverbrauch und Klimaschutz für die Vorschule und die Klassen 1 und 2: In vier Schulstunden werden die Kinder mit Spiel und viel Spaß durch Geschichten und Experimente an das große Thema Klimaschutz herangeführt.
- „Klimaschutz mit Biss“ geht der Frage nach, was unsere Ernährung mit dem Klima zu tun hat. Die Klassen 7 bis 9 lernen in vier Schulstunden, warum regionale und saisonale Lebensmittel gut fürs Klima sind und was sich negativ auswirkt, wie beispielsweise Lebensmittel weg zu werfen.
- „Strom und Sicherheit“ klärt rund um das Thema Strom in den Klassenstufen 3 und 4 auf. Die Kinder lernen in vier Schulstunden, wie Strom erzeugt wird, was unnötiger Stromverbrauch von Elektrogeräten ist und zeigt einfache Lösungen zum Energie- und Kostensparen auf.
- „SeE – Schüler erleben Energie“ ist der Energie-Erlebnistag in Wolpertshausen, der modernisiert und überarbeitet wieder angeboten wird, als Ausflugsziel für Klassen oder Angebot im



Quellen: WFG Schwäbisch Hall



Quelle: WFG Schwäbisch Hall



Schüler erleben ENERGIE

Ferienprogramm. Die jungen Klimaschützer können an neun verschiedenen Stationen selbst Experimente

durchführen und lernen dabei spielerisch einiges über Energie. Sie erfahren, wie Energie gewonnen wird (z.B. Strom aus Sonnenenergie oder Windkraft und sie erzeugen kinetische Energie selbst auf dem Energie-Erlebnis-Trainer) und lernen den Recycling-Kreislauf kennen. An der neuesten Station kann eine energiesparende Route für ein E-Roboter geplant werden.

Mit Blick nach vorne

Klimaschutz- und Quartierskonzepte sowie geförderte Einstiegberatungen für Kommunen, Beratungen und Schulungen für Unternehmen, Informationen und Beratungsleistungen für landwirtschaftliche Betriebe – das Angebot des energie-ZENTRUMs ist vielfältig. Dafür will es auch bekannt sein im ganzen Landkreis. „Meine Vision für das energieZENTRUM ist es, als Partner und unabhängiger Dienstleister, ob bei Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, Unternehmerinnen und Unternehmern oder Bürgerinnen und Bürgern, wir wollen erster Ansprechpartner in

Sachen Energie und Klimaschutz sein, quasi die ‚rote Taste‘ auf dem Telefon oder ‚HELP-Taste‘ auf der Tastatur“, so Kastenholz. Fördermittel-Suche und Beratung, von der Antragsstellung bis hin zur Umsetzung und Abwicklung, Coachings und Workshops, unabhängig und neutral, das energieZENTRUM will erste Adresse für alle Zielgruppen sein.

Genau so wichtig wie das Umsetzen der Projekte ist das Networking, die Kooperation mit Institutionen, das Austauschen von Ideen und Ansätzen, die Entwicklung und Anbahnung neuer Projekte, die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Heinz Kastenholz: „Nur wenn wir sichtbar sind, kommen die Menschen auch auf uns zu. Deshalb sind Information, Kommunikation und die Veröffentlichung unserer Angebote ein wichtiger Bestandteil unserer täglichen Arbeit.“

Heinz Kastenholz ist Leiter des energieZENTRUMs bei der Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Landkreises Schwäbisch Hall mit Sitz in Wolpertshausen.

Integriertes Klimaschutzkonzept Landkreis Schwäbisch Hall

Von Shahin Shoghinia, Landkreis Schwäbisch Hall

Das Integrierte Energie- und Klimaschutzkonzept des Landkreises Schwäbisch Hall stellt die strategische Grundlage für die Energie- und Klimapolitik des Landkreises in den nächsten Jahren dar. Das oberste Ziel dabei ist die Reduzierung des Endenergieverbrauchs und der CO₂-Emissionen im Landkreis. Um dieses Ziel erreichen zu können, wurden für den Landkreis 47 Maßnahmen, in sechs unterschiedlichen Handlungsfeldern, entwickelt.

Im Zeitraum April 2015 bis April 2016 wurde eine Energie- und CO₂-Bilanz erstellt, mit der Zielsetzung, ein regelmäßiges Monitoring des Energieverbrauchs in kreiseigenen Liegenschaften zu ermöglichen. Anhand dieses Energieberichts konnten weitere Energie- und Klimaschutzprojekte abgeleitet werden. Eines dieser Klimaschutzprojekte ist das Energiesparprojekt „Kommunale Klima-Scouts“. Im Rahmen dieser Maßnahme werden in regelmäßigen Treffen



Auszubildende als „Energie-Scouts“ ausgebildet und über effiziente Maßnahmen zur Energieeinsparung und Energievermeidung informiert. Anschließend tragen die Auszubildenden in ihren Betrieben dazu bei, Energieeinsparpotenziale zu identifizieren, diese zu dokumentieren, im Anschluss Verbesserungen



Quelle: WFG Schwäbisch Hall

anzuregen und als Multiplikatoren aufzutreten.

Deutschlandweit landen jährlich 2,8 Mrd. Coffee-to-go-Becher im Müll (Landkreis Schwäbisch Hall: 6,5 Mio. Becher). Um diese enorme Abfallmenge in Verbindung mit hohem CO₂-Ausstoß zu vermeiden, wurde ein Mehrwegsystem für Kaffeebecher eingeführt. Seit der Einführung hat sich die Zahl der teilnehmenden Betriebe im Landkreis Schwäbisch Hall mehr als verdoppelt. Mittlerweile bieten



Quelle: WFG Schwäbisch Hall

über 41 Bäckereien, Cafés, Kantinen, Tankstellen etc. die Pfandbecher an. Je mehr Coffee-to-go-Anbieter den Pfandbecher anbieten, desto besser funktioniert das Pfandsystem. So sieht es wohl auch die Politik. Durch das neue Gesetz des Bundeskabinetts sind Restaurants, Cafés und Bistros ab 2023 verpflichtet, Coffee-to-go und Take-away im Mehrwegbehältnis anzubieten.

Radfahren hält fit und ist umweltfreundlich! Dieses Ziel soll mit der Erstellung eines kreisweiten Radverkehrskonzeptes mit Etablierung von regelmäßigen Ak-

tionen zur Stärkung der fahrradfreundlichen Mobilitätskultur vor Ort erreicht werden. Hierzu gehört das jährlich gemeinsam mit der Initiative RadKULTUR stattfindende Stadt-Radeln, bei dem es darum geht, drei Wochen lang möglichst viele Alltagswege klimafreundlich mit dem Fahrrad zurückzulegen. Im vergangenen Jahr fand außerdem die Aktion RadSchnitzeljagd statt. Über fünf Monate konnten die Menschen touristische Ziele, spannende Orte und neue Alltagsstrecken im Landkreis entdecken. Wie bei einer klassischen Schnitzeljagd mussten dabei die einzelnen Stationen gesucht und gefunden werden.

„Klimaschutz ist ein globales Thema, das uns alle betrifft. Denn die Verantwortung für unsere Umwelt müssen wir alle übernehmen, wir als Landkreis, als Stadt, als Gemeinde und als Bürgerinnen und Bürger. Wenn wir gemeinsam daran arbeiten, dann können wir auch viel erreichen“, so Landrat Gerhard Bauer.

Wir hoffen, auch im zweiten Pandemie-jahr weitere Klimaschutzprojekte und -aktionen durchführen zu können und freuen uns auf die rege Teilnahme im Landkreis.



Quelle: WFG Schwäbisch Hall

Shahin Shoghinia ist der Klimaschutzmanager des Landkreises Schwäbisch Hall.

Energieberatungen als Erfolgsfaktor im Klimaschutz

Gespräch mit Vincent Clarke, seit 2016 tätig als zertifizierter Energieberater der Verbraucherzentrale Baden-Württemberg im energieZENTRUM, der Energieagentur des Landkreises Schwäbisch Hall

- *Herr Clarke, Sie sind als Energieberater im energieZENTRUM tätig – wen beraten Sie denn genau zu welchen Themen?*

[V. Clarke] Meine Aufgabe umfasst hauptsächlich die Beratung von Privatpersonen, aber auch Kommunen im Landkreis Schwäbisch Hall in allen Fragen rund um Energiesparen, Energieeffizienz, Haustechnik und den Einsatz von Erneuerbaren Energien. Das schließt Bestandsgebäude, Sanierungen und Umbauten sowie energetische Fragen beim Planen des Neubaus ein. Ein wichtiger Aspekt ist auch die Beratung über Fördermöglichkeiten aus verschiedenen Töpfen. Wir arbeiten dabei in Kooperation und nach Vorgaben der Verbraucherzentrale Energieberatung.

- *Was bedeutet die Kooperation mit der Verbraucherzentrale für diejenigen, die zu Ihnen kommen?*

[V. Clarke] Der wichtigste Aspekt für die Ratsuchenden bei der Beratung durch uns ist die absolute Neutralität und Unabhängigkeit. Wir haben außer zufriedenen Ratsuchenden keine weiteren Ziele, wie z.B. Produkte zu verkaufen. Außerdem wird durch die Zertifizierungsstandards der Verbraucherzentrale die Qualität der Beratung sichergestellt,



Quelle: WFG Schwäbisch Hall

denn alle Energieberater werden auf Qualifikation und Kompetenz geprüft. Und die Beratung ist darüber hinaus zum Teil kostenlos, zum Teil für einen geringen Eigenanteil (i.d.R. 30 Euro) für die Bürgerinnen und Bürger durchführbar. Es wundert also niemanden, dass wir generell eine hohe Nachfrage nach Beratungsterminen haben.

- *Also nur Vorteile für Bürgerinnen und Bürger – aber wie kann das energieZENTRUM diese Leistung erbringen, Ihre Beratertätigkeit ist ja nicht kostenlos?*

[V. Clarke] Diesen Vorteil haben die Ratsuchenden der Verbraucherzentrale zu verdanken. Im Hintergrund werden die vollen Beratungskosten, die je Check-Ter-



Quelle: WFG Schwäbisch Hall

min bei knapp 300 Euro liegen, bis auf den Eigenanteil von der Verbraucherzentrale getragen. Die Bundesförderung für Energieberatung der Verbraucherzentrale ist wiederum ein Projekt des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie. Damit zählen wir zu den rund 500 unabhängigen Energieberatern, die in ganz Deutschland für die Verbraucherinnen und Verbraucher da sind.

- *Wie genau sieht eine Beratung bei Ihnen aus, was können die Bürgerinnen und Bürger erwarten?*

[V. Clarke] Neben Telefonterminen bieten wir sogenannte „Check-Termine“ vor Ort – also bei den Verbrauchern zu Hause – zu verschiedenen Themen an. Diese können z.B. sein, der Gebäude-Check, der neben der Begutachtung der Verbrauchsdaten auch Heizungsanlage und

Gebäudehülle umfasst. Dann gibt es noch Eignungs-Checks zu den Themen Photovoltaik und Heizung – dabei prüfen wir jeweils die Eignung der Immobilien für Solaranlagen und beim Heizungstausch wird geschaut, welches Heizsystem geeignet ist.

Wir besprechen die individuellen Möglichkeiten und nächste Schritte dann direkt vor Ort und im Nachgang erhalten die Ratsuchenden dann immer einen schriftlichen Bericht.

- *Betreuen Sie noch weitere Projekte im energieZENTRUM?*

[V. Clarke] Ich selbst betreue noch das „Kommunale Energie-Effizienz-Netzwerk“ (KEEN). Bei KEEN treffen sich regelmäßig die Netzwerkbeauftragten der teilnehmenden Gemeinden, um sich über Möglichkeiten der Erschließung von

Einsparpotenzialen ihrer Liegenschaften auszutauschen. Das energieZENTRUM organisiert die Treffen, informiert über die verschiedenen Themenfelder, z.B. Einsparpotenziale Straßenbeleuchtung, geeignete Energiedatenerfassung oder Fördermöglichkeiten zur Effizienzsteigerung.

Weitere Projekte, die hauptsächlich durch meine Energieberater-Kolleginnen und -Kollegen durchgeführt werden, sind verschiedenste altersgerechte Schul- und Kindergartenprojekte zu den Themen Energie-, Wassersparen oder Klimaschutz. Bei einigen kleineren Kommunen führen wir das „Coaching kommunaler Klimaschutz“ durch, eine geförderte Einstiegshilfe für kleine Kommunen in die anstehenden Klimaschutzmaßnahmen.

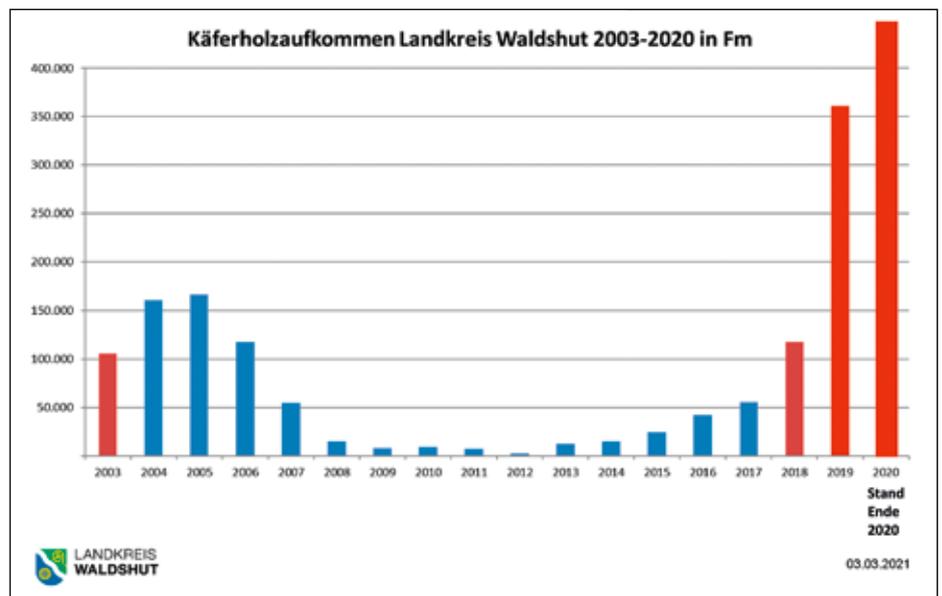
Klimawandel und Waldschäden – Modellgebiet im Landkreis Waldshut

Von Waltraud Zimmermann, Landkreis Waldshut

„Der Borkenkäfer hinterlässt ein Schlachtfeld.“, titelte die Badische Zeitung im vergangenen Jahr, als die enormen Waldschäden im Landkreis Waldshut es zum wiederholten Male in den ersten Teil der regionalen und überregionalen Medien geschafft hatten. Der Käfer hat in der Region zwischen Südschwarzwald und Hochrhein in den letzten Jahren große und weiträumige Schäden angerichtet. Auf eine Fläche von 4.800 Hektar sind bis Ende 2020 die Fichtenbestände abgestorben. Immer wieder finden sich zwischen alten Fichtenwäldern große Areale, die das Bild eines rostartig gefärbten, schiefen Gestrüpps vermitteln und mit einem gesunden, gedeihenden Forst nichts mehr gemein haben. Trockenere Sommer, längere Dürreperioden, mehr Hitzetage, schneeärmere Winter, heftigere Niederschläge und extremere Wetterlagen – die Folgen des

Klimawandels hinterlassen immer tiefere Spuren. Ein dramatisches Bild zeichnet sich vor allem im Landkreis Waldshut

ab, wo die Auswirkungen bereits vom Straßenrand aus unübersehbar sind. Wie in kaum einem anderen Landkreis in



Graphik Schadholzaufkommen Landkreis Waldshut

Quelle: Landratsamt Waldshut

Baden-Württemberg hat hier der Klimawandel ganz erheblich dazu beigetragen, dass der Borkenkäfer sich unkontrollierbar vermehren konnte. Nach Jahren von Wetterextremen stößt er auf kaum mehr Widerstand und hat daher leichtes Spiel, den Bäumen zuzusetzen.

Die wirtschaftlichen Schäden sind enorm, aber sie sind nur ein Aspekt von gleich mehreren dieser Entwicklung. So hat im Schwarzwald die Pflege des Waldes eine alte, tief verwurzelte Tradition. Wie tief, zeigt sich allein schon in der hohen Zahl von Kleinwaldbesitzerinnen und -besitzern. Rund 18.300 von ihnen bewirtschaften im Landkreis eine Fläche von rund 23.500 Hektar und leisten damit einen wichtigen Beitrag für eine aktive Forstpflge in dieser walddreichen Region. „Waldshut ist nicht der einzige, aber der im ganzen Land am stärksten betroffene Landkreis. Und wenn es unserem Wald schlecht geht, so geht das den Menschen sprichwörtlich an die Nieren“, so Landrat Dr. Martin Kistler und ergänzt „die Hände resignierend in den Schoß zu legen, entspricht allerdings nicht dem Schwarzwälder Naturell.“

Aus diesem Grund entstand 2020 auf Initiative des Waldshuter Kreisforstamtes das Projekt „Modellregion Südschwarzwald“. Gefördert wird es vom Ministerium Ländlicher Raum. Kreisforstamt, Ministerium, Regierungspräsidium, die Forstliche Versuchsanstalt, Waldgenossenschaften und -besitzer arbeiten engagiert zusammen. Das Projekt verfolgt mehrere Ziele. Es soll die Waldbesitzer durch passgenaue Angebote unterstützen.

Auch will das Team am Beispiel des Landkreises Waldshut Methoden und inhaltliche Bausteine für klimabedingte Waldstrategien entwickeln, die bei Bedarf auch auf andere Regionen des Landes übertragbar sind. Der Fokus liegt dabei auf Fichte und Tanne. Zentrale fachliche Arbeitspakete dieses Projekts sind unter anderem:



Luftaufnahme Waldschäden Ortsteil Oberalpfen Stadt Waldshut-Tiengen

Quelle: Kreisforstamt Waldshut

1. Umfang Schadausmaß, Rahmenbedingungen und Prognose des weiteren Schadgeschehens und seiner Dynamik
 2. Management, Aufarbeitung und Logistik im kleinparzellierten Wald
 - Verfahren von der Holzaufarbeitung bis zur verwaltungstechnischen Abwicklung unter Einbindung der Waldbesitzenden/Forstbetriebsgemeinschaften
 - Analyse der vorhandenen naturalen und finanziellen Rahmenbedingungen
 3. Handreichung zur Wiederbewaldung von Schadflächen im kleinparzellierten Wald
 - Überprüfung und Anpassung des Wiederbewaldungs-Leitfadens auf den kleinparzellierten Wald
 - Entscheidungshilfen für Wiederbewaldungs-Feinplanung erarbeiten
 - Prüfung, ob und in welchem Umfang und für welchen Zeitraum abgestorbene Fichten-/Tannenbestände stehen bleiben können
 4. Förderung
 - Überprüfung vorhandener Förderinstrumente
 - Vorschläge zur Vereinfachung, Optimierung und Ergänzung der Förderverfahren und Fördermaßnahmen
 5. Regionale Krisenmanagement- und Kommunikations-Strategie
 - Entwicklung umfassender Kommunikations- und Öffentlichkeitsarbeitskonzepte
 - Bewusstseinsbildung und Akzeptanz in der Öffentlichkeit
- Das Projekt habe eine durchaus sportlich angesetzte Laufzeit bis zum Ende dieses Jahres, wie der frischgebackene Kreisforstamtsleiter Markus Rothmund anmerkt. Sein erstes Résumé lautet: „Der Wald von heute verändert sich, damit der Wald von morgen bleibt. Die Fichte hat in Lagen unterhalb von 800 Metern auf den meisten Standorten kaum eine Zukunft. Eiche, Bergahorn, Spitzahorn, Douglasie, Erle sind in diesen Lagen unsere primären Zukunftsbäume. Daneben spielen aber auch die

Buche und die Weißtanne in Lagen unterhalb von 800 Metern eine weiterhin zum Teil bedeutende Rolle. Wichtig ist, dass die neu eingebrachten Baumarten standortgerecht und klimastabil sind. Der neue Wald soll stabil und vielfältig sein. Auf diesem spannenden Weg wollen wir unsere Waldbauern, Sägewerks-

besitzer, aber auch unsere Bürgerinnen und Bürger begleiten und unterstützen“, so der Förster. Landrat Dr. Martin Kistler teilt diese Einschätzung: „Der klimaangepasste Schwarzwald der Zukunft ist und bleibt ein Kraftakt für unsere und für die kommende Generation. Ich bin aber zuversichtlich, dass das Pro-

jekt „Modellgebiet Südschwarzwald“ einen guten Weg weisen kann.“

Frau Waltraud Zimmermann ist Leiterin des Umweltamtes und des Energieteams, das im Landratsamt Waldshut die Klimaschutzaktivitäten bündelt.

Der Landkreis Lörrach erprobt im Rahmen seiner Sozialstrategie Präventionsnetzwerke gegen Kinderarmut an zwei Standorten

Neuer Förderauftrag geplant

Von Michael Wolff, Stuttgart

In Baden-Württemberg ist fast jedes fünfte Kind armutsgefährdet. Das bedeutet, dass es in einer Familie lebt, in der ein im Vergleich zum Durchschnitt der Bevölkerung zu geringes Einkommen zur Verfügung steht. Das kann erhebliche und lebenslange Auswirkungen auf die Teilhabechancen der betroffenen Jungen und Mädchen haben. Damit Kinder gut aufwachsen können, bedarf es neben finanziellen Transferleistungen einer öffentlichen Infrastruktur, die auf eine gleichberechtigte Teilhabe aller Kinder bei Themen wie Bildung, soziale und kul-

turelle Partizipation, Ernährung, Gesundheit, Wohnen und Sozialraum ausgerichtet ist.

Präventionsnetzwerke gegen Kinderarmut schaffen bessere Teilhabechancen für alle Kinder

Auf finanzielle Transferleistungen hat das Land wenig Einfluss – anders ist das bei der Förderung einer armutspräventiven Infrastruktur in den Kommunen. Dafür stellt das Land seit knapp zehn Jahren Mittel des Landeshaushalts für den Aufbau und die Weiterwicklung von Präventionsnetzwerken gegen Kinderarmut zur Verfügung. Derzeit bestehen 16 solcher Präventionsnetzwerke in 13 der 44 Stadt- und Landkreise im Land. Im Rahmen der zweijährigen Strategie „Starke Kinder – chancenreich“ 2020/21 hat das Land Baden-Württemberg ein umfangreiches Paket an Unterstützungsangeboten geschnürt, um Kinder und Jugendliche zu stärken. Dazu gehört auch die Förderung von weiteren Präventionsnetzwerken gegen Kinderarmut. Bis 2030 soll dieser Ansatz in allen Stadt- und Landkreisen erprobt worden sein. Weitere Informationen finden Sie auf der Internetplattform www.starkekinder-bw.de.



Ziel eines Präventionsnetzwerks gegen Kinderarmut ist es, eine integrierte kommunale Strategie zur Prävention und Bekämpfung von Kinderarmut zu entwickeln, damit sich Armutsgefährdung im Kindesalter eben gerade nicht nachteilig auf die Teilhabechancen im gesamten weiteren Leben auswirkt.

Der Bestand der Angebote für Kinder und Jugendliche und deren Familien vor Ort wird erhoben und in eine Präventionskette eingeordnet, die nach Altersgruppen der Kinder, nach Handlungsfeldern, wie z. B. Gesundheit, Beteiligung, Kinderbetreuung etc., sowie nach benachteiligten Zielgruppen, wie z. B. Kinder von Alleinerziehenden, Kinder mit Migrationsgeschichte etc., differenziert ist. Dabei werden Angebotslücken sichtbar, die mit neuen Angeboten geschlossen werden sollen.

Als Grundlage dient die folgende vom Ministerium für Soziales und Integration im Rahmen der Strategie „Starke Kinder – chancenreich“ entwickelte Matrix:



Quelle: Michael Wolff

Zielgruppen	(1) Kinder von Alleinerziehenden	(2) Kinder in kinderreichen Familien	(3) Kinder mit Migrationsgeschichte	(4) Kinder langzeitarbeitsloser Eltern	(5) Kinder in besonderen Belastungssituationen
Handlungsfelder					
(a) (Präventiver) Kinderschutz					
(b) Familienbildung					
(c) Bildung und Übergänge					
(d) Sprache und Spracherwerb					
(e) Gesundheit					
(f) Kinderbetreuung					
(g) Vereinbarkeit von Beruf und Familie bei den Eltern					
(h) Ausbildungs- und Erwerbssituation der Eltern					
(i) Wohnen und Sozialraum					
(j) Teilhabe und Beteiligung					

Quelle: Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg



Quelle: Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg

Eine Netzwerkkoordination, meistens in der Federführung der Kommune, übernimmt die Steuerungsfunktion innerhalb des Netzwerks. Eine Netzwerkgruppe, zu der möglichst viele Organisationen, Institutionen, Initiativen und Vereine vor Ort gehören, die sich für ein gutes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen engagieren, stellt die operative Ebene dar. Die örtlichen Netzwerkpartner*innen setzen sich zusammen an einen Tisch und planen die konkrete Arbeit und stimmen neue Angebote untereinander ab.

Strategie gegen Kinderarmut im Landkreis Lörrach: Konzept „Kita Plus“ und Präventionsnetzwerk „Chancengleich!“

Vor knapp zehn Jahren (2012) wurde eine Sozialstrategie für den Landkreis

Lörrach mit einem Maßnahmenpaket zum Abbau von Armutfolgen und anderen Exklusionsrisiken für Kinder und deren Familien verabschiedet. Eine wichtige Maßnahme dazu war die Weiterentwicklung von ausgewählten Kitas zu sogen. „Kitas Plus“, die Kinderbetreuung mit Elternberatung und Familienbildung verbinden.

Im Jahr 2019 wurde diese Sozialstrategie fortgeschrieben. Die strategische Ausrichtung orientiert sich stark an den Prinzipien Prävention und Empowerment und will die Resilienz von Kindern und deren Familien stärken. In diesem Rahmen wurde der Ausbau der Präventionsketten als zentrales Projekt beschlossen und durch den Aufbau der Präventionsnetzwerke gegen Kinderarmut nun umgesetzt. Das Projekt wird, gefördert aus Mitteln des Landeshaushalts, bewusst an zwei unterschiedlichen Pilot-Standorten im Kreis durchgeführt: seit Ende 2019 in der Großen Kreisstadt Weil am Rhein und seit Juli 2020 auch in der 2.500-Einwohner*innen-Gemeinde Schönau im Schwarzwald. Die Ergebnisse und Erfahrungen der Projektarbeit dieser beiden „Leuchttürme“ können die Aktivitäten zur Verbesserung der Teilhabechancen von allen Kindern und Jugendlichen an anderen Orten im Kreis befruchten. Es



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR SOZIALES UND INTEGRATION

soll ein flächendeckendes Netzwerk im gesamten Landkreis Lörrach aufgebaut werden, welches die Zusammenarbeit aller Akteur*innen, die mit Kindern, Jugendlichen und Familien in belasteten sozialen Situationen in Kontakt stehen, initiiert und koordiniert.

Bei den in Weil am Rhein und Schönau im Schwarzwald entstehenden Präventionsnetzwerken gegen Kinderarmut steht im Sinne einer am Lebensverlauf ansetzenden Präventionskette zunächst die Altersgruppe der Drei- bis Siebenjährigen im Fokus der Projektarbeit. Hierbei können die Akteur*innen an die bereits gut im Landkreis etablierten und vernetzten Angebote der Frühen Hilfen ansetzen und die Zusammenarbeit mit den bestehenden Netzwerkpartner*innen nutzen, um diese für die Bedarfe der Altersgruppe der Kita-Kinder und die armutsbedingten Teilhabe Einschränkungen zu sensibilisieren. Das Netzwerk soll aber auch durch die Einbeziehung weiterer Fachkräfte von Betreuungs- und Bildungsinstitutionen, von Vereinen und Elternbeiräten, ausgebaut werden und darüber hinaus möglichst auch Ärzte*innen, Vertretungen von Verwaltung und Polizei, von Arbeitsagentur/Jobcenter und Gesundheitskassen etc. einbinden. Kinder mit Entwicklungsrisiken und ersten Entwicklungsauffälligkeiten sollen frühzeitig unterstützt, hinsichtlich ihrer persönlichen und sozialen Potenziale gefördert und in ihrer Resilienz gestärkt werden. Dazu werden im Kindergarten z.B. Tandems mit einer pädagogischen Fachkraft und einer zusätzlichen heilpädagogischen Fachkraft gebildet. Die Drei- bis Siebenjährigen sollen mit altersgerechten Methoden auch selbst danach gefragt werden, was sie stark macht und was sie in ihrem Sozialraum für ein gutes Aufwachsen benötigen. Das

gibt weitere Hinweise auf die Bedarfslage und auf die Wirkung der bestehenden Angebote und die benötigte Infrastruktur.

Neuer Förderaufruf im zweiten Quartal 2021 mit digitaler Infoveranstaltung

Auf der lokalen Ebene haben sich Präventionsnetzwerke gegen Kinderarmut als wirkungsvoller Ansatz erwiesen, um den aus der Kinderarmut folgenden Benachteiligungen entgegenzuwirken. Im zweiten Quartal 2021 wird im Rahmen der

Strategie „Starke Kinder – chancenreich“ (www.starkekinder-bw.de) erneut ein Förderaufruf veröffentlicht, damit sich weitere Standorte bewerben können. Ziel ist es, dass der Ansatz der Präventionsnetzwerke gegen Kinderarmut bis zum Jahr 2030 in allen Stadt- und Landkreisen erprobt wurde.

Für interessierte Landkreise, Städte und Gemeinden gibt es am 23. April und am 29. April, jeweils von 10.30 bis 12 Uhr, eine digitale Infoveranstaltung. Hier wird der Ansatz der Präventionsnetzwerke vorgestellt und es können konkrete Fragen zur Antragstellung besprochen werden.

Herzliche Einladung dazu! Anmeldung unter: armutspraevention@sm.bwl.de

Michael Wolff (Diplom-Soziologe und Sozialwirt M.A.) ist Referent im Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg. Er bearbeitet im Referat „Sozialhilfe, Eigliederungshilfe“ schwerpunktmäßig die Themen Armutsbekämpfung und Prävention, insbesondere von Kinderarmut, und koordiniert die diesbezügliche zweijährige Strategie „Starke Kinder – chancenreich“ für die Jahre 2020/21 (www.starkekinder-bw.de).

Sechs Landkreise aus Baden-Württemberg entwickeln im D-Care Lab BW Innovationen für die ambulante Pflege

Von Vivien Riener, Freiburg im Breisgau

Außergewöhnliche Herausforderungen erfordern ungewöhnliche Maßnahmen. Mit diesem Schlagsatz könnte man in aller Kürze beschreiben, wie die Idee des Interreggeförderten Projekt D-Care Labs geboren wurde. Außergewöhnlich herausfordernd ist dabei der ungenügende Status Quo der ambulanten Pflege, den die Diakonie Baden-Württemberg verändern will. Ungewöhnlich ist die Maßnahme, gemeinsam mit dem Grünhof e.V. als Innovationspartner das Projekt D-Care Lab BW ins Leben zu rufen. Es ist das erste Innovationsprogramm für die Entwicklung neuartiger ambulanter pflegerischer Lösungen in Baden-Württemberg. Außerdem ist ungewöhnlich, dass die verschiedenen Akteure der ambulanten Pflege, wie z.B. Landkreise, Pflegedienste, Kommunen, zivilgesellschaftliche Netzwerke und Unternehmen nicht länger als Einzelkämpfer gegen die Missstände in der Pflege antreten. Für das Programm schließen sie sich in gemischten Innovations-Teams zusammen, bündeln ihre Kräfte und Kompetenzen

und erarbeiten gemeinsam Lösungen für drängende Herausforderungen in diesem Bereich.

Mitten im Innovationsgeschehen mischen auch sechs Landkreise aus Baden-

Württemberg mit. Gemeinsam mit mindestens einem weiteren Partner haben sich der Rems-Murr-Kreis, der Bodensee-Kreis, der Schwarzwald-Baar-Kreis sowie die Landkreise Böblingen, Rastatt und



Im Kreativpark Lokhalle in Freiburg, Heimat des Grünhof e.V., werden die Teilnehmenden des D-Care Lab BW Lösungen für die ambulante Pflege entwickeln.

Quelle: Social Innovation Lab, Foto: Nils Theurer, textour, www.textour-freiburg.de

Biberach erfolgreich für das Innovationsprogramm D-Care Lab BW beworben. Sie werden ab April 2021 über einen Zeitraum von 14 Monaten in ihren jeweiligen Innovations-Teams Lösungen für konkrete Herausforderungen in ihrem Landkreis entwickeln.

Damit die entwickelten Lösungen nicht nur lokal wirksam werden, sondern auch eine Strahlkraft für die gesamte Pflege-landschaft entfalten, haben die Diakonie Baden-Württemberg und der Grünhof e.V. von Beginn an wichtige strategische

Partner wie das Sozialministerium und die AOK Baden-Württemberg über den Beirat in das Projekt einbezogen. Denn häufig werden strukturelle Probleme wie ein starres Leistungsabrechnungssystem, zu wenig Experimentierräume für die Erprobung neuer Lösungen und eine fehlende Honorierung der Pflegeberufe als Ursachen dafür genannt, dass aktuellen Pflegebedarfen nicht nachgekommen werden kann. Über den Projektbeirat, dem außerdem Landkreis-, Städte-, Gemeindetag und die Liga der

freien Wohlfahrtspflege BW angehören, wird das D-Care Lab BW an administrative und politische Schlüsselprozesse angebunden und hat so das Potenzial Pflegestrukturen nachhaltig zu verändern und zu innovieren.

Vivien Riener ist Projektmitarbeiterin im D-Care Lab BW des Grünhof e.V. – Verein für gesellschaftliche Innovation mit Sitz in Freiburg im Breisgau.

Nachgefragt!

Wir haben zwei der sechs ausgewählten Landkreise nach der Motivation befragt, die zu einer Bewerbung bei D-Care Lab geführt hat:

„Große Herausforderungen benötigen innovative Lösungen. Wir freuen uns, dass das Landratsamt Biberach gemeinsam mit dem Deutschen Roten Kreuz Biberach durch die Begleitung von D-Care-Lab ein ganzheitliches und innovatives Konzept für die Versorgung und Unterstützung von an Demenz erkrankten Menschen zu Hause erarbeiten kann.“

*Gertraud Koch, Altenhilfefachberatung
Landratsamt Biberach*

„Die Sozialplanung für Senioren im Rems-Murr-Kreis freut sich am Innovationsprogramm D-Care Lab BW für zukunftsfähige ambulante Pflegekonzepte in den kommenden zwei Jahren beteiligt zu sein. Zusammen mit der Diakoniestation Wieslauftal Welzheimer Wald hat die Sozialplanung einen starken und erfahrenen Praxispartner für die Projektteilnahme an ihrer Seite.

Die Bewerbung und Beteiligung am Innovationsprogramm hatte für beide Projektpartner zahlreiche gute Gründe. Der

Rems Murr Kreis ist ein Landkreis mit 426 635 Einwohnern (Stand Juni 2019) und zählt bundesweit zu den „Großkreisen“. Seine Landschaft und Infrastruktur ist sowohl städtisch als auch ländlich geprägt. Gerade die ländlich geprägten Bereiche des Kreises bergen für die ambulante Pflege große Herausforderungen. Das Versorgungsgebiet der Diakoniestation Wieslauftal Welzheimer Wald befindet sich wortwörtlich im „Grünen Bereich“ zwischen Wald und Wiesen. Es umfasst 9 Kirchenbezirke in dem durch ca. 140 Mitarbeiter*innen knapp 500 Kunden besucht und betreut werden. Die demografischen Gegebenheiten als auch die topografische Besonderheit der Region bestimmen die Arbeit der Pflegenden. So müssen immer mehr ältere und hochaltrige Menschen mit und ohne Pflegebedarf bei gleichzeitigem Anspruch an eine effiziente und qualitativ hochwertige Pflege in der Häuslichkeit erreicht werden. Eine weitere Herausforderung besteht darin professionelle Pflegeberatung, die Prävention von Folgen der Vereinsamung und das frühzeitige Erkennen von Pflege- und Unterstützungsbedarf dem Bedarf angemessen anbieten zu können.

Die Diakoniestation Wieslauftal Welzheimer Wald verfolgt daher durch die Projektteilnahme das Ziel, wirksame Kon-

zepte für die Zukunft zu entwickeln, damit ältere und hilfsbedürftige Menschen möglichst lange in ihrer häuslichen Umgebung leben können. Die Sozialplanung Senioren unterstützt und begleitet dabei mit ihrem fachlichen Hintergrund und berät aus ihren Erfahrungen in der Sozialraum orientierten Quartiersentwicklung.

Gemeinsam sehen die Projektteilnehmer die Chance vorhandene Potentiale zu erweitern, aber auch neue Wege zu denken und zu gehen. Das Angebot und das Format im D-Care-Lab BW in einem gesetzten „Freiraum“ kreative Ideen entwickeln zu können, motiviert zusätzlich sich im Projekt zu beteiligen. Das Duo wünscht sich, dass durch die Erkenntnisse und Ideen wertvolle Impulse guter Praxis greifbar vor Ort und nachfolgend auch kreisweit wirksam werden können.“

*Holger Engelbart, Pflegedienstleitung,
Diakoniestation Wieslauftal Welzheimer
Wald*

*Thomas Herrmann, Sozialplanung
Senioren, Landratsamt Rems-Murr-Kreis*

Weitere Informationen zum Projekt D-Care Lab finden Sie in der letzten Ausgabe der Landkreisnachrichten 4/2020 ab S. 250

5G-Ausbau: Kommunen, Bürger und Mobilfunkunternehmen Hand in Hand

Von Corinna Nitsch, Verena Gerstner, Maria-Kena Weiss und Prof. Dr. Michel Frey, Ortenaukreis¹

Der flächendeckende Ausbau des neuen 5G-Mobilfunkstandards ist für die Entwicklung und Implementierung neuer, fortschrittlicher Anwendungen wie das autonome Fahren, für Anwendungen der virtuellen und erweiterten Realität, oder für digitale medizinische Anwendungen wie Ferndiagnosen und Assistenzsysteme entscheidend. Die Herkulesaufgabe gelingt nur, wenn staatliche Institutionen, Mobilfunkunternehmen und Bürger zusammenwirken. Der Bundesgesetzgeber steht beim Mobilfunkausbau im Fokus der öffentlichen Wahrnehmung. Er ist für die Gewährleistung einer angemessenen Versorgung der Bevölkerung mit Mobilfunkleistungen zuständig, vgl. Art. 87 f Grundgesetz (GG). Diese Aufgabe hat er privaten Mobilfunkanbietern übertragen (Art. 87 f Abs. 2 GG). Jedoch werden in aller Regel vor Ort die Weichen für den erfolgreichen 5G-Ausbau gestellt. Neben den kommunalen (rechtlichen) Handlungsspielräumen ist insbesondere auch die bürgerschaftliche Akzeptanz vor Ort entscheidend, da der Mobilfunkausbau – wie auch andere Infrastrukturprojekte – häufig auf breiten Widerstand in der Bevölkerung stoßen.

Kommunale Handlungsmöglichkeiten

Kommunen können gemeindeeigene Flächen zur Errichtung von Makro-Stationen und Small Cells (kleine Funkzellen) zur Verfügung stellen und so unter dem Vorbehalt technischer Realisierbarkeit gezielt auf die Lage von Mobilfunkantennen Einfluss nehmen. Möglichkeiten der planerischen Steuerung bieten sich sowohl im Flächennutzungsplan als auch im Bebauungsplan. In den Bauleitplänen können Flächen für Mobilfunkanlagen zugewiesen werden

(§ 5 Abs. 2 Nr. 4 BauGB). Dabei sind jedoch der Grundsatz der Erforderlichkeit nach § 1 Abs. 3 BauGB, das Anpassungsgebot nach § 1 Abs. 4 BauGB sowie das Abwägungsgebot nach § 1 Abs. 7 BauGB zu beachten. Die Steuerungsmöglichkeiten weichen im Außen- und im Innenbereich voneinander ab.

Ferner können Gemeinden die Errichtung von Mobilfunkanlagen planerisch steuern, indem sie Vorrang- bzw. Konzentrationsflächen im Flächennutzungsplan ausweisen. Mobilfunkanlagen sind nach § 35 Abs. 1 Nr. 3 BauGB im Außenbereich privilegiert. Erfolgt eine positive Ausweisung von Flächen für Mobilfunkanlagen, stehen nach § 35 Abs. 3 S. 3 BauGB einer Errichtung an anderer Stelle in der Regel öffentliche Belange entgegen. Die Gemeinde kann in diesem Fall ihr Einvernehmen nach § 36 Abs. 1 S. 1 BauGB versagen. Gemeinden sind verpflichtet, eine ausreichende Anzahl, nicht jedoch alle in Betracht kommenden Standortflächen als solche auszuweisen. Zur Sicherung ihrer Planung kann die Gemeinde ein entsprechendes Baugesuch zeitlich begrenzt im Sinne des § 15 BauGB zurückstellen lassen, oder eine Veränderungssperre im Sinne des § 14 BauGB erlassen. Im Innenbereich sind keine Konzentrationsflächen möglich. Hier erfolgt die planerische Steuerung von Mobilfunkanlagen über die Festsetzungen im Bebauungsplan nach § 9 BauGB.

Die Zulässigkeit von Mobilfunkantennen kann nach § 74 Abs. 1 Nr. 1 und 4 LBO durch örtliche Bauvorschriften beschränkt oder ausgeschlossen werden, beispielsweise in Form von Gestaltungsatzungen zur Erhaltung und Gestaltung gebietsspezifischer Ortsbilder.

Die materielle Zulässigkeit von Mobilfunkanlagen richtet sich in Gebieten mit qualifiziertem Bebauungsplan nach

dem jeweiligen Baugebietstypus der BauNVO. Als Bestandteil eines gewerblich betriebenen Mobilfunknetzes sind sie als gewerbliche Hauptanlagen in Kleinsiedlungsgebieten und Allgemeinen Wohngebieten nur ausnahmsweise nach § 2 Abs. 3 Nr. 4 bzw. § 4 Abs. 3 Nr. 2 BauNVO zulässig. In reinen Wohngebieten ist eine ausnahmsweise Zulassung als Hauptanlage nur im Wege der Befreiung nach § 31 Abs. 2 BauGB möglich.

Ferner sind Mobilfunkanlagen fernmeldetechnische Nebenanlagen und – als Small Cells – wohl auch als untergeordnete Nebenanlage zu qualifizieren.

Im Außenbereich dürfen Mobilfunkanlagen als privilegierte Vorhaben keine öffentlichen Belange entgegenstehen. Bei Vorliegen einer Standortbescheinigung ist davon auszugehen, dass die Mobilfunkanlage keine schädlichen Umwelteinwirkungen hervorruft. Alternativstandorte, die aus Naturschutzgründen vorzugswürdig sind, oder im Innenbereich liegen, sind im Sinne bestmöglicher Schonung des Außenbereichs dem eigentlichen Standort vorzuziehen.

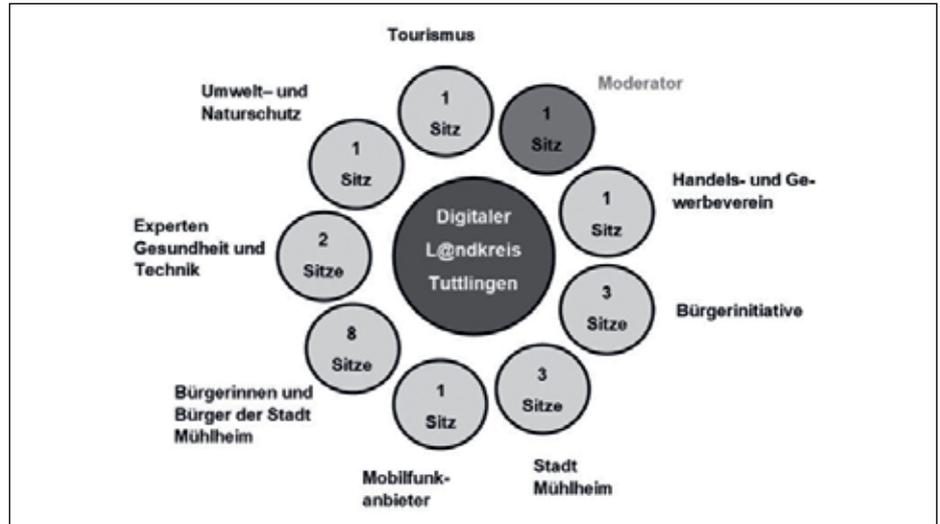
Entgegenstehende Belange können sich ferner aus den Vorgaben des Bundesimmissionsschutz-, des Naturschutz-, Denkmalschutz- und Straßenrechts ergeben.

Gemeinden haben somit durchaus die Möglichkeit, auf die Planung, Genehmigung und Errichtung von Mobilfunkanlagen Einfluss zu nehmen. Je aktiver und je früher sie sich in den Prozess einbringen, desto größer ist ihr Gestaltungsspielraum.

Akzeptanz durch Bürgerbeteiligung

Obschon eine überwiegende Mehrheit der Bevölkerung ein Handy oder Smart-

phone nutzt², ruft der Ausbau des Mobilfunks bei Teilen der Bevölkerung Bedenken und Ängste hervor. Es handelt sich insbesondere um die diffuse Angst vor den gesundheitlichen Folgen elektromagnetischer Strahlung³, für die noch keine medizinischen Langzeitstudien existieren. Auch der sogenannte „NIMBY-Effekt“ (not in my backyard) führt beim Mobilfunk – wie auch bei anderen Infrastrukturprojekten – zur Ablehnung des Projekts. Dabei werden eigene Interessen vertreten und in den Vordergrund gerückt, wie beispielsweise der befürchtete Verlust des Immobilienwertes oder die Beeinträchtigung des Ausblicks auf die Landschaft. Ferner existieren weitere projektbezogene Widerstandsmotive wie beispielsweise die Angst vor Umweltauswirkungen. Der Mobilfunk wird in einen Ursachenzusammenhang zu einem beschleunigten Insekten-, Baum- und Pflanzensterben gerückt.⁴ Infolgedessen kann bürgerschaftlich organisierter Widerstand gegen den Mobilfunkausbau entstehen. Ohne ein hinreichendes Maß an technologischer Akzeptanz in der Bevölkerung lässt sich ein derartiges Vorhaben auf Dauer nur schwerlich erfolgreich realisieren. Die Entscheidungsträger vor Ort stehen vor der Herausforderung, ihren Versorgungsauftrag zur Bereitstellung einer zeitgemäßen Mobilfunkinfrastruktur mit den Sicherheits- und sonstigen Interessen ihrer Bürger in Einklang zu bringen. Dabei riskieren Entscheidungsträger, die bürgerlichen Widerstand ignorieren, längerfristig auch die eigene Legitimation. Sind Gesundheitsrisiken auf selbst getroffene Entscheidungen zurückzuführen, neigen Individuen in Bezug auf ihre persönlichen Lebensgewohnheiten dazu, diese in Kauf zu nehmen. Anders verhält es sich, wenn ihnen diese Risiken fremdbestimmt auferlegt werden. Gelingt es bei öffentlichen Projekten, durch Instrumente der Beteiligung, Menschen den Eindruck zu vermitteln und die Möglichkeit einzuräumen am Risiko mitzuwirken, beispielsweise bei der Standortbe-



Teilnehmer Planungsdialog, Beispiel Mühlheim

Quelle: Eigene Darstellung, in Anlehnung an die Darstellung von Bock/Abt, S. 24

Projektphase	Phase des Beteiligungsmanagements
Grundlagenermittlung Entwicklung von Strategien zur Stärkung des Mobilfunknetzes	
Vorplanung Arbeitspakete 1-4 Identifikation möglicher Standorte inklusive rechtlicher Bestimmungen und Vorbereitung Beteiligungskonzept (Phase 0-3)	Phase 0: Organisatorische Grundlagen <ul style="list-style-type: none"> Aufbau- und Ablauforganisation Budgetierung und Briefing Phase 1: Analyse <ul style="list-style-type: none"> Zielklärung Stakeholder- und Themen-Analyse Inhalts-Analyse Phase 3: Planung der Maßnahmen <ul style="list-style-type: none"> Beteiligungsinstrumente Inhalte und Taktiken Herausarbeitung kritischer Erfolgsfaktoren
Standortplanung Arbeitspakete 4 Einbezug der Bevölkerung	Phase 4: Umsetzung der Maßnahmen <ul style="list-style-type: none"> Verständlich kommunizieren Technikunterlagen vereinfacht darstellen Alternativen: Vor- und Nachteile kommunizieren
Umsetzung	Phase 5: Evaluation der Maßnahmen <ul style="list-style-type: none"> Beobachtungen Analyse der schriftlichen Materialien Umfragen/ Interviews
Dokumentation Arbeitspaket 5	

Phasenübersicht

Quelle: Eigene Darstellung

stimmung, bzw. -verschiebung, sinkt die Risikowahrnehmung, weil man Einfluss darauf hatte.⁵ Mithin kann bürgerliche Partizipation entscheidender Erfolgsfaktor für die Implementierung des neuen 5G-Standards, wie auch künftiger Mobilfunkgenerationen sein. Vor diesem Hintergrund rücken Programme und Mechanismen jenseits der eigentlichen technischen und planerischen Herausforderung zunehmend in den Mittelpunkt. Diese zielen darauf ab, der Bevölkerung ein möglichst sachliches und transparentes Bild zu vermitteln, um so um Vertrauen und Akzeptanz für ein Projekt zu werben.⁶

Durch frühzeitige, informelle Beteiligung der Bürger abseits der gesetzlich vorgeschriebenen, formalen Rechtsverfahren lässt sich die Legitimation von Großprojekten in entscheidendem Maße absichern. Um diesen Herausforderungen gerecht zu werden, ist ein neuer, partizipativer Steuerungsansatz mit starkem Einbezug der Bevölkerung in der politischen Umsetzung des 5G-Mobilfunknetzausbaus angebracht.⁷ Dies haben auch die Erfahrungen mit bürgerlichem Protest im Zuge des Netzausbaus der dritten und vierten Mobilfunkgeneration gezeigt.⁸ Partizipation kann nur auf Grundlage

einer angemessenen Kommunikation stattfinden.⁹ Diese Kommunikation vermittelt dem Projekt wiederum seine Legitimation.¹⁰ Das Kommunikationsmanagement zwischen Vorhabenträgern, Politik, Verwaltung und Bürgern muss daher in das Projektmanagement integriert werden – angefangen von der Analyse, der Planung, der Umsetzung bis hin zur Evaluation und Dokumentation.¹¹ Ziel aller Kommunikations- und Beteiligungsbemühungen ist es, Bürgerinnen und Bürger vor Ort sowie lokale Verbände, Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Bürgerinitiativen bei Infrastrukturprojekten als Partner zu gewinnen, um gemeinschaftlich eine tragfähige Lösung zu erarbeiten.¹² Professionelle Beteiligung und Kommunikation gilt dabei als zentraler Erfolgsfaktor.¹³

In nahezu jeder Projektphase (Grundlagenermittlung, Vorplanung, Planung, Umsetzung und Dokumentation) sind Elemente des Beteiligungs- und Kommunikationsmanagements umzusetzen.¹⁴ So werden in der Vorplanungsphase die organisatorischen Grundlagen der Kommunikation und Beteiligung gelegt; es findet die Analyse von Stimmungen und Konfliktlinien sowie die Planung der Maßnahmen statt. Dies ermöglicht eine passgenaue Auswahl der Kommunikations- und Beteiligungsinstrumente.¹⁵ Während der eigentlichen Planungsphase von Projekt-Standorten werden die ausgewählten Beteiligungsmaßnahmen umgesetzt. Während der gesamten Umsetzungsphase ist eine begleitende Evaluation der Kommunikationsstrategie sinnvoll, um erfolgskritische Meilensteine im Auge zu behalten

und auf unvorhergesehene Änderungen reagieren zu können.¹⁶

Die Realisation einer wirksamen Bürgerbeteiligung ist, obgleich diese grundsätzlich mit Unsicherheit behaftet ist, letztlich nicht das Ergebnis von Glück – sondern strategisch geplantem Erfolg. Auch wenn die Bürgerbeteiligung es nicht schafft, Protest zu überwinden, so wird er durch sie gleichwohl „weniger ideologisch und radikal“.¹⁷ Die Qualität des Beteiligungsprozesses ist ausschlaggebend für eine erfolgreiche Öffentlichkeitsbeteiligung.¹⁸ Dabei lassen sich verschiedene Erfolgsfaktoren eines Beteiligungsprozesses identifizieren, die Grundlage einer aufgeschlossenen und sachlichen Auseinandersetzung und damit letztlich einer erfolgreichen Umsetzung von Projektvorhaben sind.

Erfolgsfaktoren von Beteiligungsprozessen¹

Erfolgsfaktor 1: eine aufgeschlossene und wertschätzende Grundhaltung gegenüber den Bürgern und ihren geäußerten Meinungen. Der Beteiligungsprozess muss als Dialog auf Augenhöhe mit einer hinreichenden Maßgeblichkeit für die kommunalpolitischen Entscheidungen im Rahmen des Projekts erfahrbar werden, um nicht den Eindruck als PR-Maßnahme oder als „Scheinbeteiligung“ zu erwecken. Die Schlussentscheidung muss – auch wenn sie nicht dem gewünschten Ausgang aller Stakeholder-Gruppen entspricht – nachvollziehbar sein. Dialog ist daher eine notwendige Bedingung für eine erfolgreiche Projektumsetzung. Bei Veranstaltungen sind Formate mit konfrontativem Aufbau zu vermeiden. Stattdessen wird ein Veranstaltungsaufbau auf Augenhöhe, beispielsweise im Marktplatzformat mit Stehtischen, Infotafeln und aufgelockerter Atmosphäre, empfohlen.

Erfolgsfaktor 2: Beteiligungsverfahren mit klarem Mandat, offener Fragestellung und eindeutigen Zuständigkeiten. Allen Teilnehmern müssen von Anfang an die Rahmenbedingungen (Zweck, Zielsetzung, Ablauf, Freiheitsgrade) bewusst sein.

Erfolgsfaktor 3: Bürgerbeteiligung frühzeitig beginnen. Der Gestaltungsspielraum ist zu Beginn eines Projektes in der Regel am größten, während die nachträgliche Implementierung ursprünglich nicht vorgesehener Beteiligungsmaßnahmen ein hohes Risiko für Umsetzungsfehler birgt. Das zu Beginn einer Maßnahme noch geringe öffentliche Interesse am jeweiligen Projekt sollte durch Informationsveranstaltungen oder entsprechende Berichterstattung frühzeitig geweckt werden.

Erfolgsfaktor 4: Einbezug unterschiedlicher Interessengruppen im Dialogverfahren. Die Modalitäten der Mitwirkung sollten frühzeitig von den Projektverantwortlichen geklärt wer-

den. So können beispielsweise die einzelnen Fragestellungen bis hin zu dem gesamten Beteiligungskonzept im Rahmen eines Beteiligungs-scopings erarbeitet werden, um dem tatsächlichen Beteiligungsbedarf Rechnung zu tragen.

Erfolgsfaktor 5: Professionelle Prozessgestaltung. Das Beteiligungsverfahren zeichnet sich durch einen moderierten Dialog aus, der eine aktive Mitwirkung der Teilnehmenden anhand des Einsatzes anerkannter Methoden ermöglicht. Mit Unterstützung eines professionellen Prozessgestalters gewinnt das Dialogverfahren an Transparenz und Neutralität. Gleichzeitig schützt dies den Bürgermeister, der häufig als „Partei“ für die Realisierung eines Projekts wahrgenommen wird.

Erfolgsfaktor 6: von allen Dialogpartnern gemeinsam getragenes Ergebnis. Viele Bürger erwarten nicht zwingend, dass ihre Vorschläge umgesetzt werden; sie erwarten jedoch, dass sich

die Projektverantwortlichen ernsthaft mit den Vorschlägen beschäftigt haben und die getroffene Abwägung im Rahmen einer Dokumentation nachweislich festgehalten wird.

Erfolgsfaktor 7: effektive Kombination passgenauer Beteiligungs- und Kommunikationsinstrumente. Mit auf das Vorhaben sowie die beteiligten Stakeholder angepassten Kommuni-

kations-Tools wird die umfassende Information der breiten Öffentlichkeit zur Meinungsbildung gewährleistet.

Fazit

Die kommunale Ebene spielt beim Ausbau des 5G-Mobilfunkstandards eine nicht zu unterschätzende Rolle. Im Prozess der Planung, Genehmigung und Errichtung von Mobilfunkanlagen haben Gemeinden bei jedem Realisierungsschritt die Möglichkeit, Einfluss zu nehmen. Kommunale Mobilfunkkonzepte sind nicht nur eine solide Planungsgrundlage, sondern – im Falle der Einbeziehung der Bürgerschaft – zugleich bürgerschaftlich akzeptierter Konsens.

Generell gilt, dass der kommunale Gestaltungsspielraum umso größer ist, je aktiver und je früher sich die Gemeinde in den Prozess einbringt. Ohne Tätigwerden von kommunaler Seite aus sind Mobilfunkanlagen größtenteils baurechtlich zulässig und zu genehmigen.

Die zielgerichtete Nutzung kommunaler Handlungsoptionen sollte dabei Hand in Hand mit der Beteiligung der Bürger gehen. Die Partizipation – insbesondere die Bürgerbeteiligung – stellt ein zentrales Erfolgskriterium für den 5G-Ausbau dar.

Daher ist den politischen Entscheidungsträgern vor Ort anzuraten, frühzeitig ggf. gemeinsam mit Telekommunikationsunternehmen auf die Bürgerschaft zuzugehen und diese am fortschreitenden Ausbauprozess zu beteiligen. Eine wirksame Bürgerbeteiligung braucht ein maßgeschneidertes Programm, das die lokalen Gegebenheiten der betreffenden Kommune in strategisch vorausschauender Weise berücksichtigt. Wird der Mobilfunkausbau mit einem kommunalen

Mobilfunkkonzept gesteuert, können viele Probleme bereits im Vorfeld abgeklärt werden und unbrauchbare sowie konfliktträchtige Standorte bestmöglich vermieden, gleichzeitig aber auch der flächendeckenden Mobilfunkversorgung Rechnung getragen werden.

Erfolgsfaktoren des Beteiligungsprozesses sind eine frühzeitige Information und Einbeziehung der Bürgerschaft, die von gegenseitiger Wertschätzung und der Begegnung auf Augenhöhe getragen wird; ferner ein auf die örtlichen Begebenheiten maßgeschneiderter, breit adressierter und professionell moderierter Beteiligungsprozess mit klar kommunizierten Rahmenbedingungen. Die Trennung von kommunaler Führung und Moderation des Beteiligungsprozesses ist anzuraten, da sonst die Gefahr einer Vermischung der Rollen gegeben ist und beispielsweise der Bürgermeister als Partei wahrgenommen wird. Von großer Bedeutung ist das Ergebnis des Beteiligungsprozesses, das von allen Bürgern und Interessensgruppen anzuerkennen ist.

¹ Dieser Beitrag entstand im Rahmen der Forschungskooperation zwischen dem Landkreistag Baden-Württemberg und der Hochschule Kehl.

² Nach Angaben des Digitalverbands Bitcom nutzen 86 % der Deutschen ein Handy oder Smartphone, <https://www.bitkom.org/Presse/Presseinformation/Studie-zur-Akzeptanz-von-Mobilfunkmasten> (zul. abgerufen am 15.2.2021).

³ „Jeweils fast jeder Zweite fürchtet Funkmasten als Quelle elektromagnetischer Strahlung und will sofort eine Bürgerinitiative gründen, wenn in der Nähe seines Wohnsitzes eine solche Anlage errichtet würde“, <https://www.bitkom.org/Presse/Presseinformation/Studie-zur-Akzeptanz-von-Mobilfunkmasten> (zul. abgerufen am 15.2.2021).

⁴ So z.B. die Bürgerinitiative Stoppt 5G, <https://stoppt-5g.jetzt/#gefahren>, (zul. abgerufen am 15.2.2021).

⁵ *Städtetag Baden-Württemberg*, Hinweise und Empfehlungen zur Bürgermitwirkung in der Kommunalpolitik, http://www.staedtetag-bw.de/media/custom/1198_71253_1.PDF (zul. abgerufen am 15.2.2021).

⁶ König, Bürgerkommune – Ein Überblick, 1. Aufl. 2019, S. 9.

⁷ *Grunwald/Renn*, in: Holstenkamp (Hrsg.), Handbuch Energiewende und Partizipation; 1. Aufl. 2018, S. 839.

⁸ Soike, Rahmenbedingungen beim Mobilfunkinfrastrukturausbau – Beteiligungsprozesse, Bestimmungen und aktuelle Entwicklungen; 1. Aufl. 2019, S. 8.

⁹ König, Fn. 6, S. 11.

¹⁰ *Ackermann/Müller*, Bürgerhandbuch – Politisch aktiv werden – Öffentlichkeit herstellen – Rechte durchsetzen, 4. Aufl. 2015, S. 254.

¹¹ *Brettschneider/Schuster*, Stuttgart 21 – Ein Großprojekt zwischen Protest und Akzeptanz, 1. Aufl. 2013, S. 321.

¹² *Brettschneider*, in: Glaab (Hrsg.), Politik mit Bürgern – Politik für Bürger, 1. Aufl. 2016, S. 223.

¹³ *Zerfass/Volk*, Toolbox Kommunikationsmanagement – Denkerwerkzeuge und Methoden für die Steuerung der Unternehmenskommunikation, 1. Aufl. 2019, S. 1.

¹⁴ *Brettschneider*, Fn. 12, S. 229.

¹⁵ *Brettschneider*, Fn. 12, S. 236.

¹⁶ *Zerfass/Volk*, Fn. 13, S. 7.

¹⁷ *Brettschneider*, Fn. 12, S. 236.

¹⁸ *Erler*, Leitfaden für eine neue Planungskultur, 2014, https://beteiligungsportal.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/beteiligungsportal/StM/140717_Planungsleitfaden.pdf, (zul. abgerufen am 15.2.2021), S. 39.

Corinna Nitsch und Verena Gerstner sind bzw. waren studentische Hilfskräfte an der Hochschule Kehl. Maria-Lena Weiss ist Rechtsanwältin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Kehler Institut für Angewandte Forschung. Michael Frey ist Professor für öffentliches Recht an der Hochschule Kehl.

Innovatives Führungskräfte-Programm für Wirtschaft, Staat und Zivilgesellschaft

Die Intersectoral School of Governance Baden-Württemberg (ISoG BW) des Center for Advanced Studies der Dualen Hochschule Baden-Württemberg (DHBW CAS) bietet ein neues Executive Programme an

Von Prof. Dr. Monika Gosner, Heilbronn

Von Mobilitätsstrategien der Zukunft über die Zusammenarbeit in der Corona-Pandemie bis zur Integration geflüchteter Menschen: Dringende gesellschaftspolitische Herausforderungen erfordern eine bessere Kommunikation, Koordination und Kooperation zwischen Wirtschaft, Staat und Zivilgesellschaft. Notwendig ist also „intersektorale Governance“. Diese Kompetenz vermittelt die neue Intersectoral School of Governance Baden-Württemberg mit dem berufsintegrierenden Executive Programme für Fach- und Führungskräfte der drei Sektoren, angesiedelt am DHBW CAS in Heilbronn.

Das Programm bietet eine ideale Plattform der Weiterbildung und Vernetzung: „Intersektorales Management- und Methoden-Know-how ist in komplexen Projekten unverzichtbar. Wenn ein Unternehmen eine*n Mitarbeiter*in zu uns schickt, entwickelt es einen Potenzialträger auf diesem Gebiet weiter und profitiert langfristig von einem intersektoralen Netzwerk“, erläutert Prof. Dr. Monika Gosner, Leiterin der ISoG BW.

Wer Führungskompetenzen in einem umfassenden Verständnis entwickeln will oder schon an Schnittstellen tätig ist, ist hier richtig. Denn die Kursgruppen bestehen aus Vertreter*innen der drei Sektoren. Die Teilnehmer*innen arbeiten mit direktem Bezug zu ihrem jeweiligen Berufsalltag und bringen damit die Erkenntnisse des Programms direkt mit an ihren Arbeitsplatz. Als Einrichtung des Center for Advanced Studies der Dualen Hochschule Baden-Württemberg (www.cas.dhbw.de) ist die ISoG BW Teil der DHBW. Initiiert und gefördert wird sie vom Land Baden-Württemberg,



dem Arbeitgeberverband Südwestmetall, der Dieter Schwarz Stiftung und der Robert Bosch Stiftung.

Ein Interview mit Frau Prof. Dr. Monika Gosner

Frau Gosner, was ist die Aufgabe der Intersectoral School of Governance Baden-Württemberg (ISoG BW)?

An der ISoG BW kommen Fach- und Führungskräfte aus Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft ins Gespräch und bilden sich gemeinsam weiter. Das Lernkonzept baut auf den Säulen ‚Wissen‘, ‚Denken‘ und ‚Handeln‘ auf und bringt methodisch-theoretisches Lernen, Lernen durch Beratung und Reflexion und Lernen über eigene Projektumsetzung zusammen.

Wo stehen wir aktuell in der intersektoralen Zusammenarbeit?

Wir erleben immer mehr Zustimmung, wenn wir sagen, intersektorale Kompetenzen müssen systematisch und reflektiert ausgebaut werden, denn immer noch werden Menschen hier in teure und manchmal schmerzhaftes Learning-by-

doing-Prozesse geworfen. Jetzt ist es wichtig, diese Erkenntnis auch umzusetzen.

Warum zur ISoG BW?

„Unsere“ Teilnehmenden möchten über den Tellerrand schauen und ihre Führungskompetenzen auch intersektoral fit machen. Sie arbeiten an einer intersektoralen Schnittstelle oder werden bald mit der Planung eines intersektoralen Projekts betraut. „Unsere“ Unternehmen wissen aus ihren Themen heraus, dass intersektorale Netzwerke wichtig sind und wollen sowohl in intersektoraler Kooperation als auch in intersektoraler Konfliktlösung einen Schritt voraus sein.

Ein Interview mit Frau Duygu Utku, Regionalleitung bei Joblinge und Teilnehmende beim Executive Programme Intersectoral Governance

Frau Utku, wie sind Sie auf die Weiterbildung aufmerksam geworden und warum haben Sie sich beworben?

Ein Mitarbeiter der ISoG BW hat mich auf die Weiterbildung angesprochen und ich war sofort interessiert, weil intersektorale Zusammenhänge zu unserem Arbeitsalltag gehören.

Ich war sofort überzeugt davon, dass die Teilnahme an dieser Weiterbildung einen Mehrwert für meine Organisation und mich darstellt.

Was ist intersektoral in Ihrer Arbeit?

Unsere Teilnehmenden kommen über die Öffentliche Hand zu uns. Im Programm wiederum arbeiten wir eng mit

Partnerunternehmen und ehrenamtlichen Mentoren zusammen.

In diesem Zusammenhang ist es für uns sehr wichtig zu verstehen, welche Rahmenbedingungen in den einzelnen Sektoren bestehen und welche Themen für die Sektoren wichtig sind.

Wie erleben Sie die Weiterbildung bisher und welchen Nutzen hat das Executive Programme für Sie?

Ich finde die Zusammenstellung des ersten Jahrgangs sehr gelungen und freue mich über die vielen Gastvorträge. Der Praxisbezug ist stets gegeben.

Am Beispiel „Auswirkungen von Covid-19“ konnte ich deutlich sehen, dass es unterschiedliche Blickwinkel und Schwerpunkte zu diesem wichtigen Thema gab. Das wiederum half mir, weitere Perspektiven in meine Entscheidungen rund um Covid-19-Maßnahmen einzubeziehen.

Wie ist das Lernklima und was hat Ihnen bisher am besten gefallen?

Die Balance zwischen Theorie und Praxis führt zu einem guten Lernklima. Alle Teilnehmenden haben die Möglichkeit, Beispiele aus ihrem Arbeitsalltag mitzubringen und darüber zu diskutieren.

Eckdaten Executive Programme

- Laufzeit 12 Monaten
- Nächster Start: 21. April 2020 und 2022
- 6 Module (Belegung von Modul 6 optional)
- Minimum an belegten Arbeitstagen: 15 (plus 5 Samstagen)
- Zertifikat „Intersectoral Governance“
- optional: Hochschulzertifikat Diploma of Advanced Studies mit 30 ECTS-Punkten (Prüfungen notwendig)
- Kosten: Max. 9.000 € inkl. aller Gebühren
- Möglichkeit sich für Teilstipendien und Ermäßigungen zu bewerben
- <https://www.isog.dhbw.de/startseite/>

Beratung und Anmeldung für das Executive Programme Intersectoral Governance bei Prof. Dr. Monika Gonser, Leiterin Intersectoral School of Governance Baden-Württemberg, Tel.: + 07131/3898-400, monika.gonser@cas.dhbw.de

Dafür wurde bisher immer Zeit eingeräumt, was ich sehr wertschätze.

Ziehen Sie aus dem Programm Ideen, die Sie umsetzen möchten?

Wir möchten bald einen Versuch in meiner Organisation starten und unterschiedliche Methoden wie das Mehrwert-Mapping oder die Stakeholder-Analyse ausprobieren, die wir im Programm kennengelernt haben.

Prof. Dr. Monika Gonser ist promovierte Soziologin und wurde am 1. April 2020 auf die Professur für intersektorale Studien am DHBW CAS berufen. Als Leiterin der Intersectoral School of Governance Baden-Württemberg (ISoG BW) verantwortet sie u. a. das Executive Programme Intersectoral Governance, in dem Vertreter*innen von Staat, Zivilgesellschaft und Wirtschaft ihre Zusammenarbeit reflektieren, voneinander lernen und ihre Kompetenzen in diesem Bereich ausweiten.

18. Reichenauer Tage zur Bürgergesellschaft

Von Christine Stutz und Sabine Wettstein, Stuttgart

Die 18. Reichenauer Tage zur Bürgergesellschaft finden am Donnerstag, 17. Juni 2021 von 9.00 – 13.00 Uhr virtuell statt. Die Online-Fachtagung zum Thema „Baby-boomer ante portas – Herausforderungen und Chancen für Kommunen und Quartiere“ wird live übertragen vom bekannten Tagungsort Hotel St. Elisabeth in Allensbach-Hegne.

Eingeladen sind Führungs- und Fachkräfte der Kommunen und Verbände aus den Bereichen Soziales, Quartier, Bürgerschaftliches Engagement, Altenhilfe, Inklusion, Integration, Gesundheit, Jugend sowie Interessierte aus bürgerschaftlichen Initiativen und zivilgesellschaftlichen Organisationen.

Mit den Babyboomern geht demnächst ein Drittel der Erwerbstätigen in den Ruhestand. Der Renteneintritt der geburtenstarken Jahrgänge der 1950er- und 1960er-Jahre wirkt sich gravierend auf das gesellschaftliche Zusammenleben aus.

Die 18. Reichenauer Tage zur Bürgergesellschaft laden dazu ein, im Blick auf diese Veränderungsprozesse den Fragen, Herausforderungen sowie Perspek-

tiven einer innovativen Sozialplanung und kommunalen Quartiersentwicklung entgegenzuwirken. Was können wir als Gesellschaft, in der Sozialplanung, in den Kommunen und Quartieren tun, um den Herausforderungen des demografischen Wandels entgegen zu wirken? Welche Ressourcen gilt es zu entdecken, zu erhalten und zu fördern, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt weiter zu unterstützen? Wie gelingt es, generationenübergreifend die Potenziale der Bürgergesellschaft zu schöpfen?

Prof. Dr. Alexis v. Komorowski, Hauptgeschäftsführer des Landkreistages Baden-Württemberg, freut sich: „Mit Bundesministerin a.D. Annette Schavan, Prof. Dr. Doris Rosenkranz und Dr. Tanja Kiziak ist es uns gelungen, namhafte Expertinnen für unsere Veranstaltung zu gewinnen.“ Dr. Tanja Kiziak aus Berlin gibt Impulse zum Thema: „Ein Babyboomer kommt selten allein – Herausforderungen und Chancen für Kommunen und Quartiere“. Aus einer anderen Perspektive beleuchtet Prof. Dr. Doris Rosenkranz aus Nürnberg die Veränderungen. Sie spricht über: „Freiwilliges Engage-



Dr. Tanja Kiziak

Quelle: Privat



Prof. Dr. Doris Rosenkranz

Quelle: Privat

Save the date!

Landkreistag
BADEN-WÜRTTEMBERG

18. Reichenauer Tage zur Bürgergesellschaft

Online-Fachtagung
am Donnerstag, den 17. Juni 2021
9.00 - 13.00 Uhr

Babyboomer ante portas –
Herausforderungen und Chancen für Kommunen und Quartiere

Quelle: Grafische Werke Stuttgart

ment und sozialer Zusammenhalt – Kommunale Engagementförderung im Wandel.“

Aus der Praxis berichten Vertreter*innen von zwei Quartiersprojekten der Landkreise Tübingen und Göppingen. Sie geben Einblick in ihre lokalen Unterstützungsangebote für Initiativen, die ambulant betreute Wohngemeinschaften planen und stellen einen genossenschaftlich organisierten Dorfladen sowie



Bundesministerin a.D. Annette Schavan

Quelle: Privat

die Chancen der Quartiersentwicklung im ländlichen Raum vor.

Abgerundet wird die Tagung mit dem Abschlussimpuls von Annette Schavan, Bundesministerin a.D., mit ihrem Beitrag zur Frage: „Was hält uns zusammen?“. Für die Teilnehmenden besteht dank innovativer Technik die Möglichkeit, sich interaktiv auszutauschen und virtuell zu vernetzen.

Die Reichenauer Tage zur Bürgergesellschaft sind ein jährliches Highlight im Veranstaltungskalender des Landkreistages Baden-Württemberg. Sie finden seit 2003 am Bodensee statt und werden vom Landkreistag Baden-Württemberg mit Unterstützung des Ministeriums für Soziales und Integration Baden-Württemberg organisiert.

Die Teilnahmegebühr für die Online-Fachtagung beträgt 25,00 Euro. Für ehrenamtlich Engagierte ist die Teilnahme gebührenfrei. Nähere Informationen und Anmeldung unter www.reichenauer-tage.de.

Christine Stutz leitet die Fachberatung Bürgerschaftliches Engagement beim Landkreistag Baden-Württemberg. Sabine Wettstein leitet die Fachberatung Quartiersentwicklung beim Landkreistag Baden-Württemberg.

Digital vernetzt vor Ort – die sorgende Gemeinschaft der Zukunft

Unser sektorenübergreifendes Partnernetzwerk Baden-Württemberg möchte durch den gemeinsamen Fachtag die Entwicklung der digital vernetzten sorgenden Gemeinschaft vorantreiben. Wir beleuchten digitale Gemeinwesenarbeit multiperspektivisch und diskutieren mit Praktikerinnen und Praktikern Chancen und Grenzen der digital organisierten sorgenden Gemeinschaft. Bitte merken Sie sich den Termin vor. Die Einladung folgt.



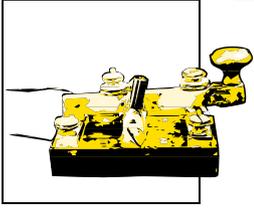
Wann: 9. September 2021 (9.00 – 13.15 Uhr)

Digital in Zoom

Veranstalter: Diakonie Baden-Württemberg, Gemeindenetzwerk, Gemeindetag, Gemeinsames Kommunales Kompetenzzentrum Quartiersentwicklung, Grünhof e. V., Landkreisnetzwerk, Landkreistag, Liga der freien Wohlfahrtspflege, Ministerium für Soziales und Integration, Städtetag

Zielgruppe: Bürgerschaftliche Engagierte, Sozialraumverantwortliche aus öffentlicher Verwaltung und sozialen Einrichtungen, Leitungsverantwortliche





NACHRICHTEN

Landkreistag begrüßt Öffnungsbeschluss als gut verantwortbaren Schritt voran vom 4. März 2021

Landkreistagspräsident Walter spricht sich gegen inzidenzabhängige Öffnungsschritte auf Kreisebene aus

Zu den Beschlüssen der Bund-Länder-Konferenz (Videokonferenz der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefinnen und -chefs der Länder) äußert sich der Präsident des Landkreistags Baden-Württemberg, Landrat Joachim Walter, wie folgt:

„Auch aus Akzeptanzgründen kommt es darauf an, den Menschen und auch der Wirtschaft nach einem Jahr Pandemie eine längerfristige Planungsperspektive zu bieten. Daher begrüße ich den gestrigen, gut verantwortbaren Öffnungsbeschluss von Bund und Ländern ausdrücklich. Dass die jetzige Öffnungslogik recht kompliziert ausgefallen und auch nicht frei von Widersprüchen ist, steht auf einem anderen Blatt. Hier hätten wir uns angesichts des absehbaren Impffortschritts und der höheren Testungsintensität auch unkompliziertere Öffnungsschritte vorstellen können.

Sorge bereitet mir allerdings das im Bund-Länder-Beschluss zumindest optional vorgesehene Konzept der regionalen Öffnungen. Ich warne sehr davor, von Kreis zu Kreis unterschiedliche Öffnungsfortschritte zu ermöglichen. Als Landkreistag sprechen wir uns nachdrücklich für landeseinheitliche Öffnungsschritte aus. Inzidenzabhängige Öffnungen nur in einzelnen Kreisen hätten massive Ausweichbewegungen

zur Folge, weil die Menschen sofort in die Kreise strömen würden, in denen die Öffnungen früher erfolgen als andersorts. Das damit verbundene Risiko wäre umso größer, als mit einer Lockdown-bedingt deutlich erhöhten Konsumnachfrage zu rechnen sein dürfte. Öffnungen auf Kreisebene wären daher für das Infektionsgeschehen in hohem Maße kontraproduktiv. Wir werden uns daher weiterhin dafür einsetzen, dass das Land an seinem bisherigen Kurs festhält und aus Gründen der effektiven Pandemiebekämpfung auf landesweit einheitliche Regelungen setzt.“

Corona-Software SORMAS bei allen Gesundheitsämtern pünktlich am Start vom 28. Februar 2021

Landkreistagspräsident Walter: „Kontaktpersonenverfolgung erfolgt schon heute digital“

„Pünktlich zum Ende des Monats Februar haben alle Gesundheitsämter im Land den Vertrag zur Installation der Corona-Software Sormas unterzeichnet“, erklärte der Präsident des Landkreistags Baden-Württemberg, Landrat Joachim Walter (Tübingen). „Grundlage hierfür war eine Vereinbarung mit dem Land, für die sich der Landkreistag bereits seit Mitte vergangenen Jahres intensiv eingesetzt hatte, die allerdings erst Ende Januar in die Umsetzung gekommen ist“, erläuterte Walter. „Jetzt müssen Bund und Land dafür sorgen, dass die Schnittstellen von Sormas zu den Meldesystemen und den übrigen digitalen

Anwendungen der Gesundheitsämter geschaffen werden, damit die landeseinheitliche Sormas-Software auch effektiv genutzt und betrieben werden kann“, mahnte Walter. „Übrigens erfolgt die Kontaktpersonennachverfolgung in den Gesundheitsämtern schon heute digital: Die Landkreise haben nicht abgewartet, sondern engagiert digitale Vor-Ort-Lösungen geschaffen“, hob Landkreistagspräsident Walter hervor.

Gemeinsame Zumeldung der drei Kommunalen Landesverbände zum Interview des Herrn Ministerpräsidenten in der Stuttgarter Zeitung vom 22. Februar 2021

„Die Städte und Gemeinden sehen eiligen Klärungsbedarf“, erklären die drei Präsidenten der Kommunalen Landesverbände in Baden-Württemberg heute übereinstimmend. Sie fragen sich, welches strategische Ziel das Land mit seiner Teststrategie verfolge. Im sogenannten Testgipfel vor wenigen Tagen mit dem Ministerpräsidenten und weiteren Vertretern der Landesregierung hätten die Kommunalen Landesverbände das Signal erhalten, dass die Kommunen in die Landesteststrategie integriert werden sollen.

Die Bitte des Sozialministeriums, dass Städte und Gemeinden das Land mit ihrem Know-how unterstützen, habe in den Rathäusern eine große Bereitschaft ausgelöst. Im Hinblick auf eine möglichst passgenaue Ausgestaltung haben die Kommunalen Landesverbände erneut

angeboten, sich eng in die anstehende Fortschreibung der Teststrategie einzu-bringen. Sie haben deshalb im Vorgriff auf die gemeinsame Zielsetzung zu-gestimmt, für die beschlossene Testung in Kitas und Schulen Testkits aus dem Notvorrat des Landes kurzfristig zu be-stellen und diese in die Einrichtungen zu bringen. „Für die jetzt angekündigte breite Testung sind die zur Verfügung stehenden Testangebote auf die zu fo-kussierende Gruppen und Situationen passgenau auszurichten“, erläutert Städtetagspräsident Dr. Peter Kurz. Viele Rathauschefinnen und -chefs seien be-reit, das Land zu unterstützen, um Öffnungsschritte für die geschlossenen Wirtschaftsbetriebe möglichst schnell angehen und zugleich verantwortungs-bewusst begleiten zu können.“ Äuße-rungen des Ministerpräsidenten, dass die Tests weiterhin ausschließlich in den bestehenden Strukturen der Kassen-ärztlichen Vereinigung und der Apothe-ken und Testzentren erfolgen sollen und zusätzliche kommunale Teststrukturen nicht integraler Bestandteil der Landes-strategie sein sollen, führen im Hinblick auf die stattgefundenen Spitzenge-spräche in den vergangenen Tagen zu einer Verunsicherung der Städte und Gemeinden. Die Kommunalen Landes-verbände erhalten Rückmeldungen, dass die etablierten Strukturen vor Ort nicht ausreichen könnten, um flächendeckend die notwendigen Tests in Kindergärten und Schule anbieten zu können. „Gerade im Hinblick auf die Ankündigung des Bundesgesundheitsministers, dass sich ab 1. März jeder kostenlos testen lassen kann, sei es dringend erforderlich, die Teststrategie des Landes so weiterzuent-wickeln, dass der dadurch entstehende Testbedarf auch gedeckt werden könne“, so Präsident Steffen Jäger vom Gemein-detag. „Wir müssen aufpassen, dass uns die tatsächliche Entwicklung nicht über-holt. Um die Pandemie kontrollieren und überwinden zu können, helfe eben nur: „Impfen, impfen, impfen. Flankiert von testen, testen, testen. Die Kommunen

sind in den Startblöcken und warten auf ein klares Signal des Landes.“

„Eine hinreichend breit angelegte Test-strategie dient insbesondere dazu, die nun erforderlichen schrittweisen Öff-nungen im Einzelhandel und anderen Lebensbereichen zu begleiten“, betonte Landkreistagspräsident Joachim Wal-ter. „Eine verantwortungsvolle, sparten-weise Lockerung des Lockdowns ist ein Gebot der Stunde und verlangt nach einer wohldurchdachten, mit der kom-munalen Familie eng abgestimmten Teststrategie, die bereits jetzt die bald zur Verfügung stehenden Schnelltests zur Selbstanwendung einbezieht“, un-terstrich Walter.

Der Auffassung des Ministerpräsidenten, dass nicht ohne flächendeckende funk-tionierende und wohnortnahe Infra-struktur täglich Millionen von Menschen getestet werden können, schließen sich die Kommunalen Landesverbände an. Umso wichtiger sei es deshalb, die freiwilligen Angebote der Städte und Gemeinden in die Strategie einzubinden. „Dann allerdings müsse das Land klar die Rahmenbedingungen vorgeben, deshalb haben wir uns auch heute nochmals schriftlich an den Herrn Ministerpräsi-denten gewendet“.

Ansprechpartner für
Medienvertreter*innen:

Für den Gemeindetag
Baden-Württemberg:
Kristina Fabijancic-Müller,
Pressesprecherin, Tel. 0711/22572-34,
kristina.fabijancicmueller@
gemeindetag-bw.de

Für den Städtetag Baden-Württemberg
Christiane Conzen, Tel. 0711/22921-48,
christiane.conzen@staedtetag-bw.de

Für den Landkreistag
Baden-Württemberg:
Michael Schlichenmaier,
Tel. 0711/22462-28,
presse@landkreistag-bw.de

Zumeldung zur Pressemitteilung des Staatsministeriums 23/2021: „Land verständigt sich auf Eckpunkte für erweiterte Teststrategie“ vom 17. Februar 2021

Zur Ankündigung der Landesregierung, dass man sich auf Eckpunkte für eine er-weiterte Teststrategie verständigt habe, äußert sich der Präsident des Landkreis-tags Baden-Württemberg, Landrat Joa-chim Walter (Tübingen), wie folgt:

„Als ausgesprochen positiv bewerten wir, dass beim Testgipfel großes Ein-vernehmen darüber bestand, Corona-Schnelltestungen deutlich auszuweiten. Wir haben immer betont, dass Schnell-tests neben den AHA-Regeln ein zentral wichtiger Baustein im Rahmen einer Öff-nungsstrategie sind. Ein solcher Flanken-schutz für die sukzessive Lockerung des Lockdowns ist umso wichtiger, als die Öffnung nicht mehr nur in den Händen der Politik liegt, sondern absehbar auch von der Rechtsprechung erzwungen wer-den wird. Auch das dynamische Mu-tationsgeschehen macht es erforderlich, Schnelltests als Frühwarnsystem zu nut-zen. Welche konkrete Rolle den Kom-munen hier neben den niedergelassenen Ärzten und den Apotheken zukommt, soll nun rasch geklärt werden. Auch dieses Signal des Testgipfels begrüßen wir ausdrücklich.“

Zumeldung zur dpa-Meldung: Land erstattet Schülertickets und stützt Verkehrsunternehmen vom 3. Februar 2021

Zur Ankündigung der Regierungsfrak-tionen, dass das Land die Schülertickets erstatten und die Verkehrsunternehmen finanziell unterstützen werde, äußert sich der Präsident des Landkreistags Baden-Württemberg, Landrat Joachim Walter (Tübingen), wie folgt:

„Natürlich wäre uns zur nachhaltigen Stabilisierung des Nahverkehrs eine Ganzjahreslösung lieber gewesen. Der jetzt gefundene Kompromiss ist aber dennoch ein guter, denn er stützt die von Einnahmeverlusten gebeutelten Verkehrsunternehmen und kommunalen Aufgabenträger bis Ende Juni. Insofern ist es meines Erachtens nur fair, dass auch die kommunale Seite einen Beitrag zum Gesamtpaket leistet. Ich bin den Vorsitzenden der beiden Regierungsfraktionen, Andreas Schwarz und Prof. Dr. Wolfgang Reinhart, dankbar, dass sie das Thema zur Chefsache gemacht haben.“

Zumeldung zur Pressemitteilung Nr. 09/2021 des Ministeriums für Kultur, Jugend und Sport Baden-Württemberg vom 1. Februar 2021

Zusatzvereinbarung zum DigitalPakt Schule, Leihgeräte für Lehrkräfte startet in Baden-Württemberg

Zur Ankündigung von Kultusministerin Dr. Susanne Eisenmann, dass Vorbereitungen seitens des Landes getroffen wurden und die Ausstattung der Lehrkräfte nun rasch in die Umsetzung gehen könne, äußert sich der Präsident des Landkreistags Baden-Württemberg, Landrat Joachim Walter (Tübingen), wie folgt:

„Das Kultusministerium hatte sich auf Bundesebene intensiv für ein weiteres Programm im Rahmen des Digitalpakts Schule eingesetzt. Dies hat jetzt zum Erfolg geführt. Neben der bereits erfolgten Aufrüstung bei den Schülerinnen und Schülern können jetzt auch die Lehrkräfte mit digitalen Endgeräten ausgestattet werden. Damit bringen wir die digitale Bildung an unseren Schulen im Land entscheidend voran. Die kommunale Seite war in die Abstimmungen zur landesrechtlichen Umsetzung eng eingebunden. Dabei haben wir gemeinsam

mit dem Kultusministerium schon einen Schritt weitergedacht und über eine Rahmenvereinbarung bereits eine Perspektive zur Fortführung über den Förderzeitraum des Bundes hinaus formuliert.“

Zumeldung zur dpa-Meldung: Grünen-Chef will neues Corona-Hilfspaket für Nahverkehr in Baden-Württemberg vom 27. Januar 2021

Zur Ankündigung des Fraktionsvorsitzenden der Grünen Andreas Schwarz, der ein neues Corona-Hilfspaket für den Nahverkehr ins Spiel gebracht hat, äußert sich der Präsident des Landkreistags Baden-Württemberg, Landrat Joachim Walter (Tübingen), wie folgt:

„Wir begrüßen die Initiative zur Stützung des Nahverkehrs. Wir setzen uns bereits seit November vergangenen Jahres intensiv gegenüber der Landespolitik für einen ÖPNV-Rettungsschirm 2.0 für das Jahr 2021 ein. Die bisher vom Land aus Restmitteln aus dem Jahr 2020 zur Verfügung gestellten 65 Mio. Euro greifen definitiv zu kurz und decken gerade einmal für drei Monate die Hälfte der voraussichtlichen Erlösausfälle ab, wenn überhaupt. Die Verkehrsunternehmen haben aufgrund des aktuellen Lockdowns mit drastischen Einnahmeeinbrüchen zu kämpfen. Der VDV prognostiziert aktuell Verluste in Höhe von mindestens 350 Mio. Euro für 2021. Dadurch wird die Aufrechterhaltung des Leistungsangebots in 2021 gefährdet, weil sich die Aufgabenträger genötigt sehen könnten, Leistungsanpassungen vorzunehmen. Die ÖPNV-Branche benötigt eine nachhaltige Lösung für das gesamte Jahr 2021. Im Rahmen einer Gesamtlösung für 2021 wäre die kommunale Seite auch durchaus bereit, ihren Beitrag zu leisten. Was die Erstattung der Elternbeiträge für die Schülerabos anbelangt, so muss klar sein, dass diese im Ausgleichsmonat zu

einem erheblichen Einnahmeausfall in den kommunalen Haushalten führt. Daher muss hier zwingend ein Ausgleich zugunsten der Land- und Stadtkreise als Aufgabenträger über einen auskömmlichen ÖPNV-Rettungsschirm 2.0 erfolgen.“

Zumeldung zur Pressemitteilung 06/2021 des Ministeriums für Soziales und Integration: Lieferverzögerungen beim Biontech/Pfizer-Impfstoff vom 16. Januar 2021

Zu der Pressemitteilung des Ministeriums für Soziales und Integration, dass es zwar zu Lieferverzögerungen beim Biontech/Pfizer-Impfstoff komme, die Zweitimpfung im Land aber garantiert sei, erklärt der Präsident des Landkreistags Baden-Württemberg, Landrat Joachim Walter:

„Als Betreiber der Impfzentren bedauern es die Landkreise sehr, dass es aufgrund der Umbauten in einem belgischen Pfizer-Werk zu Lieferverzögerungen beim Biontech/Pfizer-Impfstoff kommt. Hier muss rasch geklärt und transparent gemacht werden, was es Impfdosen-genau bedeutet, wenn Pfizer und Biontech erklären, dass die Liefermengen vorübergehend reduziert werden, um dann kräftig erhöht zu werden. Nur gut, dass das Land ausreichend Impfstoff für die Zweitimpfung zurückgehalten hat. Wir haben als Landkreistag das Land von Beginn an in seiner bekanntlich nicht unumstrittenen, konservativen und wenig spektakulären Strategie ausdrücklich unterstützt. Die aktuellen Ereignisse haben uns – leider muss man sagen – Recht gegeben.“

**Zumeldung zur
Pressemitteilung des
Ministeriums für Verkehr
„Verkehrsminister Hermann:
Weiterhin Förderung
für Verstärkerfahrten
im Schülerbusverkehr –
Land setzt
Corona-Rettungsschirm für
den ÖPNV im Jahr 2021 fort“
vom 28. Dezember 2020**

Zur Ankündigung von Verkehrsminister Winfried Hermann, die Verstärkerfahrten im Schülerbusverkehr weiterhin zu fördern und den Corona-Rettungsschirm für den ÖPNV im Jahr 2021 fortzusetzen, äußert sich der Präsident des Landkreistags Baden-Württemberg, Landrat Joachim Walter (Tübingen), wie folgt:

„Es ist wichtig, den Schulbetrieb auch unter Pandemiebedingungen sicher zu gewährleisten. Daher begrüße ich es ausdrücklich, dass das Land die Verstärkerfahrten im Schülerbusverkehr auch weiterhin fördert. Die Landkreise werden ihren Beitrag dazu leisten, damit bei der Schülerbeförderung die pandemiebedingt notwendigen Abstände gewahrt werden können.

Hingegen sehen wir bei der Fortschreibung des ÖPNV-Rettungsschirms im Jahr 2021 noch erheblichen Diskussionsbedarf. Die vom Land vorgesehenen

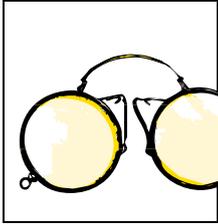
65 Millionen Euro greifen angesichts prognostizierter Einnahmeverluste von mindestens 300 Millionen Euro deutlich zu kurz und schaffen keinerlei Planungssicherheit – weder für die Verkehrsunternehmen noch für die Kreise als ÖPNV-Aufgabenträger. Wir brauchen dringend eine Lösung für das gesamte Jahr 2021. Die Landkreise sind auch durchaus bereit, sich an der Fortführung des ÖPNV-Rettungsschirms im kommenden Jahr finanziell zu beteiligen – allerdings zu fairen Rahmenbedingungen und mit verlässlicher Finanzierung für das gesamte Jahr 2021. Insofern bedarf es im neuen Jahr rasch klärender Gespräche und einer kurzfristigen Verständigung, damit das ÖPNV-Leistungsangebot nicht gefährdet wird.“

**Zumeldung zu den
aktuellen dpa-Meldungen
in Sachen nächtliche
Ausgangsbeschränkung
vom 4. Dezember 2020**

Zur aktuellen Diskussion um nächtliche Ausgangsbeschränkungen äußert sich der Präsident des Landkreistags Baden-Württemberg, Joachim Walter, wie folgt: „Der vom Land beschlossene Erlass, wonach die Landratsämter bei einer 7-Tages-Inzidenz von über 200 Neu-

infektionen pro 100.000 Einwohnern und einem diffusen Infektionsgeschehen per Allgemeinverfügung unter anderem nächtliche Ausgangsbeschränkungen anordnen müssen, wird vom Landkreistag mitgetragen und unterstützt. Die im Hotspot-Erlass vorgesehenen Instrumente sind geeignet, das Infektionsgeschehen einzudämmen. Wichtig bei alledem ist, dass der Erlass eine Öffnungsklausel enthält, um im Einvernehmen mit dem Sozialministerium auf die Vor-Ort-Situation reagieren zu können.

Die im Landkreis Tuttlingen und im Schwarzwald-Baar-Kreis erlassenen Allgemeinverfügungen sind vor dem Erlass des Sozialministeriums in Geltung gesetzt worden. Dies ist ausdrücklich zu begrüßen, weil die Maßnahmen bereits ab dem 2. Adventswochenende ihre Wirkungen entfalten können, um so entschlossen gegen das weitere Ausbreiten des Virus vorzugehen. Dass die Allgemeinverfügungen der beiden Landkreise keine nächtlichen Ausgangsbeschränkungen vorsehen, steht, da bei Bekanntmachung noch kein Erlass vorlag, auch nicht in Widerspruch zur Landeslinie, sondern beruht auf einer sorgsam Analyse des örtlichen Infektionsgeschehens. Die Landkreise mit ihren Gesundheitsämtern sind und bleiben der Garant einer effektiven Pandemiebekämpfung.“



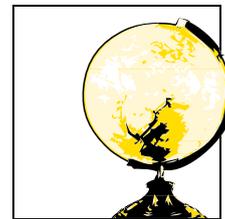
PERSONALIEN

Dr. Ulrich Fiedler zum neuen Landrat im Landkreis Reutlingen gewählt

Der neue Landrat des Landkreises Reutlingen heißt Dr. Ulrich Fiedler. Am 1. Februar 2021 hat der Kreistag den 49-Jährigen im ersten Wahlgang mit 51 Stimmen gewählt. Dr. Ulrich Fiedler war seit 2009 Oberbürgermeister der Großen Kreisstadt Metzingen. Seit 2014 ist Dr. Fiedler zudem Mitglied des Kreistags sowie seit 2017 erster stellvertretender Vorsitzender des Kreistags. Seine Amtszeit beginnt am 1. April 2021. Dr. Ulrich Fiedler löst damit Thomas Reumann ab, der nach 16 Jahren im Amt nicht mehr antrat und in den wohlverdienten Ruhestand geht.



Quelle: Stadt Metzingen



Abfall

Abfallwirtschaftsbetrieb Böblingen unterstützt tunesische Stadt El Guettar bei der Einführung der Abfalltrennung – Corona-Pandemie beeinflusst auch Abfallprojekt

Die Stadt El Guettar mit rund 20.000 Einwohnern im Südwesten von Tunesien ist seit 2016 Projekt-Partner des Abfallwirtschaftsbetriebs Böblingen. Landrat Roland Bernhard macht sich seither stark, die internationale Kooperation der beiden Kommunen mit Leben zu füllen: „Mit der Projekt-Partnerschaft im Bereich der Abfallwirtschaft möchte der Landkreis Böblingen im Rahmen des Programms Kommunalen Wissenstransfer Maghreb-Deutschland zur Stärkung der Demokratie und der kommunalen Entwicklung im Maghreb beitragen. Diese Partnerschaft gewinnt gerade in der Bewältigung der weltumspannenden Corona-Krise besonders an Bedeutung.“ „Die Corona-Pandemie, die seit bald einem Jahr das Leben weltweit beeinflusst, hat auch Auswirkungen auf unsere Projektarbeit“, berichtet der Erste Werkleiter Martin Wuttke. „Zuletzt konnte eine Delegation aus Böblingen mit dem Landrat an der Spitze im Dezember 2019 die tunesische Kommune besuchen, seither tauschte man sich aufgrund der Reisebeschränkungen nur noch per Video aus.“ Denn das Corona-Virus hat auch vor der tunesischen Kleinstadt am Rande der Sahara nicht Halt gemacht. Aktuell (Stand Dezember 2020) sind in El Guettar insgesamt 125 Personen infiziert, die Stadt beklagt zwölf Per-

sonen, die an oder mit Corona gestorben starben.

Zur Sicherheit der Bevölkerung hat die tunesische Regierung ähnliche Maßnahmen ergriffen wie derzeit (Stand Dezember 2020) in Deutschland umgesetzt werden. So schließen beispielsweise die Restaurants und Cafés bereits um 16 Uhr und es gibt die Verpflichtung, Einwegbecher und -geschirr zu verwenden. In den Schulen werden die Klassen in zwei Gruppen aufgeteilt, um die Anwesenheit zu begrenzen und das Treffen von Gruppen zu unterbinden. Verboten sind private Treffen mit mehr als vier Personen. So hofft man, die Pandemie in den Griff zu bekommen.

Die Idee zum Abfallprojekt in El Guettar mit dem Titel „Nachhaltige Stadt: Trennung von Kunststoff-, Karton- und Dosenabfällen“ entstand maßgeblich aus der Mitte der Zivilgesellschaft, vom Umweltverein für nachhaltige Entwicklung von El Guettar („AEPDD“). Die Partnerschaft wird vor Ort unterstützt von der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) sowie der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW). An dem Projekt beteiligt sind neben dem Umweltverein und dem Abfallwirtschaftsbetrieb auch die nationale tunesische Abfallbehörde ANGED, der Freundesverein der Gemeinde El Guettar sowie der Bürgerrat für nachhaltige Entwicklung von El Guettar.

Den Bürgern von El Guettar wurde zunächst in einem Pilotviertel die Mülltrennung nahe gebracht, sukzessive sollen im gesamten Gemeindegebiet Abfälle getrennt werden. Für die weitere Behandlung der getrennten Abfälle hat man auf einem geeigneten Grundstück



Quelle: Landratsamt Böblingen

einen Wertstoffhof für die getrennte Sammlung von Kunststoffabfällen und Kartonagen aufgebaut. Mit der Einführung der Eigenkompostierung organischer Abfälle und der eigenen Herstellung von Kompost aus den Bioabfällen im Haushalt können die Bürgerinnen und Bürger das Wachstum der Bäume der Oase unterstützen und praktizieren so klassische Kreislaufwirtschaft. Ein zentraler Aspekt ist die Erhaltung der biologischen Vielfalt im Stadtgebiet durch die Pflanzung von Bäumen. Ganz nach dem Vorbild der Böblinger Bürger möchte man im Jahr 2021 das derzeitige Sammelsystem umstellen auf eine „häusliche Sammlung“: Der Abfall wird zu Hause sortiert, indem an jeden Haushalt drei Behälter verteilt werden für Wertstoffe, organische Materialien und Restabfälle. Auch Glas und Metalle sollen getrennt gesammelt werden. Angestrebt wird eine Quote von 20 % der Haushalte, die die Getrenntsammlung künftig praktizieren. Langfristig soll es



Quelle: Landratsamt Böblingen

eine Vereinbarung mit dem privaten Sektor für den Betrieb des Wertstoffhofes und des Sortierzentrums im Rahmen einer öffentlich-privaten Partnerschaft (PPP) geben.

„Künftig unterstützt der Abfallwirtschaftsbetrieb die Stadt bei Planung und Bau einer eigenen Kompostierungsanlage zur Verarbeitung der häuslichen Bioabfälle und organischen Abfällen aus der Oase,“ erklärt Martin Wuttke. Eine Umweltverträglichkeitsprüfung wurde von El Guettar bereits zur Genehmigung eingereicht. Für das Jahr 2021 ist außerdem geplant, alle Haushalte in El Guettar mit Sammelbehältern auszustatten und die Sammlung auch auf Metalle und Glas zu erweitern. „Weitergehen muss auch die Sensibilisierung der Bürger für Mülltrennung – ein durchaus lang andauernder Prozess, wie man auch im Landkreis Böblingen in den vergangenen Jahrzehnten feststellen musste“, so Wuttke.

Landrat Bernhard ist sich der unterschiedlichen Voraussetzungen bewusst: „Der Abfallwirtschaftsbetrieb kann für die Entwicklung der Abfallwirtschaft in El Guettar gute Ansatzpunkte liefern, wenngleich natürlich das Niveau der Abfallbewirtschaftung in Deutschland

nicht mit den Verhältnissen in Tunesien vergleichbar ist.“ So waren die Vertreter der Stadt bei ihren Besuchen in Böblingen besonders beeindruckt von den Wertstoffhöfen und der fachlich kompetenten Beratung und Kundenfreundlichkeit der Mitarbeiter, von der telefonischen Beratung sowie vom jährlich an alle Haushalte verteilten Abfallkalender. Neben dem Abfallprojekt wurden früh weitere Handlungsfelder der Zusammenarbeit zwischen El Guettar und dem Landkreis ausgelotet. „In den Bereichen Bildung, Ausbildung sowie Tourismus, Kultur, Kunsthandwerk möchten wir mit El Guettar zukünftig Gemeinsames auf die Beine stellen und haben dazu im Dezember 2019 eine Partnerschaftvereinbarung unterzeichnet“, sagt Roland Bernhard. Über einen Steuerkreis mit Vertretern der Kommunen im Landkreis und der Verwaltung sollen auch hier in den nächsten Jahren Projekte vorangetrieben werden. „Der Landkreis hilft so mit, dass die demokratische Transformation im Land weiter erfolgreich voranschreiten kann. Dazu ist Hilfe von den europäischen Staaten wichtig. Entscheidend für den nachhaltigen Erfolg ist dabei eine Partnerschaft auf Augenhöhe.“

Bildung

Landkreis Böblingen: Schulprojekt gewinnt den Ersten Preis

Im vergangenen Herbst hatte die Schäferei Thierer in Horb-Talheim im Rahmen der landesweiten Veranstaltungsreihe „Gläserne Produktion“ ihre Türen geöffnet. Die damals von zahlreichen Interessierten besuchte Aktion wurde als Schulprojekt der Fachschule für Landwirtschaft in Herrenberg vorbereitet, denn Konstantin Thierer, damals Schüler in Herrenberg, hatte den familieneigenen Betrieb für dieses praxisnahe Projekt angeboten. Jetzt hat das Projekt den VLF Bildungspreis gewonnen (VLF – Landesverband Landwirtschaftlicher Fachbildung Baden-Württemberg).

„Ich freue mich sehr über die Auszeichnung dieses Projekts unserer Fachschule für Landwirtschaft“, so der Böblinger Landrat Roland Bernhard. „Ich war im vergangenen Jahr selbst vor Ort an dem Tag und kann deshalb sagen, dass es eine wirklich informative Veranstaltung mit tollem Rahmenprogramm für Klein und Groß war. Die Schülerinnen und Schüler haben an alles gedacht und den Tag wirklich hervorragend erarbeitet, vorbereitet und durchgeführt.“ Insofern sei diese Auszeichnung eine tolle Belohnung für



Quelle: Landratsamt Böblingen

die sicher viele Arbeit, die der damalige Infotag bereitet hat.

Der VLF verleiht diesen Bildungspreis jedes Jahr. Eine Jury aus VLF-Vorstandsmitgliedern, Vertretern der Schulaufsicht, bzw. des Ministeriums Ländlicher Raum und Fachschullehrern nimmt dabei die Bewertung vor und würdigt neben der fachlichen Wertung auch Kreativität, Originalität und öffentlichkeitswirksame Imagebildung. Das Preisgeld für den Ersten Platz beträgt 400 Euro.

Konstantin Thierer betreibt die Schäferei, gemeinsam mit seinem Bruder Valentin, seit Anfang 2018. Neben Schafen gibt es auch Pferde, Esel, Hühner und Mutterkühe sowie einen Hofladen im Betrieb. Mit Veranstaltungen im Rahmen der Gläsernen Produktion soll Verbraucherinnen und Verbrauchern die Landwirtschaft gezeigt und damit näher gebracht werden. Der Kreislauf in der Natur wird ebenso begreifbar wie die Vielfalt regional erzeugter Lebensmittel.

Die „Bildungsregion Landkreis Ludwigsburg“ besteht seit zehn Jahren – Landrat Allgaier: Idee, dass sich Bildung vor allem gemeinsam erfolgreich gestalten lässt, hat mich von Anfang an überzeugt

Auf ihr zehnjähriges Bestehen kann jetzt die Bildungsregion Landkreis Ludwigsburg zurückblicken. „Mich hat schon als Kreisrat die Idee, dass sich Bildung vor allem gemeinsam erfolgreich gestalten lässt, von Anfang an überzeugt. Es freut mich sehr, dass wir unsere Bildungsregion nun schon zehn Jahre haben. Sie leistet mit ihren zahlreichen Projekten einen wichtigen Beitrag, dass junge Menschen bei uns im Landkreis sehr gute Bildungschancen haben. Mein Dank gilt deshalb allen Beteiligten, den Vertretern in den Gremien, den Bildungseinrichtungen, den Ehrenamtlichen, den Förderern und allen weiteren Kooperationspartnern, die dies durch ihre gute Zusammenarbeit erst ermöglicht haben“, sagt Landrat Dietmar Allgaier.



Quelle: Landratsamt Ludwigsburg

Im Januar 2011 gingen alle Beteiligten mit viel positiver Energie gleich an die Arbeit: Die Steuergruppe und die Arbeitsgruppen sowie das Bildungsbüro der Bildungsregion nahmen ihre Arbeit auf. „Die beiden Themen ‚Übergang Kita – Schule‘ und ‚Schule – Beruf‘ wurden als Schwerpunkte gewählt, da für Kinder und Jugendliche gelingende Bildungsübergänge wichtige Voraussetzungen für eine erfolgreiche Bildungsbiografie sind“, berichtet Markus Schmitt, der Leiter des Bildungsbüros.

Die Akteure des Bildungsregion-Netzwerks treffen sich regelmäßig und tauschen sich aus. Dabei erkennen und bestimmen sie gemeinsam Bedarfe, bündeln ihr Wissen und Know-how und arbeiten bei der Entwicklung und Umsetzung von Projekten zusammen. Aktuell werden zehn Projekte umgesetzt. „Ziel der Bildungsregion ist es, dass die Angebote möglichst vielen Städten und Gemeinden zu Gute kommen und sie die jungen Menschen direkt erreichen“, sagt Schmitt.

Neben einem gut funktionierenden Netzwerk ist der engagierte Einsatz von fast 200 Ehrenamtlichen zentral für die erfolgreiche Arbeit der Bildungsregion. So dolmetschen 40 Interkulturelle Sprach- und Kulturvermittler, die

zumeist ausländische Wurzeln haben, in aktuell 24 Sprachen Gespräche für Kitas, Schulen und das Jugendamt. Bei dem Projekt „Sprachförderpaten an Grundschulen“, das gemeinsam mit dem Staatlichen Schulamt umgesetzt wird, unterstützen rund 100 Ehrenamtliche die Lehrkräfte beim Unterrichten der deutschen Sprache.

„Während der Corona-Pandemie leistet der Einsatz der Sprachförderpaten auch einen wesentlichen Beitrag zur Bildungsgerechtigkeit für die Kinder, die die deutsche Sprache noch nicht umfassend beherrschen und außerhalb der Schule nur selten üben können“, berichtet Dorothea Moll, die Leiterin der „Projektstelle Sprachförderung Grundschule“.

Das Thema Sprachförderung liegt auch der Kreissparkassen-Stiftung sehr am Herzen. Sie fördert bereits viele Jahre die Sprachförderung an Grundschulen und Kitas im Landkreis. Insgesamt hat die Bildungsregion in den zehn Jahren ihres Bestehens bereits weit über eine Million Euro an Drittmitteln akquiriert.

Ein digitales Angebot, mit dem Schülerinnen und Schüler auch gut während der Corona-Krise erreicht werden können, ist die benutzerfreundliche Internetplattform www.wegweiser-beruf.de. „Dort können sich Jugendliche schnell

einen Überblick über die 200 Angebote und die Veranstaltungen im Landkreis rund um die Themen Schulabschluss, Berufswahl und Berufseinstieg verschaffen. Auch Lehrkräfte, Berater und Eltern nutzen sie, um Jugendliche umfassend beraten zu können“, berichtet Beate Jacobsen, die die Plattform aufgebaut hat und betreut.

Seit 2017 gibt es einen neuen großen Schwerpunkt bei der Bildungsregion: das Landesprogramm „Modellvorhaben Neugestaltung Übergang Schule – Beruf in Baden-Württemberg“. Zentrales Element ist der praxisorientierte Bildungsgang „Ausbildungsvorbereitung dual“ (AVdual) an Beruflichen Schulen. AVdual-Begleiterinnen (Jobcoaches) unterstützen und begleiten Jugendliche intensiv bei den Themen Bewerbung, Praktika und Ausbildungsplatz. 2017/2018 startete die erste AVdual-Klasse an der Robert-Franck-Schule, inzwischen gibt es neun AVdual-Klassen an vier Beruflichen Schulen im Landkreis. Die Carl-Schaefer-Schule wird im September folgen.

„AVdual ist eine echte Chance für Jugendliche, die eine schwierige Schullaufbahn hinter sich haben, trotzdem einen Schulabschluss zu erreichen und einen Ausbildungsplatz zu finden“, sagt Andrea Horlacher, AVdual-Teamleiterin im Bildungsbüro, die sich über die großzügige AVdual-Förderung des Wirtschaftsministeriums und des Europäischen Sozialfonds (ESF) freut.

Weitere Informationen zur Bildungsregion finden Interessierte im Internet unter:

www.bildungsregion-landkreis-ludwigsburg.de
www.firmensommer.de
www.wegweiser-beruf.de

Mitglieder der Steuergruppe der Bildungsregion sind:

- Agentur für Arbeit Ludwigsburg
- Beruflichen Schulen
- Evangelische Kirche
- IHK Region Stuttgart, Bezirkskammer Ludwigsburg

- Katholische Kirche
- Kommunen
- Kreishandwerkerschaft
- Kreistagsfraktionen
- Kreisverwaltung
- Pädagogische Hochschule Ludwigsburg
- Regierungspräsidium Stuttgart
- Staatliches Schulamt Ludwigsburg
- Liga der freien Wohlfahrtsverbände Ludwigsburg

Ostalbkreis: Läuft bei uns! – Medienzentrums Klassenraum – Kreismedienzentrum bietet Alternative zu datenschutzkonformem Schüler-Lehrer-Kontakt

Die Pandemie und der Lockdown mit einhergehenden Schulschließungen stellen Familien und Schulen vor große Herausforderungen. Fernlernen heißt die Alternative zum Präsenzunterricht, auf die Schulen momentan zurückgreifen müssen. Je nach Schulform und Voraussetzung sehen die Konzepte im Kreis teilweise sehr unterschiedlich aus. Eines haben sie aber alle gemeinsam: Sie versuchen den Kontakt zwischen Schülern und Lehrern aufrechtzuerhalten und damit eine Verbindlichkeit des Unterrichts zu transportieren. Bei vielen Schulen läuft dies in der Zwischenzeit über digitale Kanäle, wenn sie denn funktionieren. Das Kreismedienzentrum Ostalbkreis bietet den Schulen im Landkreis mit einem eigenen Jitsi-Videokonferenzserver eine weitere Möglichkeit, datenschutzkonform Kontakt zu ihrer Schülerschaft zu halten. Bereits ein Viertel der Schulen im Kreis nutzen die Jitsi-Instanz des Kreismedienzentrums oder bauen sich damit eine Redundanz zu anderen Systemen auf.

Mit der eigens vom Medienzentrums-Verband programmierten und kostenlosen App „Medienzentrum Klassenraum“ kommt die Videokonferenz ganz komfortabel auf die mobilen Endgeräte der Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte. Der Start nach den Weih-

nachtsferien verlief reibungslos und man habe auch noch genügend Puffer nach oben. Außerdem könne weitere Serverleistung recht kurzfristig dazu geschaltet werden, so Benjamin Elser, Leiter des Kreismedienzentrums. „Wichtig ist, dass sich die Schulen bei Problemen umgehend an uns wenden. Denn die Probleme beim Nutzer können wir nicht riechen“, so Elser weiter.

Auch mit der neuen Sesammediathek habe man ein lukratives Angebot für das Fernlernen, so Simon Wild, stellvertretender Leiter des Kreismedienzentrums. Registrierte Lehrerinnen und Lehrer können auf die gesamte Onlinemediathek des Kreismedienzentrums zugreifen und Unterrichtsfilme über Links oder QR-Codes direkt in ihren Distanzunterricht einbauen oder Schülerinnen und Schülern auf Abruf zur Verfügung stellen.

Das Kreismedienzentrum Ostalbkreis unterstützt als kreisweites Kompetenzzentrum Schulen und Bildungseinrichtungen im Bereich Medienbildung. Es unterstützt Lehrkräfte bei der Implementierung digitaler Medien in Schule und Unterricht und berät Schulen unter anderem in den Bereichen Schulnetz, Medienpädagogik, Medienentwicklungsplanung und aktive Medienarbeit. Als Verleihangebot stellt das Kreismedienzentrum den Schulen aktuelle Bildungsmedien und Geräte zur Verfügung.

Digitalisierung

FTTB-Ausbau im Alb-Donau-Kreis – Zuwendungsbescheide des Landes für 19 Städte und Gemeinden im Kreisgebiet – Für 2.500 Haushalte entstehen FTTB-Anschlüsse

Im Rahmen einer Übergaberunde durch das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Baden-Württemberg erhielt der Alb-Donau-Kreis am 1. März 2021 bei einer Online-Veranstaltung mit Minister Thomas Strobl 31 Zu-

wendungsbescheide für den FTTB-Ausbau. Damit können in 19 Städten und Gemeinden über 2.500 Hausanschlüsse für schnelles Internet entstehen. Dafür wurden seitens des Landes jetzt knapp 25 Millionen Euro bewilligt.

Der FTTB-Ausbau geschieht sowohl mit Bundes-, wie mit Landesmitteln. Aus Bundesmitteln hat der Alb-Donau-Kreis für die genannten Projekte 30,7 Millionen Euro erhalten.

Der Alb-Donau-Kreis hat mit insgesamt 214 Bewilligungsbescheiden in der Landesförderung seit 2016 landesweit die meisten derartigen Bewilligungen für schnelles Internet bekommen, zum Ausbau des kreisweiten Backbones und für den FTTB-Ausbau. Der Umfang beträgt 63,4 Millionen Euro. Auch bei der aktuellen Übergaberunde gehen die meisten Zuwendungsbescheide an den Alb-Donau-Kreis.

Landrat Heiner Scheffold zeigte sich im Online-Gespräch mit Minister Thomas Strobl erfreut und dankbar. „Ein großes Kompliment geht an die Städte und Gemeinden, die wir nach Kräften im Breitbandausbau unterstützen. Die Fördermittel gehen teilweise in sehr kleine Teilorte und Einzelhoflagen, aber auch in den so wichtigen Anschluss von Schulen und Gewerbegebieten. Das zeigt, wir kommen, im Landesvergleich gesehen, bei der Beseitigung der viel zitierten ‚weißen Flecken‘ gerade in den sehr ländlich strukturierten Teilen des Kreisgebiets sehr gut voran. Sowohl dem Land wie dem Bund bin ich für die Förderung sehr dankbar. Unsere Digitalisierungsstrategie geht voll auf.“

Da die Materie des Breitbandausbaus nicht nur technisch, sondern vor allem auch rechtlich viel Fach- und Spezialwissen erfordert, komme es auf eine gute Kooperation mit den Städten und Gemeinden an. „Mit unserer Breitbandkoordination im Landratsamt können wir diese Ausbauprozesse in den Kommunen erfolgreich unterstützen. Und wir haben den kommunalen Verbund Komm.Pakt. Net dafür an unserer Seite“, sagte Heiner Scheffold.

Landrat Scheffold verwies auch auf den erfolgreichen Backbone-Ausbau im Kreisgebiet. Von 651 Kilometern für den Kreis-Backbone, dem digitalen Rückgrat, sind 605 Kilometer fertig gebaut. So sei man beim Backbone, was den Ausbau angeht, fast am Ziel. Mit mehr als 360 Kilometern ist davon inzwischen deutlich über die Hälfte des Backbones im Betrieb. Hier geht es um Gesamtinvestitionen von fast 90 Millionen Euro. 39,4 Millionen Euro an Fördermitteln gingen dazu ein. Zusätzlich wurden bereits 91 Kilometer Ortsnetze gebaut, davon sind aktuell 30 Kilometer in Betrieb (Anschlüsse bis in Gebäude).

Gemeinsam mit den Kommunen werde man weiter am Ball bleiben, bekräftigte der Landrat. „Wir haben viel erreicht, aber es ist auch noch viel zu tun. Eine vollständige FTTB-Erschließung bedeutet allein in unserem Landkreis Investitionen von mindestens 500 bis 600 Millionen Euro“, sagte Heiner Scheffold. Derzeit kommen die Investitionen in den Backbone sowie in den FTTB-Ausbau im Kreisgebiet auf eine Gesamtsumme von rund 200 Millionen Euro.

Information

Die Fördermittel aus der aktuellen Übergaberunde des Landes sind für den FTTB-Ausbau in folgenden Städten und Gemeinden bestimmt:

Allmendingen, Altheim (b. Allmendingen), Balzheim, Beimerstetten, Berghülen, Blaustein, Dietenheim, Dornstadt, Ehingen, Erbach, Illerkirchberg, Laichingen, Lonsee, Merklingen, Nellingen, Schelklingen, Schnürpflingen, Staig, Westerstetten.

Weitere Breitbandfördermittel fließen in der Landkreis Karlsruhe – Gewerbe, Schule und Aussiedlerhof profitieren von 1,2 Mio. Euro

Kreis Karlsruhe. 153,8 Mio. Euro für das schnelle Internet. Das ist die Summe, die Digitalisierungsminister Thomas Strobl am Montag, 1. März, an insgesamt 66

Zuwendungsempfänger aus 21 Stadt- und Landkreisen mit 123 neuen Bewilligungsbescheiden übergeben hat. In der aktuellen Legislaturperiode 2016–2021 hat das Land Baden-Württemberg insgesamt 1,126 Mrd. Euro in den Breitbandausbau investiert, zog der Minister ein Resümee anlässlich der Übergabe, die als Videokonferenz stattfand.

An der Veranstaltung nahm auch Landrat Dr. Christoph Schnaudigel teil. Für den Landkreis Karlsruhe konnte er weitere 1,2 Mio. Euro an Ko-Finanzierungsbescheiden für bereits vom Bund geförderte Breitbandprojekte für den Landkreis Karlsruhe entgegennehmen. „Wir danken dem Land Baden-Württemberg, dass es sich so stark für den Breitbandausbau engagiert hat. Die neuen Fördermittel werden wir vielfältig einsetzen, was die Komplexität und Bandbreite des Glasfaserausbaus im Landkreis Karlsruhe und auch darüber hinaus zeigt“, betonte der Landrat. 80.000 Euro fließen in die Anbindung von Schulanschlüssen in Bad Schönborn, 200.000 Euro werden für den FTTB/H-Ausbau des Gaistals in der Stadt Bad Herrenalb in Calw verwendet, die sich 2016 der Interkommunalen Zusammenarbeit zum Thema Breitbandausbau im Landkreis Karlsruhe angeschlossen hatte, 320.000 Euro erhält die Anbindung von Aussiedlerhöfen in Bruchsal und weitere 600.000 Euro fließen in den FTTB/H-Ausbau im Gewerbegebiet im Stöckmädele in Karlsbad.

Damit erhielt der Kreis seit Beginn der kommunalen Ausbautätigkeit im Jahre 2015 insgesamt rund 30,6 Mio. Euro an Förderung. Davon allein 23 Mio. Euro vom Land Baden-Württemberg.

„Das Ende der Legislaturperiode der aktuellen Landesregierung darf aber nicht zeitgleich das Ende des kommunalen Breitbandausbaus im Landkreis Karlsruhe bedeuten“, betonte Landrat Dr. Schnaudigel am Rande der Veranstaltung. „Auch die neue Landesregierung hat weiterhin die große Aufgabe, die Voraussetzungen für eine digitale Gesellschaft weiter voranzubringen und

mit weiteren Förderprogrammen zu unterstützen.“, so sein Appell. „Von einer flächendeckenden Gigabitgesellschaft können wir noch nicht sprechen.“

Breitbandoffensive für Schulen und Kliniken – Zweckverband Kreisbreitband Ludwigsburg sichert 6,4 Millionen Euro Fördermittel

Schnelles Internet für insgesamt 64 Schulen und zwei Kliniken in 32 Kommunen: Der Zweckverband Kreisbreitband Ludwigsburg hat als erster in der Region allen förderfähigen Schulen und Krankenhäusern einen Zuschuss von Bund und Land gesichert. „Darauf sind wir stolz – und das zeigt, dass das Thema Breitbandausbau bei uns höchste Priorität genießt“, sagt Landrat Dietmar Allgaier.

„Beim Thema Verbindungsgeschwindigkeit sind die Schulen ein neuralgischer Punkt“, so der Landrat weiter. „Die Schule ist der Ort, an dem die junge Generation so barrierefrei wie nirgendwo sonst den Umgang mit digitalen Lösungen lernen kann. Genau deshalb liegen uns die Schulen hier auch besonders am Herzen.“

Der nächste Schritt folgt auf dem Fuße: Der Zweckverband Kreisbreitband Ludwigsburg hat begonnen, die Bauarbeiten für die Ausstattung der Schulen und Kliniken mit Glasfaserverbindungen öffentlich auszuschreiben. „Wir wollen keine Zeit verlieren, um wirklich sicher gehen zu können, dass wir den Ausbau bis spätestens 2025 in allen beteiligten Schulen über die Bühne bekommen. Wenn alles nach Plan läuft, sogar noch deutlich schneller“, erläutert Viktor Kostic, Geschäftsführer des Zweckverbands.

„Die beschleunigte Versorgung der Schulen ist dieses Jahr ein Schwerpunkt im regionalen Gigabitprogramm“, erklärt Hans-Jürgen Bahde, Geschäftsführer der Gigabit Region Stuttgart GmbH und Breitbandbeauftragter der Region Stuttgart. „Ein Glasfaseranschluss bildet die Grundlage für die Digitalisierung der

Schule, deshalb begrüßen wir es sehr, dass der Landkreis hier frühzeitig aktiv geworden ist.“

Teilnehmen am Sonderprogramm „Breitbandausbau für die Schulen im Landkreis“ konnten alle Schulen, deren Internetverbindung langsamer als 30 Megabit pro Sekunde – und zwar pro Schulklasse gerechnet – ist. Das Land hat nun eine Summe von insgesamt 2,44 Millionen Euro für den Ausbau beigesteuert. Damit stehen für das Sonderprogramm nun rund 6,3 Millionen Euro zur Verfügung. Der Zweckverband plant, noch bis zum Sommer die ersten Vergaben für den Glasfaserausbau machen zu können.

BBV und Neckar-Odenwald-Kreis schreiben mit wegweisend verbesserten toni-Produkten und einmonatigen Vertragslaufzeiten Glasfasergeschichte

„Wir wollen gemeinsam mit BBV die Menschen im Neckar-Odenwald-Kreis mit einem unübersehbaren Signal von der Leistungsfähigkeit des geplanten Netzes überzeugen und eventuell noch bestehende Hindernisse für den dringend erforderlichen Technologiewechsel ausräumen. Kupfer war gestern, Glasfaser ist hingegen morgen und übermorgen. Deshalb: Die Zukunft liegt näher, als wir denken.“ Mit diesen Worten leitete Landrat Dr. Achim Brötel im Februar 2021 heute ein denkwürdiges Pressegespräch ein, das ein neues Kapitel im gesamten deutschen Breitbandmarkt aufschlägt. Die BBV wird ab sofort die Struktur und Rahmenbedingungen ihrer toni-Internetprodukte wegweisend verbessern. Das Basisangebot beginnt jetzt mit symmetrischen und garantierten Geschwindigkeiten von 300 Mbit/s im Up- und gleichermaßen auch im Download als Standard für 40 Euro monatlich. Die Produkte 500/500 Mbit/s sind für 50 Euro und 700/700 Mbit/s für 70 Euro erhältlich. Den symmetrischen Gigabitdienst 1/1 gibt es künftig für nur noch 90 Euro. Daneben führt die BBV als erster Glasfaseranbieter im deutschen Markt für

ihre toni-Internetprodukte eine Vertragsdauer von nur einem Monat anstatt der sonst üblichen zweijährigen Laufzeit ein. Die neuen Leistungen und die Änderung der Vertragszeiten gelten laut BBV-Geschäftsführer Manfred Maschek nicht nur für alle neuen, sondern auch für alle bereits im Neckar-Odenwald-Kreis abgeschlossenen toni-Internetverträge. Er weist zudem darauf hin, dass die toni-Verträge im April automatisch technisch auf die neuen Konditionen umgestellt werden. Der Haus- und Glasfaseranschluss bleibt bis zum Ende der aktuellen Vorvermarktung am 31. März 2021 in der Regel bis auf eine spätere Aktivierungsgebühr von 100 Euro weiterhin kostenfrei.

Der reale Wert eines Glasfaseranschlusses wird mit dem Ende der Vorvermarktung im April 2021 durch eine weitere Änderung besonders deutlich. Dann kostet ein Haus- und Glasfaseranschluss nämlich ab 2.000 Euro.

„Wir freuen uns, dass die BBV die vielen Vorschläge der letzten Wochen aus dem Landkreis, den Kommunen, der Wirtschaft sowie seitens vieler Bürgerinnen und Bürger derart positiv aufgegriffen hat. Die einmonatige Vertragslaufzeit zeugt von Vertrauen ins eigene Netz und ein Basisdienst von 300 Mbit/s im Up- und Download als Standard ist heute sogar bundesweit einmalig. Die nachhaltig verbesserten Rahmenbedingungen sollten endgültig alle Haushalte, Institutionen und Gewerbetreibenden überzeugen, diese einmalige Zukunftschance für sich persönlich und uns alle zu ergreifen“, betonte Landrat Dr. Brötel.

„Die Kooperation des Landkreises mit der BBV ist ein Leuchtturmprojekt für den eigenwirtschaftlichen Ausbau der Glasfaser, das mit dem heutigen Tag bundesweit noch mehr Aufmerksamkeit erfährt. Gemeinsam wollen wir hier zeigen, wie künftige Glasfaserangebote und Verträge überall aussehen sollten, um die Menschen von der Leistungsfähigkeit der Technologie zu überzeugen und gleichzeitig durch den Verzicht auf lange

Vertragslaufzeiten Vertrauen zu schaffen. Die Glasfaser wird überall zur Technologie der Zukunft und der reale Wert eines Haus- und Glasfaseranschlusses liegt nicht nur durch die stark steigenden Tiefbaukosten inzwischen bei mindestens 2.000 Euro. Nun liegt es an jedem Einzelnen, ob man die aktuelle Chance ergreift oder später sehr viel Geld für einen Wechsel zahlt, der schon in absehbarer Zeit notwendig wird, um alle Vorteile des Internets und der noch kommenden Dienste voll nutzen zu können“, machte BBV-Geschäftsführer Maschek eindringlich deutlich.

Ostalbkreis: Stadt und Region beteiligen sich am KI-Wettbewerb des Landes

Im Dezember letzten Jahres hat das Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg einen landesweiten Wettbewerb für den Aufbau eines Innovationsparks „Künstliche Intelligenz“ ausgeschrieben. Mit bis zu 50 Millionen Euro Fördergeld will das Land die Infrastruktur zum Ausbau Künstlicher Intelligenz unterstützen. Die Stadt Ulm tritt gemeinsam mit den Partnern IHK Ulm und dem Ostalbkreis zu diesem Wettbewerbsverfahren an. Unterstützt wird der Antrag vom Alb-Donau-Kreis, dem Landkreis Biberach und dem Landkreis Heidenheim. Die erste Wettbewerbsphase ist ein „Interessenbekundungsverfahren“, in der die Wettbewerbsteilnehmer bis Ende Januar unter anderem ihre ersten Eckpunkte eines Gesamtkonzepts für einen „Innovationspark KI“ vorlegen mussten. „Die in der Ulmer Wissenschaftsstadt vorhandenen Grundstücke, Infrastrukturen und bereits etablierten erfolgreichen Netzwerke sind für uns eine hervorragende Basis, unseren Eigenbeitrag im ersten Schritt wie gefordert darzustellen“, sagt Oberbürgermeister Gunter Czisch, der insbesondere die gute Zusammenarbeit mit IHK und Landkreisen bei diesem wichtigen Projekt betont. „Hinter dem Antrag steht eine starke Region im Osten von Baden-Württemberg

mit knapp einer Million Menschen. Unser Ansatz ist geprägt durch regionale, fachliche Kooperation und Durchgängigkeit von der Spitzenforschung bis hin zu kleineren und mittleren Unternehmen. Wir werden das darin steckende Potenzial für Wirtschaft und Arbeitsmarkt bestmöglich umsetzen.“

Davon zeigt sich auch IHK-Hauptgeschäftsführer Max-Martin Deinhard überzeugt: „Ein Innovationspark Künstliche Intelligenz wäre der ideale, übergeordnete Rahmen für zahlreiche regionale Aktivitäten auf diesem Zukunftsfeld. Für die innovative und industriestarke Wirtschaft unserer Region wäre ein erfolgreicher Antrag von enormer Bedeutung.“

Der Ostalbkreis geht mit einem separaten Wettbewerbsbeitrag ins Rennen und agiert im weiteren Verlauf des Wettbewerbs als eigenständiger Kooperationspartner. „Das vorgeschlagene Teilprojekt des Ostalbkreises für den Innovationspark KI ist auf dem Campus der Hochschule Aalen verortet“, erklärt Landrat Dr. Joachim Bläse. „Die Hochschule Aalen kann mit ihrer Forschungsstärke, der hohen Anwendungsorientierung und einer durchgängigen, unternehmensbezogenen Digitalisierungsstrategie wesentlich zum schlüssigen Gesamtkonzept des Bewerbungskonsortiums beitragen. Als besondere Stärke können wir die bereits gelebte Zusammenarbeit und Vernetzung mit innovativen Unternehmen und Start-ups in das Projekt einbringen.“

Weitere Kooperationspartner sind die Universität Ulm, die maßgeblich bei den Inhalten des Gesamtkonzepts unterstützt hat, die Technische Hochschule Ulm, die Hochschule Aalen und das Zentrum für Sonnenergie- und Wasserstoffforschung ZSW.

Mobilität

Ostalbkreis schlägt „3-Punkte-Konzept“ für eine pandemiegerechte Schülerbeförderung vor – Umsetzung in Kooperation mit den Schulträgern und -leitungen bis nach den Osterferien

Im vergangenen Herbst haben der Ostalbkreis und Ostalbmobil auf knapp 40 Linien im Landkreis sogenannte Verstärkerbusse eingesetzt, um eine pandemiegerechte Schülerbeförderung sicherzustellen. „Seitdem sind wir mit den Busunternehmen, aber auch mit den Schulleitungen in einem engen Austausch, vor allem mit dem Ziel, die Schulanfangszeiten zu flexibilisieren“, erklärt Landrat Dr. Joachim Bläse. Der Geschäftsbereich Nachhaltige Mobilität hat mit den Unternehmen von Ostalb-Mobil inzwischen ein „3-Punkte-Konzept“ ausgearbeitet, um die Schülerströme zu entzerren. Darüber wurden kürzlich alle Schulträger und Schulleitungen informiert, damit vor Ort an den Schulen die Differenzierung des Unterrichtsbeginns geprüft und umgesetzt werden kann.

„Das Bildungswesen ist derzeit sehr stark von der Corona-Pandemie geprägt. Sowohl die Schulträger als auch die Schulleitungen arbeiten intensiv an Konzepten, wie der Schulbetrieb möglichst „Coronasicher“ gestaltet werden kann. Für diesen Einsatz bin ich allen Akteuren sehr dankbar“, so der Landrat. „Infektionsschutz kann bekanntlich nur umfassend gedacht werden, daher ist die Schülerbeförderung im ÖPNV konsequenterweise miteinzubeziehen. Als unser Angebot zur Gewährleistung einer möglichst pandemiegerechten Schülerbeförderung haben wir das aus drei Punkten bestehende Konzept entwickelt mit dem Ziel, die Schulbusse möglichst gleichmäßig zu befüllen.“

Als ersten Punkt nennt Bläse die Verstärkerfahrten. Wie bereits im Herbst, werden die Verstärkerbusse so weit wie

möglich reaktiviert und bei Bedarf ausgebaut. Ergänzend müsse der Unterrichtsbeginn differenziert begonnen werden. Deshalb sollen die Schulen im Ostalbkreis möglichst die Hälfte der Schülerinnen und Schüler täglich auf die 1. Stunde und die andere Hälfte täglich auf die 2. Stunde einplanen. Bei Doppelstundenmodellen wäre auch ein Schulbeginn zur 3. Stunde möglich. Für die Berufsschulzentren und weitere interessierte Schulen könnten aus Sicht des Kreises kurzfristig entsprechende Hinfahrten zur 3. Stunde bei Bedarf eingerichtet werden.

Erforderlich wird dadurch ein gestaffelter Unterrichtschluss zur 5., 6. oder 7. Stunde. Vor allem zur 6. Stunde sollten täglich nur noch möglichst maximal die Hälfte der Schülerinnen und Schüler Schulende haben. Die andere Hälfte sollte auf die 5. Stunde, die 7. Stunde und den Nachmittagsunterricht verteilt werden. „Wir werden dazu kurzfristig bei Bedarf neue Fahrten auch nach der 7. Stunde einrichten“, kündigt Bläse an, denn: „Auf diese Weise lassen sich die begrenzten Fahrzeug- und Personalkapazitäten am sinnvollsten einsetzen und die Schülerinnen und Schüler am besten verteilen.“

Nach der Rückmeldung der Schulen wird die Landkreisverwaltung – nach Schulstandorten in Teilraumgesprächen unterteilt – auf die Schulträger und Schulleitungen zugehen, um eine Umsetzung spätestens nach den Osterferien auf den Weg zu bringen.

Soziales

Startschuss der Integrations-App im Landkreis Karlsruhe – Informationen und Ansprechpersonen jederzeit und überall über Integreat APP abrufbar

Eine App erleichtert künftig Migrantinnen und Migranten den Neuanfang und das Einleben im Landkreis Karlsruhe als

neuem Lebensmittelpunkt: Die Integreat App bündelt die wichtigsten Informationen und Ansprechpersonen aus den Bereichen Bildung, Arbeit, Sprache, Gesundheit, Recht und Alltag. Bei Fragen wie beispielsweise das Schulsystem in Deutschland funktioniert, was man bei der Arbeitssuche alles beachten muss oder wo passende Sprachkurse angeboten werden hilft die mehrsprachige App unkompliziert weiter.

Damit Integration gelingt, müssen Migrantinnen und Migranten die gleichen Teilhabechancen haben, dazu zählt auch die Teilhabe an wichtigen Informationen, die mit der App jederzeit und von überall abgerufen werden können. Dadurch ist sie nicht nur für Neuzugewanderte interessant, sondern auch für Alteingesessene und kann von Fachstellen, die Migrantinnen und Migranten beraten, unterstützend hinzugezogen werden. Die App ist sozusagen ein Integrationspaket to go: unkompliziert, kostenlos, offline, am Handy oder PC nutzbar und dazu mehrsprachig.

Die Integreat App wurde von dem gemeinnützigen Unternehmen Tür an Tür Digitalfabrik entwickelt und ist bereits in über 60 Kommunen und Landkreisen deutschlandweit im Einsatz. Sie kann kostenlos in jedem App-Store heruntergeladen werden und ist im Internet unter <https://integreat.app/lkarlsruhe/de/abrufbar>. Behörden, Träger oder Vereine haben die Möglichkeit, Informationen über die App kostenfrei zur Verfügung zu stellen. Ansprechpartner ist das Amt für Integration im Landratsamt Karlsruhe, das für Fragen und Auskünfte zur Verfügung steht, E-Mail: amt33.integreatapp@landratsamt-karlsruhe.de.

Ab sofort kann man Arbeitslosengeld II im Landkreis Ludwigsburg auch online beantragen

Einen neuen digitalen Service bietet das Jobcenter Landkreis Ludwigsburg: Ab sofort kann man Neuanträge auf Arbeitslosengeld II beim Jobcenter Landkreis Lud-

wigsburg online stellen. „In den aktuellen Zeiten erachten wir dies als großen Vorteil, um die finanzielle Unterstützung der Leistungsberechtigten schnellstmöglich anbieten zu können. Ich freue mich, dass wir das Online-Antragsportal als nächsten zukunftsweisenden Baustein unserer Digitalisierungsstrategie im Jobcenter Landkreis Ludwigsburg anbieten können“, sagt Landrat Dietmar Allgaier dazu. Nutzerinnen und Nutzer können Neuanträge stellen und Anlagen beifügen, ohne vor Ort erscheinen zu müssen. Beim Ausfüllen des Antrags wird man schrittweise mit klaren Anweisungen bis zum plausiblen Antrag geführt. Der Antrag ist jedoch nur der erste Schritt, da das Jobcenter davon ausgeht, dass immer noch ein persönliches Gespräch – wegen der Corona-Pandemie aktuell telefonisch – und weitere Unterlagen notwendig sein werden, um abschließend über den Antrag entscheiden zu können.

Das Antragsportal finden Nutzerinnen und Nutzer direkt auf der Startseite des Jobcenters Landkreis Ludwigsburg bei „Arbeitslosengeld II online beantragen“ unter <https://jobcenter.landkreis-ludwigsburg.de/>

Ortenaukreis:

Migrationsamt unterstützt Zuwanderer bei Wohnungssuche –

Das Finden einer preisgünstigen Wohnung kostet viel Zeit und Energie – Vor diesem Problem stehen auch viele Familien mit Fluchthintergrund

Für die Unterstützung in der Wohnungssuche bot das Integrationsmanagement des Landratsamts Ortenaukreis im Dezember 2020 einen ersten Workshop im Kinzigtal an. Fünf Menschen mit Fluchthintergrund nahmen das Kursangebot, das unter strenger Einhaltung der Abstands- und Hygieneregeln stattfinden konnte, wahr.

„Der Bedarf an preisgünstigem Wohnraum im Ortenaukreis ist sehr groß. Der Umzug in eine eigens angemietete oder größere oder Wohnung ist ein Wunsch,



Im Rahmen eines Workshops gab Integrationsmanager Marco Schwind (l.) mit Unterstützung von Sivan Kato (r.) Geflüchteten Tipps zur Wohnungssuche. Quelle: Landratsamt Ortenaukreis

den Menschen mit Fluchterfahrung oft äußern“, so Marco Schwind, Integrationsmanager des Ortenaukreises im Kinzigtal, der den Workshop mit Unterstützung von Sivan Kato, Pädagogikstudent und Arabischdolmetscher durchgeführt hat. Die Suche nach Wohnungen sei für die Kunden oft sehr demotivierend und für das Integrationsmanagement sehr zeitintensiv und bündele viele Ressourcen.

Aus diesem Anlass hat das Migrationsamt einen Workshop entwickelt. Dabei wird Geflüchteten aufgezeigt, wie sie bezahlbaren Wohnraum im Ortenaukreis finden und wie sie selbständig auf dem Wohnungsmarkt aktiv werden können. So wurden neben den vielfältigen Möglichkeiten über Wohnbaugesellschaften und Zeitungsannoncen fündig zu werden, auch die Schwierigkeiten auf dem Wohnungsmarkt thematisiert. Geringe Deutschkenntnisse, der Bezug von Sozialleistungen, aber auch mögliche Vorbehalte der Vermieter gegenüber anderen Kulturen können Gründe für Misserfolge sein. Diese Nachteile in Vorteile umzuwandeln, war ein Ziel des Workshops. „Es geht darum, die Vorbehalte in der Bewerbungsphase auszuräumen und sich positiv zu präsentieren,“ fasst Schwind zusammen. Daher stellten die

Teilnehmenden gemeinsam eine Mappe zusammen, die den Vermieter über finanzielle Einkünfte, Familienkonstellationen und Schufa-Einträge informiert und somit mögliche Zweifel bereits im Vorfeld ausräumt. Durch die Mappe soll die Chance erhöht werden, eine passende Wohnung zu finden.

Am Ende des erfolgreichen Workshops waren die Teilnehmer um einige Informationen reicher und stolze Besitzer einer „Wohnungs-Bewerbungsmappe“. Weitere Workshops sind in der Region Lahr und Achern im neuen Jahr geplant.

Tourismus

Landkreis Tübingen ist prämiertes nachhaltiges Urlaubsziel – Gemeinsam mit vier anderen Urlaubsregionen Baden-Württembergs wurde der „Früchtetraum“ von der TMBW in Kooperation mit bewegt ausgezeichnet

Die Tourismus Marketing GmbH Baden-Württemberg (TMBW) und die Mobilitätsmarke bewegt haben die Pilotdestinationen bekanntgegeben, die im Frühjahr im Mittelpunkt einer landesweiten Kam-

pagne für nachhaltige Mobilität stehen werden. Insgesamt fünf Urlaubs- und Ausflugsziele aus ganz Baden-Württemberg konnten mit innovativen nachhaltigen Angeboten überzeugen. Sie werden im Rahmen der geplanten Mobilitäts-Kampagne einer breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht, die für eine klimafreundliche Anreise mit öffentlichen Verkehrsmitteln sensibilisieren soll. Alle fünf Gewinner-Destinationen sind nicht nur bequem mit den Nahverkehrszügen von bewegt erreichbar. Sie alle eint darüber hinaus ein breites Angebot nachhaltiger Mobilitätslösungen vor Ort. „Unsere gute ÖPNV-Infrastruktur und unser Radwegenetz sind prägend für den Landkreis Tübingen“, so Landrat Joachim Walter. „Wir freuen uns, dass die Auszeichnung die Möglichkeiten dieser Mobilität nun stärker in das Bewusstsein der touristischen Besucher rückt.“ Im ganzen Landkreis gibt es Angebote, die den Umstieg auf Bus und Bahn erleichtern. Ob gute Infrastruktur mit Ladesäulen für E-Bikes, Teilauto oder die „Mitfahrbänke“ – klimafreundliche Mobilität hat im Landkreis Tübingen viele Facetten.

„Gerade touristische Gäste haben mit der Albcard einen besonderen Anreiz, den Landkreis und die angrenzende Alb mit dem ÖPNV zu erkunden“, sagt die Tourismusbeauftragte des Landkreises Iris Becht. Die Albcard gibt es bei teilnehmenden Übernachtungsbetrieben und ermöglicht, neben freiem Eintritt in viele Sehenswürdigkeiten der Region, die kostenfreie Nutzung von Bus und Bahn auf der ganzen Schwäbischen Alb.

Tübingen sieht Claudia Rist von der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Tübingen als klimafreundliches Urlaubsziel ganz weit vorn: „Tübingen hat Besuchern viel zu bieten – auch außerhalb der Altstadt. Diese sind über das Liniennetz des Stadtbusses und die Elektroroller von Coono einfach zu erreichen: Klimafreundliche Mobilität muss einfach und trendy sein!“ Geplante Infrastrukturprojekte wie der neue ZOB, der Radschnellweg von Rotenburg nach Tübingen und die Regio-

nalstadtbahn stellen die Weichen für den Ausbau des klimafreundlichen Tourismus.

Bei der Auszeichnung spielten auch andere Maßnahmen zur Nachhaltigkeit eine Rolle, wie beispielsweise die Kooperation der Städte Rottenburg und Tübingen beim Mehrwegsystem „Recup-besser bechern“, sowie die vielen Maßnahmen zum Erhalt und Schutz der Streuobstwiesen, die den Fruchtrauf besonders charakterisieren und auch Schwerpunkt der aktuellen PLENUM-Förderperiode sind.

Informationen zu den Zielen am Fruchtrauf und klimafreundlichen Angeboten in der Region gibt es unter www.fruchtrauf-bw.de

Neben dem Landkreis Tübingen wurde u. a. auch der Nördliche Schwarzwald ausgezeichnet.

Land fördert Modellkonzeption für Tourismus im Donaubergland – Minister Guido Wolf übergibt Förderbescheid

Tourismus in einer wirtschaftsstarke Region, wie geht das? Wie können starke Industriebetriebe den Tourismus in ihrer Region fördern und dabei profitieren, das soll im Rahmen eines Modellprojektes im Donaubergland untersucht werden. Das Land Baden-Württemberg fördert diesen neuen Ansatz mit rund 65.000 EUR aus Tourismuskonzepten des Ministeriums der Justiz und für Europa. Tourismusminister Guido Wolf überbrachte dem Tuttlinger Landrat Stefan Bär als Vorsitzendem des Aufsichtsrats der Donaubergland GmbH und Geschäftsführer Walter Knittel den Förderbescheid des Landes.

Tourismusminister Guido Wolf sagte: „Mit dem Kooperationsmodell „Tourismus und Wirtschaft“ haben Walter Knittel und die Donaubergland Marketing und Tourismus GmbH ein landesweit viel beachtetes Projekt an den Start gebracht. Dieses innovative Modell ist für weitere Regionen im Land von hohem Interesse. Die Förderung soll dazu beitragen, die



Tourismusminister Guido Wolf MdL (Mitte) übergibt Landrat Stefan Bär (links) und Donaubergland-Geschäftsführer Walter Knittel (rechts) im Landratsamt Tuttlingen den Förderbescheid.

Quelle: Landratsamt Tuttlingen

Kooperation zwischen Tourismus und Wirtschaft in einem Konzept auszuarbeiten und dabei diesen Ansatz von Finanzierungsmöglichkeiten intensiv zu erforschen. Ziel ist es auch, dieses erfolgreiche Kooperationsmodell für andere Regionen im Land übertragbar zu machen. Im Landkreis Tuttlingen wird ein Modell ausgebaut und erforscht, das landesweit Schule machen könnte und darüber hinaus ein wichtiger Baustein aus der Tourismuskonzeption angegangen.“ Landrat Stefan Bär zeigte sich hoch erfreut über die Unterstützung des Landes für das Projekt. „Der Landkreis Tuttlingen ist einer der wirtschaftsstärksten Landkreise im Land, doch auch hier hat der Tourismus in den letzten Jahren deutlich an Bedeutung gewonnen. Und es hat sich gezeigt, dass es immer mehr Berührungspunkte und Synergiepotenziale zwischen diesen Bereichen gibt. Dies sollten wir grundlegend herausarbeiten und nutzen“, so der Tuttlinger Kreischef. Erste Ansätze für eine intensive Kooperation mit führenden Firmen in der Region wurden im Donaubergland bereits in den letzten Jahren entwickelt. „Mit un-

serem bisher bundesweit einzigartigem Projekt der Wegepatenschaften von Industriefirmen für Premiumwege, die deutlich über ein übliches Sponsoring hinausgehen, haben wir sehr gute Erfahrungen gemacht“, erläuterte Geschäftsführer Walter Knittel. „Darauf wollen wir aufbauen und die Zusammenarbeit mit den Firmen in der Region möglichst ausbauen.“ Die Konzeption, die im Rahmen des Projektes im Laufe des kommenden Jahres mit verschiedenen Partner und Institutionen gemeinsam mit einer Beratungsagentur erarbeitet werden soll, soll dann landesweit auch für andere ähnlich strukturierte Regionen im Land als Modell dienen und Handlungsempfehlungen bereitstellen. Mehr dazu auch unter www.donaubergland.de

Weitere Infos:

Die Donaubergland Marketing und Tourismus GmbH wurde im Jahr 2004 gegründet. Die Tourismusorganisation mit Sitz in Tuttlingen wird getragen vom Landkreis Tuttlingen sowie 34 Städten und Gemeinden im Landkreis Tuttlingen

und sieben Städten und Gemeinden im Donautal im Landkreis Sigmaringen. Darüber hinaus unterstützen rund 50 Kooperationspartner aus Hotellerie und Gastronomie sowie Freizeiteinrichtungen die Tourismusarbeit der Donaubergland GmbH. Das Donaubergland ist als südwestlicher Teil Mitglied im Schwäbische Alb Tourismusverband.

Umwelt – Naturschutz

Aus dem Landkreis Karlsruhe kommt Saatgut für künftige Wälder

Aufgrund des dritten Dürrejahrs in Folge und den daraus entstandenen Schadflächen im Wald steigt landesweit der Bedarf nach Saatgut für den künftigen Baumnachwuchs. Hierbei sind insbesondere die klimastabilen Baumarten gefragt. Eine besondere Rolle spielt dabei die Eiche.

Auch in diesem Jahr fand die Saatguternte bei Eiche aber auch an Buche und Douglasie in den vielfältigen Wäldern des Landkreises Karlsruhe statt. Für die sogenannte Beerntung sind nur ausgewählte Waldbestände zugelassen. Die Einhaltung der strengen gesetzlichen



Saatguternte von Hand: Die Eicheln werden am Boden aufgelesen und in einem Eimer gesammelt.

Quelle: Landratsamt Karlsruhe



Abfüllen der Eicheln: Die gesammelten Eicheln werden in Säcke abgefüllt und beschriftet.

Quelle: Landratsamt Karlsruhe

Vorgaben wird durch das Forstamt im Landratsamt Karlsruhe kontrolliert und zertifiziert. Die Beerntung im Wald erfolgt je nach Baumart und Erntegut auf verschiedene Art und Weise: „Schwerfrüchtige“ Baumarten mit großen Samen wie die Eiche werden von Hand gesammelt. Bei Bucheckern wäre das zu aufwendig; hier werden Netze unter die Erntebäume ausgelegt, in welche die Früchte fallen. Die Samen von Nadelbäumen werden geerntet, indem „Zapfenpflücker“ in die Baumkronen steigen und die noch nicht vollreifen Zapfen ernten, in denen die Baumsamen enthalten sind. Diese werden anschließend getrocknet, um den reinen Baumsamen zu erhalten. Bis Ende Oktober wurden allein im Stadtwald Östringen mehr als 530 kg Eicheln per Hand gesammelt. Die Saatguternte wurde durch den Revierleiter Jochen Kaiser geplant, vorbereitet und vor Ort betreut. „Die Ernte verlief insgesamt reibungslos und zufriedenstellend“, so der Revierleiter.

Mit dem Aufsammeln der Eicheln ist es jedoch nicht getan: nach der Ernte müssen die Eicheln im Wasserbad gesäubert und sortiert werden. Das Saatgut wird anschließend in Säcke gefüllt und mit

entsprechenden Angaben zur Baumart oder zum Sammelzeitpunkt versehen. Die Erntecharge erhält bei Erfüllung der gesetzlichen Vorgaben dann vor der Weitergabe das behördlich vorgeschriebene „Stammzertifikat“ des Forstamts. Bei vielen Ernten werden auch zusätzliche Saatgutproben gezogen, um deren „genetischen Fingerabdruck“ im Labor per Genanalyse zu ermitteln. Mit dieser Information, die als weiteres Zertifikat das Erntegut von der Samenaufzucht in der Pflanzschule bis zur Endabgabe des Pflanzgutes an den Endverbraucher begleitet, soll die Echtheit und Nachverfolgbarkeit des Pflanzmaterials überprüfbar gewährleistet werden. Damit wird verhindert, dass genetisch ungeeignetes Saatgut aus nicht zugelassenen Erntebeständen später als Pflanze im Wald ausgebracht wird und die künftigen Baumgenerationen gute Wuchs- und Formeigenschaften aufweisen.

Das gewonnene Saatgut im Landkreis wird an verschiedene Pflanzschulen im süddeutschen Raum abgegeben. „Dort können diese bei entsprechender Trocknung noch bis zu einem Jahr aufbewahrt werden. Dann kehren die Eicheln als zwei- bis vierjährige Pflanzen zurück in den Wald. Diese können dann dort gepflanzt werden, wo die Naturverjüngung ausbleibt“, erläutert Thomas Fuchs, der am Forstamt für die Zertifizierung des Saatgutes zuständig ist. Wenn die jungen Eichen dann in unseren Wäldern ausgebracht werden, leisten sie einen wichtigen Beitrag im Hinblick auf die Gestaltung klimastabiler Wälder im Landkreis.

Vom Balkan in das Ried: Goldschakal im Landkreis Rastatt entdeckt

Ein weiterer Zuwanderer aus dem Tierreich ist im Landkreis Rastatt angekommen. Eine Überraschung erlebte Forstwirtschaftsmeister Steffen Jung, als er dieser Tage eine Wildtierkamera im Rastatter Stadtwald kontrollierte. Auf dem Bild war ein bislang im Landkreis unbe-



Kleine Sensation: Eine Wildtierkamera hat am 17. Januar 2021 im Rastatter Stadtwald einen Goldschakal aufgenommen.

Quelle: Fotofalle Stadtwald Rastatt/
Landratsamt Rastatt

kanntes Tier zu sehen. Die Vermutung, dass es sich dabei um einen Goldschakal handelt, wurde vom zuständigen Revierleiter Uwe Kirst und vom Wildtierbeauftragten des Landkreises, Martin Hauser, zweifelsfrei bestätigt.

In Mittel- und Nordeuropa waren Goldschakale nie heimisch. Sie erschließen sich nun auf eigenen Pfoten neue Lebensräume. Aufgrund seiner heimlichen und unauffälligen Lebensweise ist die Bestätigung im Rastatter Stadtwald eine kleine Sensation. Nachweise von Goldschakalen gibt es in Baden-Württemberg nur wenige. Zuletzt wurde im Dezember 2020 ein männliches Tier bei Bruchsal überfahren. Das nächstgelegene Verbreitungsgebiet mit Reproduktionsnachweisen liegt derzeit in Ungarn, Österreich und Italien. In der Wissenschaft wird unter anderem auch der Klimawandel als Grund für seine Ausbreitung in unsere Regionen diskutiert. „Wildkatze, Wolf, Luchs, Biber und nun ein Goldschakal – seltene Wildtiere fühlen sich anscheinend wohl im Landkreis Rastatt“,

vermutet Wildtierbeauftragter Martin Hauser.

Ein Goldschakal ist etwas größer als ein Fuchs, aber deutlich kleiner als der Wolf, mit dem er verwandt ist. Er gilt nach der Bundesartenschutzverordnung (BArtSchV) als besonders geschützt und gehört nicht zu den jagdbaren Arten. Für den Menschen stellt der Goldschakal keine Gefahr dar. Bei seiner Ernährung ist er vergleichbar mit dem Fuchs und passt sich dabei gut an die Jahreszeiten, den Lebensraum und die verfügbaren Ressourcen an. Er bevorzugt leicht zu erbeutende Nahrung. Meistens stehen kleine bis mittelgroße Säugetiere auf seinem Speiseplan. Ebenso ernährt er sich von Amphibien, Insekten und Fischen. Je nach Saison nimmt er auch pflanzliche Nahrung zu sich. Er jagt meist alleine, kann aber auch gemeinsam im kleinen Familienverband auf Beutesuche gehen. Dieser besteht normalerweise aus den beiden Elterntieren und ihrem Nachwuchs, bis sich letzterer in der nächsten Saison selber Partner sucht.

Ob es sich bei dem Nachweis aus dem Rastatter Stadtwald um ein männliches oder weibliches Tier handelt, ist auf dem Bild der Wildtierkamera nicht zu erkennen. Da der Goldschakal bisher selten in Deutschland vorkommt und damit wenig über ihn bekannt ist, wird er möglicherweise bei der Analyse von Spuren, Fotofallenbildern oder Beobachtungen übersehen oder aufgrund seiner Ähnlichkeit mit dem Fuchs verwechselt.

Im Jahr 1997 wurde erstmals ein Goldschakal in Deutschland nachgewiesen. Seitdem wurden immer wieder Einzelnachweise bekannt, woraufhin die Zahl der Nachweise regelmäßig anstieg. Im Kalenderjahr 2019 wurden in Deutschland acht sichere Nachweise in vier verschiedenen Bundesländern dokumentiert. Mit dieser Entwicklung einher geht auch die Vermutung, dass mit weiteren Goldschakalen in Deutschland gerechnet wird. Bisher gibt es keine Regionen, in denen sich Goldschakalnachweise innerhalb kurzer Zeit wiederholten und auf

eine längere Anwesenheit hätten hindeuten können.

Ob es sich bei den nachgewiesenen Einzeltieren allerdings um durchziehende Tiere gehandelt hat, die auf der Suche nach Artgenossen oder geeigneten Lebensräumen waren oder ob sich diese Individuen bereits länger in der Region aufgehalten haben, ist nicht bekannt. Wildtierbeauftragter Martin Hauser arbeitet in seinem Monitoring von Wolf und Luchs eng mit der Forstlichen Versuchs- und Forschungsanstalt (FVA) in Freiburg zusammen. Dort befasst sich Felix Böcker schon seit Jahren intensiv mit dem Goldschakal. Mit Hilfe seines Artenspürhundes gelingen ihm immer wieder Losungsfunde. Bei den in Deutschland bisher genetisch identifizierten Goldschakalen wurden, ähnlich wie bei einzeln auftauchenden, zugewanderten Luchsen und Wölfen, meist männliche Tiere nachgewiesen. Im Juni 2020 wurde in Niedersachsen erstmals ein weiblicher Goldschakal dokumentiert. Die Fähe wurde bei Hannover überfahren.

Stichwort: Goldschakal

- Schulterhöhe rund 44 bis 50 Zentimeter – damit ist er größer als der Fuchs, aber deutlich kleiner als ein Wolf.
- Sein Gewicht beträgt 10 bis 15 Kilogramm.
- Das Fell ist gelblich grau mit einer weißen Zeichnung um Fang und Hals. Seine Rute (Schwanz) ist mit 20 bis 30 Zentimeter Länge im Vergleich mit seiner Körperlänge auffallend kurz und hat eine dunkle Spitze.

**Biosphärengebiet Schwäbische Alb e.V.
verabschiedete Vereinsvorsitzenden
Landrat Thomas Reumann –
Mitgliederversammlung trat
online zusammen**

Der Verein „Biosphärengebiet Schwäbische Alb e.V.“ hat sich am 23. Februar 2021 per Videokonferenz zur Mitgliederversammlung getroffen. Neben einem

Rückblick auf das vergangene Jahr und die Vorstellung aktueller Projekte im von der UNESCO ausgezeichneten Biosphärengebiet Schwäbische Alb stand die Verabschiedung des langjährigen Vereinsvorsitzenden Landrat Thomas Reumann sowie die Wahl von OB Dr. Ulrich Fiedler zu seinem Nachfolger im Mittelpunkt der digital durchgeführten Veranstaltung.

Der scheidende Vereinsvorsitzende und Reutlinger Landrat Thomas Reumann betonte in seinem Jahresbericht vor 90 Teilnehmenden die herausragende Bedeutung der zahlreichen Förderprojekte, die das Biosphärengebiet mit vielen Akteurinnen und Akteuren in den zurückliegenden Jahren auf den Weg bringen konnte. Mit der Förderrunde 2020 konnten seit Bestehen des Förderprogramms des Biosphärengebiets Schwäbische Alb im Jahr 2008 über 300 erfolgreiche Projekte mit rund drei Mio. Euro unterstützt werden, wodurch ein Gesamtvolumen von über fünf Mio. Euro in der Region investiert wurde. „Dass sich Jahr für Jahr so viele Menschen in gemeinsamen Projekten engagieren und ihren Ideenreichtum einbringen zeigt uns, wie aktiv und erfolgreich unser Biosphärengebiet gelebt wird“, so Reumann. Nachfolgend fanden die Wahlen des neuen 1. Vorsitzenden des Vorstands und eines neuen Mitglieds des Beirats statt. Als Nachfolger des zum 1. April 2021 ausscheidenden Vorstandsvorsitzenden Thomas Reumann wurde Dr. Ulrich Fiedler gewählt.

Für den aus dem Beirat ausgeschiedenen Bürgermeister Michael Schrenk wurde Sabine Hohloch, Fachbereichsleiterin bei der Stadt Pfullingen als Nachfolgerin gewählt.

Für die Geschäftsstelle Biosphärengebiet Schwäbische Alb berichtete deren Leiter Achim Nagel über die aktuell laufenden Arbeiten in den einzelnen Handlungsfeldern Naturschutz, Regionalentwicklung, Bildung, Tourismus, Historisch-Kulturelles Erbe, Partnerinitiative und Öffentlichkeitsarbeit.



Der zum 1. April 2021 scheidende Vereinsvorsitzende Landrat Thomas Reumann (Mitte), sein Nachfolger Dr. Ulrich Fiedler (rechts) und Achim Nagel, Leiter Geschäftsstelle Biosphärengebiet Schwäbische Alb (links).

Quelle: Geschäftsstelle Biosphärengebiet Schwäbische Alb e.V.

Im Anschluss wurden drei ausführliche Werkstattberichte zu den Themen „Die neue Bio-Musterregion – Mehr Bio in der Außer-Haus-Versorgung“, „Soziale Nachhaltigkeit im Biosphärengebiet „Der Weg ist das Ziel““ und „Ranger im Einsatz“ vorgestellt.

Regierungspräsident Klaus Tappeser verabschiedete im Namen aller Vereinsmitglieder den Vereinsvorsitzenden Thomas Reumann und dankte ihm für sein großes Engagement an der Spitze des Vereins. „Wir hatten mit Thomas Reumann einen kreativen, vorausschauenden und sehr engagierten Vorsitzenden.“ Thomas Reumann resümierte die zurückliegenden Jahre seit der Gründung des Biosphärengebiets: „Ich habe großen Respekt vor den vielen Akteuren, Partnern und den Menschen, die unser Biosphärengebiet Schwäbische Alb mit ihren Ideen, mit ihrer Verbundenheit zu unserer Heimat und mit ihrer Leidenschaft zu dem gemacht haben, was es ist: Zu etwas ganz Besonderem, Einmaligem – einem Schatz!“

Bienenvolk beim Landratsamt Schwarzwald-Baar-Kreis sorgt für Top-Ergebnis

Einen tollen Honigertrag sammelten fleißige Bienen auf der Wiese nahe des Landratsamtes in VS-Villingen. Seit Mitte April 2020 schwärmte ein Bienenvolk aus und sorgte für einen enormen Ertrag, der selbst die Imker staunen ließ. 261 Honiggläser mit je 250 Gramm des flüssigen Goldes nahm jetzt Landrat Sven Hinterseh von Irene und Hubert Schneider von „My Bee“ entgegen. „Ich freue mich, dass wir gleich beim ersten Versuch einen solch großen Honigertrag erzielen konnten“, so der Landrat.

Das Bienenvolk mit Königin und zirka 50.000 Bienen wurde durch die Kreisverwaltung gemietet. Vermieter ist die Bio-manufaktur Schneider aus Dauchingen, die mit ihrem Start-up „My Bee“ Bienenvölker zur Miete anbietet. „Ich finde diese Idee klasse“, zeigte sich Landrat Sven Hinterseh begeistert und freut sich, sowohl einen Beitrag zum Erhalt der Artenvielfalt zu leisten, aber auch darüber, dass die Blumenwiese beim Landratsamt für einen guten Honigertrag sorgt.



Über einen tollen Honigertrag der gemieteten Bienen freute sich Landrat Sven Hinterseh mit Irene und Hubert Schneider.

Quelle: Heike Frank, Landratsamt Schwarzwald-Baar-Kreis

Der Standort ist offensichtlich sehr ertragsreich, wie Irene und Hubert Schneider, die sich ganz der Imkerei im Nebenerwerb verschrieben haben, bei ihrer „Ernte“ feststellten. „Der Standort am Landratsamt war für den Frühjahrshonig ideal“, freute sich Irene Schneider.

ressanten Geoinformationen anbietet. Das BürgerGIS ist seit Mitte Februar im neuen Design und auf neuer technischer Basis online, wie das Amt für Vermessung und Flurneuordnung im Landratsamt mitteilt.

Im Herbst des vergangenen Jahres musste die bisherige Lösung aus dem Jahre 2014 aufgrund einer technischen Umstellung abgeschaltet werden. Die neue Internetseite besteht nicht mehr aus einem einheitlichen, vollumfänglichen Kartenviewer, sondern bietet in Form einer Kartensammlung eine Auswahl von Themen, für die jeweils eine interaktive Karte gestartet werden kann. An Themen bietet das BürgerGIS jetzt interaktive Karten mit den Standorten des Landratsamts, den laufenden Flurneuordnungen im Landkreis, Forstliche

Vermessung

Das neue BürgerGIS BB – Geoinformationssystem des Landkreises Böblingen – jetzt online

BürgerGIS BB heißt das geographische Informationsangebot, mit dem das Landratsamt Böblingen im Internet freien Zugang für jeden zu zahlreichen inte-

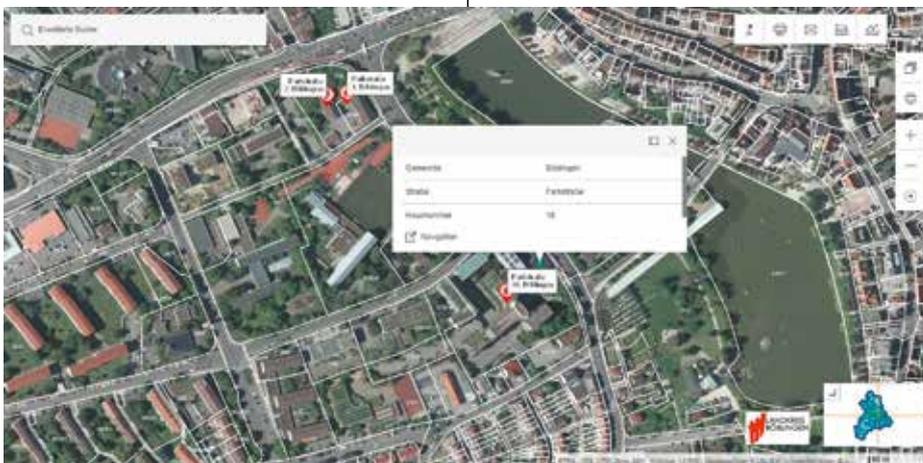
Rettungspunkte und Forstreviere sowie Einrichtungen zur Kinderbetreuung. In den Karten kann zwischen verschiedenen Hintergrundkarten gewählt und nach Flurstücken, Adressen und anderen Themen gesucht werden. Für gefundene Adressen bietet das GIS jetzt auch eine direkte Verknüpfung zur Google Maps-Navigation. Das System ist ausbaufähig angelegt und weitere Karten sollen folgen.

Hintergrundinformationen:

Unter dem Schlagwort GIS oder Geoinformationssystem werden Informationssysteme zur Erfassung, Bearbeitung, Organisation, Analyse und Präsentation räumlicher Daten zusammengefasst. Im Falle des BürgerGIS des Landratsamts Böblingen geht es um die Präsentation von Geodaten im Internet. Technisch handelt es sich dabei um eine sog. Web-GIS-Lösung.

Beim Amt für Vermessung und Flurneuordnung des Landratsamts Böblingen kümmert sich ein eigenes Team, das GIS-Kompetenzzentrum um das Thema Geoinformationssysteme. In Zeiten der Pandemie besonders augenfällig und sowohl wertvolle Entscheidungshilfe als auch Informationsquelle für jedermann ist das sog. Corona-Dashboard, welches ebenfalls vom GIS-Kompetenzzentrum betrieben wird.

Sie finden das BürgerGIS unter: Landkreis Böblingen – BürgerGIS BB (lrabb.de)



Beispielbild der interaktiven Karte

Quelle: Landratsamt Böblingen

Verschiedenes

Neue Kunstwerke für Sitzungssaal im Landratsamt Ortenaukreis – Kooperationsprojekt der Badischen Malerfachschule mit der Lahrer Künstlerin Evgeniya Scherer

Sechs großformatige Drucke von Ölgemälden aus der Serie „Heimat-los“ der Lahrer Künstlerin Evgeniya Scherer schmücken seit kurzem den Großen Sit-

zungssaal des Landratsamts. Die Kunst-
drucke entstanden in einem Projekt der
Malerin Evgeniya Scherer mit der Badi-
schen Malerfachschole des Ortenau-
kreises in Lahr (BaMaLa). Landrat Frank
Scherer freut sich über das eindrucks-
volle Projektergebnis: „Die bekannten
Motive aus der Ortenau sind echte Hin-
gucker und bringen bunte Farbtupfer in
unsere Sitzungen und Veranstaltungen.
Dafür danke ich ganz herzlich unserer
BaMaLa und meiner Frau Evgeniya.“

Die sechs zwei Mal einen Meter großen
Drucke wurden von Schülerinnen und
Schülern der Badischen Malerfachschole
Lahr unter Anleitung von Fachlehrer
David Glaser aus Aluverbundplatten an-
gefertigt. Die sogenannten Diptychons,
also zweiteilige zusammengehörige Ge-
mälde, bestehen im Original aus sechs
Ölgemälden der Serie „Heimatlos“. „Die
Werke beschäftigen sich mit der Frage,
was der Begriff Heimat für einen selbst
bedeutet. Ist man heimatlos, wenn man
sich zwei oder mehreren Kulturen zuge-
hörig fühlt“, fragt die gebürtige Bulgarin
Evgeniya Scherer, die in dieser Serie
ihr Leben als Migrantin und ihre Suche
nach Zugehörigkeit verarbeitete. „Ich
habe drei Anhaltspunkte ausgesucht, die
unseren Begriff für Heimat zumindest
abstrakt definieren – der Staat oder un-
sere Festung, das Haus, in dem wir leben
und unser Glaube“. Aus ihrer jetzigen
Heimat Ortenau dienten ihr dafür als
Motive die drei Wahrzeichen „Vogtsbau-
ernhof“ („Mein Haus I und II“), die Klos-
terruine Allerheiligen („Mein Glaube I
und II“) sowie das Schloss Ortenberg
(„Meine Festung I und II“).

Die surrealistische Darstellung der Bilder
„Mein Haus I und II“ erinnert an ein
Spiegelbild, ist aber keins. „Egal wie man
die beiden Bilder dreht und wendet, man
bekommt nie das zusammengehörige
Haus ganz zu sehen. Damit problemati-
siere ich die Möglichkeit, beziehungs-
weise die Unmöglichkeit einer vollkom-
menen Zugehörigkeit. Egal wo – da, wo
man geboren ist oder da, wo man später
lebt“, veranschaulicht die Künstlerin.

Bei „Festung I und II“ wiederholen sich
zwei wesentlichen Formen: Das Ein-
gangstor der Festung stehe symbolisch
für das Kommen und Verlassen. Die drei
Türme, die man bei bestimmter Betrach-
tung des Schlosses sehe, stünden für die
drei Gewalten im Staat (Exekutive, Legis-
lative und Judikative). Bei „Mein Glaube I
und II“ lässt Scherer das Außen- und
das Innere der Klosteranlage markant
zusammenfließen. „Die Außenansicht
steht für die Weltoffenheit, die Innen-
ansicht für die Grenzen“, konkretisiert
Scherer.

Schulleiter Hans Peter Misiewicz und
Fachlehrer David Glaser von der Badi-
schen Malerfachschole freuen sich, dass
„diese schönen Tafeln hier im Sitzungs-
saal ein farbenfrohes Signal setzen und
die Badische Malerfachschole sich so den
Sitzungsteilnehmern und Gästen immer
wieder in Erinnerung rufen wird.“

„Für die Herstellung der Bildtafeln von
Frau Scherer mussten wir ein Platten-
material finden, das gut zu beschichten
und nicht zu schwer ist, damit die Bilder
von der Decke des Sitzungssaals befestigt
werden können“, informiert Glaser. Die
„BaMaLa“-Experten entscheiden sich für
Aluverbund, ein Material, das aus
einem Kunststoffkern und Deckschich-
ten aus Aluminium besteht. „Im zweiten
Schritt wurden Fotografien der Bildserie

datentechnisch für den Druck aufberei-
tet. Hier ging es vor allem um die realis-
tische Darstellung der Originale“, erklärt
Schulleiter Misiewicz. Nachdem Muster-
platten ein detailgetreues Ergebnis lie-
ferten, wurde die Druckdatenerstellung
abgeschlossen und die Reproduktion
auf selbstklebender Folie gedruckt. „Mit
einem transparenten Laminat, das die
Farben vor UV-Licht schützt, haben wir
die Drucke veredelt. Im letzten Arbeits-
schritt wurden die vorbereiteten Folien
auf die Bildtafeln aufkaschiert“, so Gla-
ser. Das eindrucksvolle Ergebnis hängt
nun im Großen Sitzungssaal des Land-
ratsamts in Offenburg.

Badische Malerfachschole

Die Badische Malerfachschole mit Bun-
desfachschole für Werbetechnik unter
Trägerschaft des Ortenaukreises ist die
einzige Schule in Baden-Württemberg
für den Ausbildungsberuf des Schilder-
und Lichtreklameherstellers und gilt
bundesweit als Kompetenzzentrum für
Farbtechnik und Raumgestaltung. Als
schulischer Partner für die Duale Berufs-
ausbildung kommen zukünftige Maler
und Lackierer der Ortenau nach Lahr, das
Einzugsgebiet für die angehenden Fahr-
zeuglackierer ist der ganze Regierungs-
bezirk Freiburg und die Auszubildenden
im Handwerk der Schilder- und Licht-



Von links nach rechts: Landrat Frank Scherer, Evgeniya Scherer, Fachlehrer David Glaser und Schulleiter Hans Peter Misiewicz.

Quelle: Landratsamt Ortenaukreis

reklamehersteller aus ganz Baden-Württemberg, Niedersachsen und Teilen von Rheinland-Pfalz besuchen die Berufsschule an der Badischen Malerfachschele in Lahr. Als bundesweit einzige öffentliche Meisterschule für Schilder- und Lichtreklamehersteller ist die Badische Malerfachschele weithin bekannt. Angehende Meister dieses Handwerks aus dem ganzen Bundesgebiet und dem benachbarten Ausland bereiten sich an der BaMaLa auf ihre Meisterprüfung vor.

Schilder- und Lichtreklamehersteller

Die Vielfältigkeit dieses Berufsfeldes umfasst neben dem Entwurf auch die Produktion sowie die Montage von Schildern, Fahrzeugbeschriftungen sowie Werbe- und Kommunikationsanlagen. Um dieses breitgefächerte Arbeitsfeld der Werbetechnik abbilden zu können, wartet die Badische Malerfachschele mit einer entsprechenden digitalen Infrastruktur sowie einem großzügigen Maschinenpark auf.

Weitere Informationen: www.bamala.de.

Zur Person:

Aufgewachsen ist Evgeniya Scherer in Sofia/Bulgarien. Sie besuchte dort das deutsche Gymnasium und studierte in Sofia und Hamburg Rechtswissenschaften. Nach ihrem Magisterstudium in Medienrecht, promovierte sie in Hamburg und arbeitete als Medienrechtlerin für das bulgarische Kultusministerium. Seit 2009 lebt sie in Südbaden, seit 2015 mit ihrer Familie in Lahr. Dort studierte sie an der Akademie für bildende Kunst und arbeitet seit ihrem Abschluss als Künstlerin und Designerin. Anfang 2020 präsentierte sie mit großem Erfolg ihre Solo-Ausstellung „Macht-los. Grenzen-los. Spur-los. Gefühl-los. Zeit-los. Sinn-los. Heimat-los.“ zusammen mit der Performance ihrer ersten Modekollektion im Europa-Park, kurz darauf folgte Anfang März die zweite im Freiburger E-Werk. Sie ist Gründerin des nachhaltigen Labels „Die Mode bist Du“. Mehr Infos und Fotos unter www.evgeniya-scherer.de.

Ortenaukreis unterstützt Partnerregion in Bulgarien – Zwei Beatmungsgeräte für Krankenhaus in Vidin/Bulgarien

Die Region Vidin im Nordwesten Bulgariens, Partnerregion des Ortenaukreises seit 2011, erhält auf Initiative von Landrat Frank Scherer zwei Langzeitbeatmungsgeräte für das dortige Krankenhaus. Sie stammen aus dem Bestand des Ortenau Klinikums, der im vergangenen Jahr durch neue Geräte ersetzt werden konnte. „Wie ich von meinem Vidiner Kollegen Momchil Stankov erfahren habe, stehen im Krankenhaus in Vidin nicht genügend Beatmungsgeräte zur Verfügung. Daraufhin habe ich umgehend unseren Klinik-Geschäftsführer Christian Keller gebeten zu prüfen, ob wir Beatmungsgeräte abgeben können und bin sehr froh, dass wir diese nun unserer Partnerregion zur Verfügung stellen können. Mein Kollege ist sehr dankbar für diese Leben rettende Unterstützung“, so der Landrat. Dem Ortenau Klinikum stehen durch verschiedene Beschaffungsprogramme



Andreas Brenner, Medizintechniker des Ortenau Klinikums Offenburg-Kehl, verpackte die Geräte in extra angefertigte Holzkisten. Die Geräte wurden vor dem Verpacken nochmals vollständig geprüft und werden per Spedition verschickt.

Quelle: Ortenau Klinikum

von Bund und Land sowie eigene Anschaffungen im vergangenen Jahr aktuell zahlreiche neue Beatmungsgeräte zur Verfügung. Die beiden gespendeten Geräte sind nach 12 Jahren im Gebrauch des Ortenau Klinikums buchhalterisch abgeschrieben. Nach Auskunft des Herstellers seien nach wie vor alle Ersatzteile erhältlich. Auch hat das Ortenau Klinikum beim Hersteller eine Bedienungsanleitung in bulgarischer Sprache beschafft, die nun mit den Geräten verschickt wird. „Ich freue mich, dass das Ortenau Klinikum inzwischen so gut mit modernen, neuartigen Beatmungsgeräten ausgestattet ist, dass wir mit zwei Geräten aus unserem Bestand der Partnerregion des Ortenaukreises helfen und so in der Pandemie ganz konkrete Solidarität zeigen können“, betont Ortenau Klinikum-Geschäftsführer Christian Keller.

Hintergrund zur Kreispartnerschaft

Der Ortenaukreis und die Region Vidin haben im April 2011 ein Partnerschaftsabkommen geschlossen. Neben den Bereichen Bildung mit dem Qualifizierungsprogramm Ortenau/Vidin „Jugend ohne Grenzen – unsere gemeinsame Zukunft“ bilden auch Wirtschaftskontakte einen Schwerpunkt. Die ländlich geprägte Region Vidin liegt im Nordwesten Bulgariens an der Donau und gilt als Eingangstor des Landes zu Europa. Die Region hat eine Fläche von 3022 Quadratkilometern und rund 85.000 Einwohner.

Wirtschaft

Landkreis Böblingen:

Ready for take off – Website-Relaunch von Firmentage.de – Überarbeitete Homepage der SchulferienFirmentage wurde vorgestellt

Die Homepage der SchulferienFirmentage haben ein neues Design. Am 5. Februar 2021 stellte der Wirtschaftsförderer des Landkreises Böblingen Dr. Sascha



Quelle: Landratsamt Böblingen

Meßmer gemeinsam mit dem Geschäftsführer der Internetagentur bobic Robert Horvat die Online-Plattform PLANET71 mit den bekannten Schulferien**Firmentagen** im Rahmen einer Live-Videoschaltung vor. Die neue Online-Plattform ist ab sofort unter www.planet71.de zu erreichen.

Die Schulferien**Firmentage** bieten Schülerinnen und Schülern im Landkreis die Möglichkeit, in den Sommerferien Schnuppertage in Unternehmen und Organisation zu erleben.

„PLANET71 ist als die neue Online-Plattform konzipiert, auf der Unternehmen und Jugendliche im Landkreis Böblingen noch passgenauer während der gesamten Berufsorientierungsphase zusammenfinden und -bleiben. Dadurch erleichtern wir die Berufswahl und wirken

dem Fachkräftemangel entgegen“, erläuterte Dr. Sascha Meßmer.

Technischer Fortschritt, sich ändernde gesetzliche Rahmenbedingungen (DSGVO) und das sich ändernde Schülerverhalten machten eine Überarbeitung der bestehenden Website unumgänglich. Zusätzlich zum neuen Design wurden auch neue Funktionen sowohl für die Unternehmen und Organisationen als auch für die Schüler/-innen integriert. Ziel ist, dass Unternehmen bzw. Organisationen und Schülerinnen und Schüler enger zusammenwachsen und so über das Projekt Schulferien**Firmentage** hinaus ein Mehrwert entsteht. So können sich zum Beispiel Schülerinnen und Schüler nun ein eigenes Benutzerkonto einrichten, um ihre eigenen Aktivitäten auf dem Portal besser nachzuverfolgen

und eine Vorlage verwenden, um einen eigenen Lebenslauf für Bewerbungsschreiben zu erstellen. Die Unternehmen und Organisationen haben in ihrem Benutzerkonto über die Funktion „Real-time-Anmeldungen“ die Möglichkeit bereits vor Anmeldeschluss zu sehen, wie viele Schüleranmeldungen es für ihren Firmentag gibt. Die downloadbare Teilnehmerliste hilft, den Firmentag leichter zu organisieren und auf die teilnehmenden Schüler/-innen besser abzustimmen. Angedacht ist für die nähere Zukunft neben weiteren neuen Features auch eine Möglichkeit des gegenseitigen Folgens von Schülern und Unternehmen. Wer Interesse hat, kann sich das Video auf dem YouTube-Kanal des Landratsamtes ansehen, um so die neuen Funktionen besser kennenzulernen.

Unternehmen und Organisationen, die einen Firmentag anbieten möchten, können ihren Firmentag-Eintrag auf planet71.de zwischen dem 1. März und 15. Mai vornehmen. Anschließend finden die Schüleranmeldungen online zwischen dem 17. Mai und 21. Juli statt.

Selbstverständlich können von Unternehmen und Organisationen auf PLANET71 weiterhin die Stellenbörsen für Praktika, Freiwilligendienste und Ferien-/Nebenjobs ganzjährig kostenlos genutzt werden.

Die nächste Ausgabe der Landkreisnachrichten
erscheint am 9. Juli 2021

LANDKREIS GÖPPINGEN



Regierungsbezirk Stuttgart
Einwohnerzahl: 259.076 (Stand 30.9.2020)
Fläche in km²: 642,3 (Stand 31.12.2019)
Zahl kreisangehöriger Städte/Gemeinden: 38
davon Große Kreisstädte: 3

Hausanschrift:
Landratsamt Göppingen
Lorcher Str. 6
73033 Göppingen

Postanschrift:
Landratsamt Göppingen
Postfach 809
73008 Göppingen

Zentrale:
Telefon: 0 71 61 / 2 02-0
Telefax: 0 71 61 / 2 02-1199
E-Mail: info@lkgp.de

Pressestelle:
Telefon: 0 71 61 / 2 02-10 02
Telefax: 0 71 61 / 2 02-10 91
E-Mail: pressestelle@lkgp.de

Wirtschaftsförderung:
Telefon: 0 71 61 / 2 02-10 09
Telefax: 0 71 61 / 2 02-10 91
E-Mail: s.malec@lkgp.de

Tourismusförderung:
Telefon: 0 71 61 / 2 02-10 10
Telefax: 0 71 61 / 2 02-10 91
E-Mail: h.baeuerle@lkgp.de



Landrat:
Edgar Wolff
seit 1.7.2009

Mandatsverteilung:

Gesamt 67 Sitze, davon	
CDU:	17
Freie Wählervereinigung:	14
Bündnis 90/Grüne :	13
SPD:	11
AfD:	6
FDP:	5
Linke:	1

Geografische Lage:



Mehr Infos:
www.landkreis-goeppingen.de

Wissenswertes

Landkreis Göppingen - Überraschend. Besser. Der ideale Standort zum Leben, Arbeiten, Erholen und Genießen.

Atemberaubende Blicke in den „Schwäbischen Grand Canyon“, bedeutende Marken und Weltmarktführer, internationaler Spitzensport und traditionsreiche Heilbäder: Der Landkreis Göppingen hat Außergewöhnliches zu bieten.

Heute wohnen in 38 Städten und Gemeinden rund 250.000 Einwohner. Mit den leistungsfähigen Alb Fils Kliniken an den Standorten Göppingen und Geislingen, der Kreissparkasse, der Kreisbau Filstal und der kreiseigenen Wirtschafts- und Innovationsförderungsgesellschaft deckt der Landkreis wichtige Servicefelder für die Bürgerinnen und Bürger, aber auch für die Wirtschaft der Region ab. Diese Einrichtungen sind moderne Dienstleistungsbetriebe und auf die Herausforderungen der Zukunft vorbereitet. Große und weltweit bekannte Unternehmen wie Märklin, Schuler oder WMF schätzen den Standort ebenso wie zahlreiche kleine und mittelständische Betriebe. Sie alle profitieren von der Nähe zu Forschungseinrichtungen und Unternehmensnetzwerken.

Als Teil der prosperierenden Region Stuttgart verfügt der Kreis Göppingen – neuerdings auch als Mitglied des Verkehrs- und Tarifbunds Stuttgart – über eine überaus verkehrsgünstige Lage, die eine schnelle Erreichbarkeit von Flughafen und Neue Messe Stuttgart sowie der Autobahn A8 garantiert. Zudem sind sowohl Stuttgart als auch Ulm in etwa 30 Minuten per Bahn oder Auto erreichbar. Naturliebhaber finden zwischen Albtrauf und Streuobstwiesen eine wunderbare Landschaft, die zum Radfahren, Wandern und Erholen einlädt. Daneben bieten die bedeutenden Heilquellen von Bad Boll, Bad Ditzenbach und Bad Überkingen Gesundheit und Entspannung.



Blick auf's Obere Filstal (Bad-Überkingen und Hausen)